

VII. Zusammenprall der Kulturen

Die Bolschewiki befanden sich in den ersten Jahrzehnten nach ihrem Putsch in Petrograd permanent im Krieg gegen das eigene Volk; zunächst während der Feldzüge gegen die Armeen der weißgardistischen Generale Kolchak und Denikin, sodann gegen die widerständigen Ethnien an der sowjetischen Peripherie, seit dem Ende der 20er Jahre gegen die Bauern der gesamten Sowjetunion, die sich der zwangsweisen Kollektivierung widersetzen, in den 30er Jahren gegen die imaginierten „Volksfeinde“, „Spekulanten“, „sozial gefährliche Elemente“ sowie obdachlose Straßenkinder¹ und seit Beginn des Zweiten Weltkrieges schließlich wieder gegen komplette Ethnien und Völkerschaften, die der Kollaboration beschuldigt und in toto deportiert wurden.

Bei den meisten dieser Konflikte handelte es sich um brutalisierte Kulturkämpfe. Die Bolschewiki traten mit einem konkreten Erlösungsanspruch an: Sie wollten die Menschheit in eine lichte Zukunft führen – in eine Zukunft freilich, die nach ihren Vorstellungen gestaltet war. Zudem wollten sie nicht nur die Zukunft an sich gestalten. Die Traumlandschaften des Sozialismus mit ihren Traktoren, Aeroplanen und Hochspannungsleitungen mussten auch von den dazugehörenden „Neuen Menschen“ bewohnt werden, die sich bruchlos in diese Moderne einpassten.

Wie neuere Forschungen zeigen, urteilten die Bolschewiki aber nicht nur aufgrund sozialer Kategorien. Ausgehend von dem Anspruch, die unterdrückten nationalen Minderheiten des russischen Imperiums zu befreien, hatten die neuen Machthaber in Moskau diese auch nach ethnischen Gesichtspunkten kategorisiert und unterteilt. In den Fragebögen mussten die Sowjetbürger neben ihrer sozialen immer auch ihre nationale bzw. ethnische Herkunft angeben. An der Peripherie des sowjetischen Imperiums zeigte sich aber schon bald, dass die Bolschewiki trotz der Politik der „korenizacija“ (Indigenisierung) nicht bereit waren, die kulturellen Eigenarten der verschiedenen Völkerschaften zu akzeptieren, sofern sich darin tatsächliche Differenzen zu den Vorstellungswelten der Funktionäre des Zentrums offenbarten. Abweichende Verhaltensweisen und Traditionen, die den Bolschewiki fremd waren, empfanden sie als Bedrohung ihrer prekären, häufig genug nur als Anspruch bestehenden, hegemonialen Stellung. So wurde beispielsweise die verschleierte Frau in den islamischen Regionen zum Symbol der „Rückständigkeit“ dieser Peripherie, die sich der bolschewistischen Moderne widersetzte. Diese „Rückständigkeit“, so meinten die Bolschewiki, sei nur mit Feuer und Schwert zu bekämpfen.²

¹ Vgl. Hagenloh, „Socially harmful elements“; Alexopoulos, Stalin's outcasts; Smirnova, „Byvšie ljudi“ Sovetskoi Rossii.

² Zum Verständnis der Bolschewiki über ihre kulturelle Mission am Beispiel Aserbajdzhans vgl. Baberowski, *Der Feind ist überall*, v. a. S. 553–668.

Offene Gewalt war vor allem in den Augen Stalins und seiner Kamarilla häufig das einzige Mittel, um ihren Machtanspruch und ihre politische Mission effektiv durchzusetzen. Allerdings markierte politische Gewalt zugleich das Scheitern der Bolschewiki. Denn das Ziel der Bolschewiki, den „Neuen Menschen“ zu schaffen, ließ sich nur verwirklichen, wenn dessen Bewusstsein und Unterbewusstsein durch die bolschewistischen Ideale geprägt war, wenn die neue Macht „an die Individuen rührt, ihre Körper ergreift, in ihre Gesten, in ihre Einstellungen, ihre Diskurse, ihr Lernen, ihr alltägliches Leben“ eingriff³: Die „Neuen Menschen“ sollten ihr Tun also letztlich nicht gezwungenermaßen vollziehen, sondern aus eigenem Antrieb. Aus diesem Grunde waren Verhaltens- und Sprechweisen für die Bolschewiki so wichtig. Die bolschewistischen Rituale dienten dazu, die neuen Praktiken einzüben und sich an die Moderne, so wie sie sich die sowjetische Parteispitze vorstellte, anzupassen. Proletarier zu sein bedeutete insofern auch einen Bewusstseinszustand.⁴ Wer sich allerdings diesem Anpassungszwang widersetzte, der galt als Feind.

So wie die Ethnien an der sowjetischen Peripherie oder die Bauern im russischen Dorf nach Meinung der Führung in Moskau zu modernen Menschen „erzogen“ werden mussten, so hatten die Bolschewiki auch den Anspruch, die ausländischen Kommunisten zu erziehen und diese auf den stalinistischen *way of life* mit seinen eigenen kulturellen Codes, Vorstellungswelten und Verhaltensweisen einzuschwören. Der sowjetische Kommunismus war letztlich ein radikalisiertes Produkt der europäischen Aufklärung und bezog sich auf den in Mitteleuropa entwickelten Marxismus – insofern schienen die Differenzen zwischen den Kommunisten in Moskau und Berlin auf den ersten Blick nicht so groß zu sein. Die Vorstellungswelten der bolschewistischen Führungsrige der „zweiten Generation“ um Stalin, die den Emigranten um Lenin und Trockij in die Führungspositionen folgten, waren jedoch stärker von der spezifischen politischen Kultur Russlands und des Kaukasus, des Bürgerkrieges und des Kriegskommunismus geprägt.⁵ In ihren Gedanken war Politik nicht anders als eine ununterbrochene Abfolge von Umstürzen, „Säuberungen“ und Kriegen vorstellbar.⁶ Die ausländischen Kommunisten hatten diese Erfahrungen hingegeben – zumindest in dieser Radikalität – nicht gemacht.

Daher ist nun besonders interessant, wie sich die ausländischen Kommunisten verhielten, die in den Jahren des entstehenden Stalinismus mit dem bolschewistischen Herrschaftssystem in Berührung kamen, dessen sich ausbildende Verhaltensformen und Werte ihnen häufig nicht geläufig waren. Sie mussten sich in einem langwierigen Prozess oftmals an ungewohnte und zuweilen widersinnig erscheinende Handlungsmuster anpassen. Die dabei entstehenden Konflikte haben jedoch für den heutigen Historiker wertvolle Quellen hervorgebracht, weil in ihrem Verlauf die unterschiedlichen Wertmaßstäbe deutlich artikuliert wurden.

Da die ausländischen Kommunisten aus einem anderen kulturellen Kontext kamen, besaßen sie im Gegensatz zu den meisten Sowjetbürgern einen Vergleichs-

³ Foucault, *Dispositive der Macht*, S. 38.

⁴ Vgl. Halfin, *From Darkness to Light*.

⁵ Vgl. Baberowski, *Der rote Terror*, S. 89f.

⁶ Vgl. Rittersporn, *The Omnipresent Conspiracy*.

maßstab, mit dem sie das Leben in der Sowjetunion und den Stalinismus bewerteten. Sie konnten sich somit – sofern sie in ihrer Heimat nicht verfolgt wurden – bewusst für oder gegen das Leben in der Sowjetunion bzw. im Stalinismus entscheiden.

Obwohl sich beispielsweise Clara Zetkin zunehmend fremd in der Komintern fühlte, hatte sie sich doch zumindest soweit akkulturiert, um die Verhaltensweisen der bolschewistischen Führungsfunktionäre großteils zu übernehmen. Heinrich Brandler hingegen brach diese ungeschriebenen Gesetze im Herbst 1928: Als ihm die Kominternführung keinen Pass für seine Reise nach Deutschland aushändigte⁷ und er somit nicht „standesgemäß“ mit gefälschten Papieren ausreisen konnte, holte er sich Ende Oktober „auf dem normalen Wege, d. h. auf dem bürgerlich-gesetzlichen Wege“, wie die KPD-Führung naserümpfend konstatierte, einen neuen Pass mit Ausreisevisum bei der deutschen Botschaft. Da dies nach Meinung der deutschen Parteispitze „nicht den Gepflogenheiten eines Kommunisten, der der VKP(b) und Kommunistischen Internationale angehört“, entsprach, hatte Brandler damit aus ihrer Sicht mit der Partei endgültig gebrochen.⁸

Einer ganzen weltumspannenden Bewegung die eigenen Wertmaßstäbe und Verhaltensmuster nahe zu bringen, ihren Mitgliedern Grenzen aufzuzeigen und Tabus einzupflanzen war ein mühsames Geschäft. Die Erziehung der kommunistischen Funktionäre aus ausländischen Sektionen war eine der Hauptaufgaben der Komintern – und eine ihrer Hauptsorgen. Wie erfolgreich war Moskau aber in dem Unterfangen, auch die westeuropäischen Kommunisten in disziplinierte Kader umzuformen? In den folgenden Abschnitten soll diese Frage von zwei Seiten angegangen werden: Neben der Moskauer Perspektive, die vor allem widerspiegelt, wie sich die Komintern den idealen Funktionär vorstellte und was ihrer Meinung nach den ausländischen Kommunisten noch fehlte, um diesem Ideal zu entsprechen, wird der Blick der ausländischen Kommunisten thematisiert. Dabei soll erstens danach gefragt werden, inwieweit sie sich tatsächlich als revolutionäre Avantgarde und Musterexemplare des „Neuen Menschen“ sahen und wie sie auf die Kritik des EKKI reagierten. Und zweitens wird zu untersuchen sein, welche unterschiedlichen kulturellen Prägungen das Verhalten der Kommunisten in Deutschland von dem der sowjetischen Bolschewiki trennten.

1. Schwatzende Salonbolschewisten und schweigsame Revolutionäre

Wenn deutsche Funktionäre nach Moskau reisten und im Hotel Lux abstiegen, trafen sie dort häufig alte Bekannte, die sie lange nicht gesehen hatten und mit denen sie dann Neuigkeiten austauschten und über ihre Arbeit fachsimpelten. Zwei

⁷ Vgl. Brief Brandlers an Molotov vom 13. 10. 1928, abgedruckt in: Reuter, Luxemburg oder Stalin, S. 91 f.

⁸ Brief des Sekretariates des ZK der KPD an alle Bezirksleitungen über die Rückkehr Brandlers nach Deutschland, RGASPI 495/293/95: 121–123, hier: 122.

solcher geselliger Treffen fanden am Nachmittag des 9. und am Abend des 10. September 1931 im Zimmer 352 des Hotel Lux statt, in dem der stellvertretende Vertreter der KPD beim EKKI, Joseph „Sepp“ Schwab, wohnte. Neben einigen deutschen Mitarbeitern des EKKI-Apparates fanden sich dort unter anderem August Creutzburg, der Orgsekretär der KPD, sowie Gustav Meyer („Gustl“) und Josef Gutsche („Seppl“) ein; letztere waren Dozenten an der Militärschule der Komintern und hatten zuvor als leitende Mitarbeiter des Militärapparates der KPD gearbeitet. Wie zwei weitere anwesende EKKI-Mitarbeiter wenige Tage später in Berichten an Pjatnickij festhielten, erzählte „Seppl“ bei dieser Gelegenheit freimütig über seine Arbeit als Sprengstofflehrer an der Militärschule. Im weiteren Gespräch wurde über die Arbeit der verschiedenen geheimen KPD-Apparate diskutiert; Creutzburg kritisierte, dass die verschiedenen deutschen Partei-Geheimdienste trotz Verbots zusammengearbeitet und sich ihre Mitarbeiter an bekannten Treffpunkten verabredet hätten. Diese Kontakte habe die Polizei über Monate beobachtet, wusste der Orgsekretär zu berichten. Letztlich sei somit auch der „Apparat der Russen“ gefährdet worden, denn es habe nicht viel gefehlt, „dann wären alle 160 Russen, die in diesem Apparat arbeiten, hochgegangen“. Ferner plauderte Creutzburg über verschiedene Spionagefälle – so sei der deutschen Regierung bekannt, dass der sowjetische Geheimdienst bei Danzig eine Lauschstation eingerichtet habe, „nur unternähme sie nichts, weil dieses Unternehmen gegen Polen gerichtet sei“.

Derartige Zusammenkünfte, so hieß es in einem der Berichte an Pjatnickij abschließend, hätten regelmäßig stattgefunden, seit „Seppl“ und „Gustl“ nach Moskau gekommen seien. „Ununterbrochen die ganze Zeit erzählte man über frühere Erlebnisse im Apparat.“ Jeder Zeitungsbericht über ein entdecktes Waffenlager oder eine enttarnte „Führersitzung“ sei ausgiebig diskutiert worden – „ganz unbekümmert und gleichgültig, wer anwesend war“.⁹

In der Komintern sorgten diese Berichte für einige Aufregung – insbesondere die Mitteilung über die Arbeit und die Personalstärke des sowjetischen Geheimdienstes in Deutschland. Ohne explizit Creutzburgs Namen zu nennen, beschwerte sich Knorin sogleich schriftlich bei Thälmann: Ein kürzlich eingetroffener Funktionär habe im Kreise deutscher Genossen, zu denen er teilweise gar keine Beziehung habe, über Dinge geredet, „von denen in der ganzen Partei nur ein oder zwei Menschen überhaupt wissen sollten“.¹⁰ Wie Pieck der KPD-Führung später mitteilte, rätselten die Kominternfunktionäre insbesondere, wieso „dieser Genosse, der doch nichts mit diesen Maßnahmen praktisch zu tun hat, davon überhaupt etwas weiß“.¹¹

Die mangelhafte Verschwiegenheit der ausländischen Kommunisten war in den Augen der Moskauer Funktionäre schon seit längerem ein Problem und blieb es auch in den folgenden Jahren. Selbst unter den angehenden Eliteschülern der In-

⁹ Berichte „Urbans“ und Erna Hillers vom 14. 9. 1931, RGASPI 495/19/705: 16 f., 21.

¹⁰ Brief Knorins an Thälmann vom 16. 9. 1931, RGASPI 495/19/524: 21.

¹¹ Brief Piecks an das Sekretariat des ZK der KPD vom 7. 10. 1931, RGASPI 485/292/54: 104 f., hier: 105.

ternationalen Lenin-Schule, so wurde im EKKI empört festgestellt, bestand ein „nachlässiges Verhältnis“ zur Konspiration¹²: Anstatt sich nach ihrer Ankunft in der sowjetischen Hauptstadt „nur zu den in Frage kommenden Kontrollinstanzen“ über ihre Herkunft und den Grund ihrer Reise zu äußern, so berichtete Pieck im Dezember 1931 aus Moskau, würden die Neuankömmlinge unkontrolliert „quatschen“ – selbst über „die internsten Dinge“.¹³ Ähnlich war die Lage an der aus Konspirationsgründen in die Umgebung von Moskau verlegten Militärschule. Noch in einem Bericht vom August 1932 wurde festgehalten, dass die Schüler die Geheimhaltungsregeln weitgehend ignorierten, weil sie ihre „völlige Isolation“ in dem Dorf vor den Toren Moskaus nach einigen Wochen als „drückend“ empfunden hätten – vor allem, da es in der Schule nicht einmal aktuelle Zeitungen zu lesen gab. Als den Schülern vorgeworfen wurde, durch den Kontakt mit Dorfbewohnern die Konspirationsvorschriften verletzt zu haben, entgegneten diese, sie wüssten selber, was „unter den gegebenen Umständen richtig ist zu tun“.¹⁴

Manuilskij nahm den „Fall K.“ – wie Creutzburgs Gespräche im internen Schriftverkehr in korrekter Geheimnistuerei genannt wurden¹⁵ – im Oktober 1931 zum Anlass, in einer gemeinsamen Sitzung des EKKI und der Internationalen Kontrollkommission (IKK) einen vierstündigen Vortrag über die „Schwatzhaftigkeit“ und andere „Provokationen“ ausländischer Kommunisten zu halten. Der Kominternsekretär ging dabei mehrmals – und wie Pieck feststellte: in „besonders aggressiver Form“¹⁶ – auf Creutzburgs Verhalten bei der abendlichen Zusammenkunft im Hotel Lux ein: Dieser habe „bei sich junge Mädchen und junge Genossen versammelt“ und sodann über Dinge geredet, „für die man den Mann an die Wand stellen kann“.¹⁷ Manuilskij meinte zu wissen, weshalb die ausländischen Funktionäre in der Sowjetunion die Regeln der Konspiration missachteten und zu „schwätzen“ begannen:

„Psychologisch fühlen sich die Leute in Sicherheit. Sie denken, dass, wenn sie sich außerhalb des [Heimat-] Landes befinden, so können sie hier alles sagen. [...] Die Schwatzhaftigkeit – das ist unser Feind, es ist die Schwatzhaftigkeit, die umgeht. Es ist lachhaft, bei uns in der Komintern gibt es nicht ein Geheimnis. [...] Diese Schwatzhaftigkeit besteht im gesamten Apparat [der Komintern]. Ich habe von einem Fall erfahren, vor einigen Tagen, dass eine

¹² Brief Angaretis an Pjatnickij vom 12. 9. 1931, RGASPI 495/4/137: 16.

¹³ Brief Piecks an das Sekretariat des ZK der KPD vom 2. 12. 1931, RGASPI 495/292/54: 311 f., hier: 312. Ähnlich die Feststellung des britischen Vertreters beim EKKI, Arnot, in einem Brief an Pollitt vom Februar 1931: Die „konspirative Natur der [Lenin-] Schule“ scheine „in manchen Sektionen unserer Partei [...] beinahe vergessen zu sein.“ Zitiert nach: Cohen, *Stalin's Sausage Machine*, S. 332.

¹⁴ „Bericht über die deutsche militär-politische Schule“ vom 1. 8. 1932, RGASPI 495/25/1349: 25–47, hier: 39–41.

¹⁵ Vgl. Protokoll Nr. 187 der Politkommission vom 13. 10. 1931, Pkt. 5 b: Die Politkommission sei über die Handlungen von Creutzburg empört, das ZK der KPD solle ihn hart bestrafen, RGASPI 495/4/145: 6, und Brief Piecks an Pjatnickij vom 20. 10. 1931: Creutzburg habe die ihm zur Last gelegten Vorwürfe bestritten, RGASPI 495/292/54: 262 f.

¹⁶ Ebenda.

¹⁷ Referat Manuilskij über Provokationen, 6. 10. 1931, RGASPI 495/18/864: 6–94, hier: 45.

Französin nach links und nach rechts über die Arbeit aller Genossen schwätzt, die sich auf illegaler Arbeit befinden. Unfug, Schmach, Schande! Ich spreche über den Apparat, über den technischen Apparat. Aber was, Genossen, wenn der Orgsekretär der deutschen Partei schwätzt? Schande!“¹⁸

Aus Sicht der Bolschewiki war es um die Einhaltung der Konspiration in den jeweiligen Heimatländern der ausländischen Kommunisten aber keineswegs besser bestellt. So wurde beispielsweise Anfang 1931 in einem langen Bericht über die Arbeit des Westeuropäischen Büros der Komintern und seine Verbindung zum Kominterngeheimdienst OMS kritisiert, dass die eigentlich streng geheime Arbeit des WEB in Berlin selbst bei den untergeordneten Funktionären des Karl-Liebknecht-Hauses zum Tagesgespräch gehöre. Drei Stenotypistinnen, die die KPD für das WEB bereitstellen sollte, hätten schon lange im Voraus „ungefähr von ihrer kommenden Arbeit“ gewusst, weil ihre Auswahl im ZK „lang und breit“ erörtert worden sei.¹⁹ Auch über die Arbeit der Militärschule der Komintern wurde aus Sicht des EKKI in Deutschland „viel zu viel geredet“.²⁰ Die Konspirationsprobleme der deutschen Kommunisten zeigten sich nach Meinung der Bolschewiki schon an der Art, wie in Berlin die angehenden Leninschüler verabschiedet wurden: Ein Lehrer der Leninschule spottete, die deutschen Genossen reisten sozusagen mit der *Roten Fahne* in der Hand nach Moskau, würden von der Partei „bis zu den Bahnhöfen“ begleitet und bekämen „sicher auch Nachrufe in den Zeitungen“.²¹

Manuilskij erkannte in dieser „Schwatzhaftigkeit“, die in einigen Parteien „schreckliche Ausmaße angenommen“ habe, eine Folge der politischen Kultur Westeuropas – dies betreffe selbst „die verehrte deutsche Partei“, merkte er mit einem spöttischen Seitenhieb auf die bolschewistischen „Musterknaben“ an. In diesem Zusammenhang kritisierte der Kominternsekretär vornehmlich die „politischen Cafés“ in den jeweiligen Ländern, obwohl ihm diese Form der politischen Kommunikation durchaus selbst geläufig war, wie seine Ausführungen zeigen:

„In unseren Parteien, sowohl den legalen wie den illegalen, wissen wir, dass die meisten Treffen im Café stattfinden. Als ich früher nach Prag fuhr und ich die Fraktion von Shmeral finden musste, wusste ich, dass ich sie in diesem Café finden würde, und wenn ich die Fraktion von ...²² finden musste, dann ging ich in ein anderes Café. Jedes Land hat sein Café. Wer in Berlin war, kennt das berühmte Romanische Café, wo sich das ganze Politbüro versammelt und wo man alles erfahren kann, was in der Partei passiert. Diese Form der Spionage [sic!] ist auch außerordentlich verbreitet.

(Pieck: Mittlerweile gibt es das nicht mehr.)

¹⁸ Ebenda, Blatt 44–47.

¹⁹ Vgl. „Allgemeine organisatorische Fehler und Mängel in der Arbeit des WEB und seiner Hilfsorgane“ und „Organisatorische Vorschläge für die zukünftige Arbeit des WEB“, o.D., Anfang 1931, RGASPI 499/1/34: 214–217.

²⁰ Brief Piecks an das Sekretariat des ZK der KPD vom 7. 10. 1931, RGASPI 485/292/54: 104f., hier: 105.

²¹ Stenogramm der Sitzung der Schulleitung der ILS vom 23. 3. 1931, RGASPI 531/1/36: 41–59, hier: 55f.

²² Die Leerstelle wurde im transkribierten Stenogramm nicht ausgefüllt.

Lieber Genosse Pieck, wenn Du ins Romanische Café gehst, wirst Du sehen, dass dort verschiedene Genossen sind und man alles erfahren kann, was Du willst. Wahrscheinlich bist Du da nicht gewesen.

(Pieck: Ich bin da nicht gewesen, aber ich kenne es von außen).

Ich bin dort auch nicht gewesen, aber Genossen, die es kennen, haben es mir erzählt.²³

Wie Piecks Zwischenrufe demonstrieren, fühlte sich der deutsche Vertreter angegriffen – zu Recht, denn Manuilskij konstruierte mit seinem Vortrag ein Gefälle zwischen den erfahrenen russischen Revolutionären und den kommunistischen Funktionären in den kapitalistischen Ländern, die seiner Meinung nach noch nicht die angemessenen, bolschewistischen Verhaltensweisen eingeübt hatten und ihrer Umwelt nicht mit dem gebotenen Misstrauen begegneten: Vor allem die Tatsache, dass die westlichen Kommunisten sich immer noch in der Öffentlichkeit trafen, anstatt ihre Angelegenheiten ausschließlich in konspirativen Wohnungen zu besprechen, stieß Manuilskij übel auf.²⁴ Diese vermeintliche Unerfahrenheit und Blauäugigkeit der westeuropäischen Kommunisten machte Manuilskij für solche Fehler verantwortlich wie die eines französischen Funktionärs, der in Paris geheime Unterlagen der KPF in einem Taxi vergessen hatte, dessen Fahrer die Papiere prompt zur Polizei gebracht hatte. „Ist das etwa ein Revolutionär?“ zürnte Manuilskij über den vergesslichen Kommunisten. „Das ist ein Spießler, eine Memme, aber kein Revolutionär.“ Er ließ es sich nicht nehmen, in diesem Zusammenhang auch noch darauf hinzuweisen, dass im ZK der französischen Partei mehrere Jahre ein Informant gesessen habe, wodurch „die Polizei eine halbe Stunde nach der Politbürositzung hervorragend darüber im Bilde war, was auf der Politbürositzung abgelaufen ist und ein Protokoll erhalten hat“.²⁵

Schon seit längerem waren viele EKKI-Mitarbeiter davon überzeugt, dass die Funktionäre der westlichen Sektionen entweder „untauglich oder unfähig zur konspirativen Arbeit“ seien.²⁶ Manuilskij legte im Oktober 1931 noch einmal nach, als er vor den in der Komintern versammelten Funktionären höhnte, es liege etwas Wahres darin, was ein Polizist über die kommunistischen Parteien Westeuropas gesagt habe: Wenn man eine revolutionäre Organisation aufbauen wolle, so brauche man „einen Provokateur, zwei Schwätzer, die die Konspiration nicht halten können, und drei gutgläubige Idioten“.²⁷

Mit dem Bild des bloß schwatzenden Kaffeehaussozialisten griff Manuilskij ein Argumentationsmuster wieder auf, das er den Vertretern der ausländischen Sektionen schon ein Jahr zuvor im Juni 1930 in einer Sitzung des Politsekretariates entgegengeschleudert hatte und mit dem er zugleich die leitenden Funktionäre der

²³ Bericht Manuilskijs über Provokationen, 6. 10. 1931, RGASPI 495/18/864: 6–94, hier v. a.: 44–47.

²⁴ Zur Bedeutung solcher „politischen Cafés“ für die politische Kultur im Frankreich der Dritten Republik vgl. Grévy, *Les cafés républicains de Paris*.

²⁵ Ebenda.

²⁶ Vgl. Brief „Alarichs“ [d. i. Richard Gyptner] an Manuilskij vom 25. 4. 1929 über die Aussage des russischen Instrukteurs „Waise“ über Hugo Eberlein und Leo Flieg, RGASPI 495/293/102: 1–14, hier: 13.

²⁷ Bericht Manuilskijs in der Sitzung des PS vom 6. 10. 1931, RGASPI 495/18/864: 6–94, hier v. a.: 44–47.

stalinisierten Komintern von den bolschewistischen Führern der ersten Generation abgrenzte: In dieser Sitzung hatte er behauptet, dass sich die Komintern bis zur Wende von 1928 zwar „nicht in den Ferien“ befunden habe, sie sei aber fast ausschließlich mit Propaganda beschäftigt gewesen. Dies sei auch kein Wunder gewesen, hätten doch bis zum Beginn der „Dritten Periode“ nur Leute vom Schlage Zinov’evs, Bukharins und Radeks sowie ihre Gefolgsleute an der Spitze der Komintern gestanden – also „reine Theoretiker“, die keine Ahnung von praktischen Dingen hätten. Gleiches sei bis heute in den westeuropäischen Sektionen zu beobachten, meinte Manuilskij: Deren Parteiführungen bestünden durchweg aus „reinen Politikern“, die in ihrem „ganzen Leben noch keine [Partei-] Zelle gegründet“ hätten und von denen handfeste organisatorische Fragen als „irgend ein Org-Kretinismus“ betrachtet würde. Als positives Gegenbeispiel präsentierte er das Politbüro der VKP(b), weil an dessen Spitze echte Organisationsfachleute stünden.²⁸

Wie schon der Verweis auf Trockij und Bukharin andeutet, entsprach diese Gegenüberstellung zwischen Intellektuellen und Praktikern der Bruchlinie, die die bolschewistische Partei selbst durchlief: Mit Verachtung blickten viele der sowjetischen Funktionäre, die in der vorrevolutionären Zeit im Untergrund gearbeitet hatten und häufig in die Verbannung nach Sibirien oder in das Gefängnis geschickt worden waren, auf die Politemigranten herab, von denen beispielsweise Trockij den regelmäßigen Besuchern der Wiener Kaffeehäuser als „der Herr aus dem *Café National*“ in Erinnerung blieb. In ihren veröffentlichten Erinnerungen und den für die Kaderabteilung der Partei verfassten Lebensläufen stellten die bolschewistischen Untergrundkämpfer ihre entbehrungsvolle Tätigkeit dem beinahe bürgerlichen Dasein der Emigranten in Westeuropa gegenüber.²⁹

Aus diesen unterschiedlichen Erfahrungen aus der Zeit vor 1917 speiste sich zu einem guten Teil der Hass Stalins und seiner Gefolgsleute auf ihre innerparteilichen Gegner: Die Führer der innersowjetischen „Vereinigten Opposition“ um Trockij waren in den Augen des sowjetischen Generalsekretärs nichts weiter als „eine Gruppe kleinbürgerlicher Intellektueller [...], losgerissen vom Leben, losgerissen von der Revolution, losgerissen von der Partei und der Arbeiterklasse“.³⁰ Gegenüber dem deutschen Journalisten Emil Ludwig erklärte Stalin Ende 1931, die in Russland verbliebenen Untergrundarbeiter hätten einen größeren Anteil an der Revolution gehabt als die Emigranten, die lediglich „jahrelang in Cafés herum-saßen“ und „Bier tranken“. Aus diesem Grunde sei es vorteilhaft, dass im sowjetischen Zentralkomitee mittlerweile nur noch wenige der ehemaligen Emigranten säßen.³¹ Schon 1925 hatte der Generalsekretär erklärt: Dieser „Prozess des

²⁸ Manuilskij in der Sitzung des PS vom 24. 6. 1930, RGASPI 495/3/219: 9–15, hier: 11 f. Vgl. die ähnlich gelagerte Kritik von Pjatnickij in der Sitzung des MELS des EKKI vom 7. 9. 1931, RGASPI 495/28/89: 4–13, hier: 5.

²⁹ Vgl. Easter, *Reconstructing the state*, S. 48–52.

³⁰ Josef Stalin, Politischer Rechenschaftsbericht des Zentralkomitees [auf dem XV. Parteitag der VKP(b) am 3. 12. 1927], in: ders., *Werke*, Bd. 10, S. 235–307, hier: S. 292. Vgl. Löhmman, *Der Stalinmythos*, S. 87.

³¹ Josef Stalin, Unterredung mit dem deutschen Schriftsteller Emil Ludwig am 13. 12. 1931, in: ders., *Werke*, Bd. 13, S. 93–109, hier: S. 107 f. Zur Entwicklung der Zusammensetzung

Absterbens einer ganzen Reihe alter führender Funktionäre aus den Kreisen der Literaten und alter „Führer“ sei ein notwendiger Bestandteil der „Erneuerung der leitenden Kader einer lebendigen und sich entwickelnden Partei“.³² In den Augen der von Stalin geformten Kominternführung erschienen nun die westeuropäischen Spitzenfunktionäre der Gegenwart als ebenso behäbige „Salonbolschewisten“ wie die russischen Emigranten der Vorkriegszeit.

Wie dies schon bei den Spannungen zwischen sowjetischen Diplomaten und Parteifunktionären der Fall war, beruhte allerdings auch die Fremdheit zwischen ausländischen und sowjetischen Kommunisten auf Gegenseitigkeit. Denn nicht nur die ehemaligen bolschewistischen Untergrundkämpfer schauten mit zuweilen kaum verhohlener Verachtung auf die Politnovizen der westeuropäischen Parteien herab. Wie stark sich die Rollenbilder dieser beiden Gruppen unterscheiden konnten, führt der Bericht eines deutschen Kommunisten vor Augen, der im Auftrage der Internationalen Arbeiterhilfe Arbeitsstätten ausländischer Arbeiter in der Sowjetunion inspiziert hatte. Voller Erstaunen beschrieb er darin den Direktor eines Unternehmens, der auch im Büro einen Revolver trug, und bemerkte dazu sarkastisch, dass diese Waffe für dessen Verwaltungstätigkeit zweifellos notwendig sei.³³ Dem deutschen Kommunisten erschien dieses Gebaren widersinnig. Dass sich der Direktor aber offensichtlich nicht *trotz*, sondern gerade *wegen* seines Büroarbeitsplatzes einen Revolver zugelegt hatte, erkannte der Kommunist nicht. Nicht nur die Sprache der Bolschewiki war gespickt mit Begriffen wie „Krieg“, „Angriff“ und „Kampf“, seit dem Bürgerkrieg war auch ihr gesamter Habitus militärisch geprägt. Lederstiefel, Militärkleidung und Waffen zu tragen war für diese Männer, die sich auch im Alltag als „Revolutionskrieger“ sahen (selbst dann, wenn sie Büroarbeit verrichteten), selbstverständlich und nicht zuletzt auch eine Frage des Prestiges.³⁴ Dies galt natürlich erst recht für Stalin und dessen engste Gefolgschaft, die sich darüber hinaus durch eine exzessive Schießleidenschaft auszeichnete: Im Sommer 1932 wurde Heinz Neumann während eines Besuches in der Sommerresidenz des Diktators Zeuge, wie im Garten des Anwesens plötzlich alle Umstehenden begannen, mit ihren Waffen ein Wettschießen auf Vögel zu veranstalten, während Neumann untätig daneben stand, weil er als einziger keine Waffe trug – ganz dem von Stalin so verachteten Typen des Parteiintellektuellen entsprechend.³⁵

Manuilschij versuchte, den ausländischen Kommunisten den militärischen Habitus der Bolschewiki und die damit verbundenen Handlungsmaximen als Leitmaßstab zu vermitteln. Die Pflicht zur Konspiration um Angriffe auf die Partei abzuwehren, ging auf diese Weise Hand in Hand mit dem Versuch, die ausländischen Kader zu disziplinieren. Ein richtiger Revolutionär, so belehrte Manuilschij

des sowjetischen Zentralkomitees in den Jahren 1923–1939 vgl. Mawdsley, *The Soviet Elite from Lenin to Gorbachev*, S. 34–90.

³² Josef Stalin, Brief an den Genossen Me-ert [d. i. Maslow] vom 28. 2. 1925, in: ders., *Werke*, Bd. 7, S. 36–40, hier: S. 37.

³³ Brief Arthur Fritsches an die deutsche Vertretung beim EKKI vom 2. 4. 1932, RGASPI 4957292/62: 40 f.

³⁴ Vgl. Fitzpatrick, *Everyday Stalinism*, S. 17.

³⁵ Vgl. Buber-Neumann, *Von Potsdam nach Moskau*, S. 302.

im Oktober 1931 seine Zuhörer im EKKI, „schwätzt keine überflüssigen Worte“, halte sich immer im Zaume und sei nicht leichtsinnig. Was auf den ersten Blick der Beschreibung einer der Detektivfiguren aus den Romanen von Raymond Chandler ähnelte, entsprach in der Wirklichkeit dem stalinistischen Leitbild eines militärisch agierenden Geheimdienstlers. Bezeichnenderweise hielt es Manuilskij denn auch für das Beste, wenn die Frage der Geheimhaltung innerhalb der Komintern „wie in der GPU“ organisiert würde, und nannte als positives Beispiel ausgerechnet den deutschen Geheimdienst, aus dessen Regeln über die Konspiration er so gleich ausführlich zitierte:

„Schauen Sie, wie unser Klassenfeind die Frage der Konspiration bei sich stellt: ‚[...] Reden sie nicht über konspirative Angelegenheiten (hören Sie gut zu, Genossen!) im Café und während Straßenbahnfahrten (deutsche Genossen, das betrifft auch Sie); verbergen Sie im Ausland, dass Sie diese oder jene Sprache können.‘“³⁶

Aufgrund der zentralen Bedeutung, die die sowjetischen Funktionäre ihrer Geheimhaltungsmanie beimaßen, nahm das diesbezügliche Training der ausländischen Kader einen zentralen Platz im Lehrplan der Leninschule ein. Keine andere Institution schien besser geeignet zu sein, um die Elite der westeuropäischen Parteien nicht nur ideologisch zu beeinflussen, sondern auch ihr Verhalten den bolschewistischen Normen anzupassen.³⁷ Im Herbst 1931 wurde daher ein Regelwerk entworfen, das die Schüler zu größerer Disziplin anleiten sollte: Die Ankömmlinge wurden nicht nur verpflichtet, wie schon zuvor üblich, ihre bisherige Identität bei der Ankunft in Moskau aufzugeben: Ihren tatsächlichen Namen und Geburtsort, ihre bisherige Arbeit und Parteikarriere durften sie nur dem jeweiligen Parteivertreter beim EKKI und der Leiterin der Leninschule offenbaren. Es sollte ihnen zudem verboten werden, in Moskau nationale Klubs oder Veranstaltungen zu besuchen, weil sie dort von anderen ausländischen Kommunisten erkannt werden könnten. Es war ebenso untersagt, im Gebäude der Leninschule Besuch zu empfangen, wie auch sich fotografieren zu lassen oder ohne Erlaubnis der nationalen Vertretungen mit der Heimat zu korrespondieren.³⁸ Später wurde vorgeschlagen, einen „Isolator“ für Schüler zu schaffen, über deren Aufnahme an der Schule noch nicht entschieden sei, damit sie im Falle eventueller Ablehnung nicht mit dem Institut bekannt würden; des weiteren sollten die Schüler bei jedem Ausgang in die Stadt die genaue Adresse hinterlassen, zu der sie gehen wollten – den Überwachungsfantasien waren somit keine Grenzen gesetzt.³⁹ Außerdem durften die Schüler die Existenz der Schule Außenstehenden gegenüber nicht einmal erwähnen.

³⁶ Bericht Manuilskijs über Provokationen, 6. 10. 1931, RGASPI 495/18/864: 6–94, hier: 90.

³⁷ Über die Tätigkeit der Internationalen Leninschule der Komintern vgl. Babichenko, *Die Kaderschulung der Komintern*; Schafranek, *Österreichische Kommunisten an der „Internationalen Leninschule“*.

³⁸ Entwurf für Konspirationsregeln im Brief Angaretis an Pjatnickij vom 12. 9. 1931, RGA-SPI 495/4/137: 16.

³⁹ Stenogramm der Sitzung der Schulleitung der ILS vom 23. 3. 1931, RGASPI 531/1/36: 41–59, hier: 52f.

Dass die strengen Konspirationsregeln gerade an der Leninschule allerdings häufig eher der in den Jahren der Untergrundarbeit antrainierten bolschewistischen Geheimniskrämerei entsprangen, als dass damit tatsächlich geheime Informationen geschützt wurden, musste der überraschte Max Hoelz Anfang 1930 erfahren, als er an der Kaderschmiede der Komintern studierte. In sein Tagebuch notierte er, dass er in einer Sitzung des Parteizirkels der Schule über einige angeblich höchst geheime Dinge informiert worden sei, die die Anwesenden auf keinen Fall weitergeben durften. „Umso erstaunter war ich, als ich genau dieselben Mitteilungen, nur viel ausführlicher in der am 9. Febr[uar], also 5 Tage früher, erschienenen Nummer der ‚Moskauer Rundschau‘ las.“⁴⁰

Wer richtig zu schweigen lernte, musste andererseits auch richtig sprechen können. „Bolschewistisch“ zu sprechen⁴¹ hatte neben dem Einüben von neuen Werten und Sitten den Zweck, dass die Kader die Welt nur noch in den vorgegebenen Termini verstehen und wiedergeben sollten: Die „bolschewistische Neuerziehung“ der Parteikader, mit der die Leninschule beauftragt worden war, zielte nicht nur darauf ab, die Parteien zu befähigen, eine „wahrhaft bolschewistische Propaganda“ zu betreiben⁴², sondern gar nicht erst Zweifel an der „Generallinie“ aufkommen zu lassen.

In ihren Heimatländern stellten die kommunistischen Funktionäre jedoch bald fest, dass sie keine Begeisterungstürme auslösten, wenn sie virtuos mit den in Moskau erlernten Begriffen jonglieren konnten. Die Erziehung an der Leninschule war im Prinzip für die Arbeit in einem sozialistischen Staat zugeschnitten worden. Hier musste niemand mehr überzeugt werden, weil er beim geringsten Zweifel, den er an der bolschewistischen Ideologie äußerte (und bald auch, ohne das getan zu haben), als „Abweichler“ oder gar „Schädling“ denunziert werden konnte. Im kapitalistischen Mitteleuropa half es den Absolventen der kommunistischen Kaderschmiede hingegen nicht weiter, wenn sie „bolschewistisch“ sprachen – denn nun verstand sie niemand mehr.

Am deutlichsten wurde dies, wenn sich die Kommunisten mit ihren eifrigsten Konkurrenten auf dem Gebiet der Propaganda verglichen, den nationalsozialistischen Agitatoren. In der Komintern und KPD besaß man gegenüber der NSDAP ein ambivalentes Verhältnis: „Ich werde nicht übertreiben“, lobte Pjatnickij im März 1932 in einer Sitzung der Kominternführung die NS-Propaganda, „wenn ich sage, dass die Methoden der Agitation der Nazis fast dieselben sind wie die bolschewistischen in der Zeit von der Februar- bis zur Oktober-Revolution 1917. Der Methode nach!“⁴³ Ihm imponierte in erster Linie, wie sich die Nationalsozialisten ihrem jeweiligen Publikum anpassten. Die Anpassungsfähigkeit der nationalsozialistischen Agitatoren wurde auch von den deutschen Funktionären be-

⁴⁰ Tagebuch von Max Hoelz, Eintrag vom 14. 2. 1930, abgedruckt in: Plener (Hg.), Hoelz, S. 44.

⁴¹ Vgl. Kotkin, *Magnetic Mountain*, Kapitel 5.

⁴² So der Brief des stellvertretenden Rektors der Leninschule an das ZK der KPÖ über die Auswahl neuer Funktionäre für die Leninschule, o.D. [Ende 1928], RGASPI 531/1/146: 23 f.

⁴³ Pjatnickij in der Sitzung der PK vom 15. 3. 1932, RGASPI 495/4/177: 13–28, hier: 17.

wundert. Im Frühjahr 1932 berichteten einige deutsche Leninschüler in einer Mischung aus Verachtung und Neid, wie professionell die NS-Agitatoren voringen: „Sie gehen z. B. zu den Angestellten mit Schlips und Kragen, und zu den Hafenarbeitern ohne Schlips und Kragen, sie nehmen den Kragen ab, schlagen das Hemd um, machen sich die Hände schmutzig.“⁴⁴ Die Kommunisten hingegen trafen oft nicht den Nerv ihrer Zuhörer: Auf einer Landarbeiterversammlung habe der kommunistische Redner nach dem sehr geschickten Auftritt des NS-Redners nur „Knüppelpolitik“ betrieben. „Als es dann zur Diskussion kommen sollte, meldete sich kein Mensch.“⁴⁵

Auch die vielbeschworene „Einheitsfront von unten“ mit sozialdemokratischen Arbeitern scheiterte häufig an dieser Sprachbarriere: Die kommunistischen Funktionäre zeigten sich zunehmend unfähig, die Welt in anderen als den vorgegebenen Begriffen zu beschreiben. Als sich die KPD im Herbst 1932 beispielsweise vornahm, die SPD mit einem Blatt zu zersetzen, das vermeintlich vom linken Parteiflügel hergestellt wurde, hatte sie damit wenig Erfolg. Man habe sofort gemerkt, dass dieser *Rote Vorwärts* „von Kommunisten kommt“, kommentierte selbst der Kominternmitarbeiter Andrej Karolski diesen Versuch der KPD-Funktionäre, sich in ihren politischen Gegner hineinzusetzen. „Wenn man schreibt ‚Genosse Severing, Genosse Grzezinski‘ usw., so heißt das noch nicht, das ist ein sozialdemokratisches Blatt.“ Ein Anwesender entgegnete darauf, es sei eben „schwer zu schreiben auf sozialdemokratisch“.⁴⁶

Am problematischsten erwies sich allerdings, dass die Absolventen der Leninschule zum Teil nicht einmal mit der eigenen Basis auf einer Augenhöhe reden konnten. Der österreichische Vertreter beim EKKI, Arthur Horner, beklagte sich im Dezember 1931 über die mangelnde Bodenhaftung der in Moskau ausgebildeten Instrukteure: Einige der ehemaligen Leninschüler verstünden nicht, wie sie mit den Genossen umgehen sollten. „Sie schmeißen mit Leninzitaten herum, die sie auf der Schule gelernt haben und zerstören die Initiative der Genossen. Einige von ihnen kann man nicht verwerten.“ Er schien allerdings den Widerspruch zu seinen eigenen Aussagen, die er kurz zuvor gemacht hatte, nicht zu bemerken. Über die zur KPÖ stoßenden Sozialdemokraten hatte er nämlich noch sehr verächtlich geurteilt: Diese müssten noch „ganz umgeformt und umgearbeitet werden. Viele wissen nicht die einfachsten Abkürzungen wie Komintern, Profintern usw. Es ist nun unsere Aufgabe, diese Arbeiter zu schulen.“⁴⁷ Die kommunistische Sprache, das zeigte sich hier besonders deutlich, war ein spezieller Kommunikationsraum, in den nur diejenigen Zutritt erhielten, die die kulturellen Codes zu dieser Parallelwelt beherrschten. Zwei Jahre später brachte der britische KP-Vorsitzende Pollitt das Problem auf den Punkt, als er in Moskau berichtete: „Ich

⁴⁴ ILS-Schüler Dering am 7. 5. 1932 vor dem MELs des EKKI über den Nationalsozialismus, RGASPI 495/28/193: 18–20, hier: 19.

⁴⁵ ILS-Schüler Rotgart am 7. 5. 1932 vor dem MELs des EKKI über nationalsozialistische und kommunistische Agitatoren, RGASPI 495/28/193: 14f.

⁴⁶ Karolski in der Sitzung des MELs des EKKI vom 25. 11. 1932, RGASPI 495/28/216: 21.

⁴⁷ Horner in der Sitzung des MELs des EKKI über kommunistische Kader in Mitteleuropa vom 15. 12. 1931, RGASPI 495/28/150: 40.

habe festgestellt, dass viele Genossen von der Leninschule, die in England einfach und klar mit den Arbeitern sprechen konnten, eine fremde Sprache sprechen, wenn sie zurückkommen.“⁴⁸ Damit sprach Pollitt die Kehrseite des „bolschewistischen Sprechens“ an: Die Kommunikationsformen waren in erster Linie dafür entwickelt worden, um die Funktionäre auf Linie zu halten – und erwiesen sich in dieser Beziehung auch häufig genug als erschreckend effektiv. Die Genossen hätten „eine Psychologie entwickelt“, erläuterte Pollitt, aufgrund derer sie dachten, sie seien keine echten Kommunisten, wenn sie nicht ständig Ausdrücke wie „Orientierung“, „Faschisierung“ oder „Sozialfaschismus“ benutzten⁴⁹, die magischen Begriffe der kommunistischen Sprache. Doch in dem Maße, in dem die Kommunisten sich der vorgegebenen Formeln bedienten, wurden sie für Außenstehende, für Mitglieder anderer sozialer Systeme immer unverständlicher⁵⁰: Wie die abfälligen Bemerkungen über die Arbeiter zeigen, die sich mit den sowjetischen Kompositwörtern nicht auskannten, war der gemeinsame Vorrat an sprachlichen Bildern und Begriffen bald aufgebraucht, der Zerfall des „linksproletarischen Milieus“ manifestierte sich auch an der Sprache. Vor diesem Hintergrund stellte sich für einige Kommunisten schließlich die Frage, ob die Konditionierung der Kader in Moskau überhaupt Sinn mache. 1936 – also bezeichnenderweise erst ein Jahr nach der Wende der Komintern zur Volksfront-Politik – bemerkte der damalige österreichische Vertreter während einer erneuten Besprechung in Moskau über die zurückkehrenden Leninschüler: „Wir versuchen die Schüler zunächst unten einzubauen, damit sie einen Teil des hier Gelernten wieder vergessen und lernen, in der Sprache der Wiener Arbeiter zu sprechen.“⁵¹

2. „Vegetarische Parteien“ und gläserne Funktionäre

Die bolschewisierten Parteikader sollten nach Meinung der Kominternführung nicht nur auf ihr eigenes Verhalten achten – mindestens ebenso wichtig war es, selbst den Menschen in ihrer Umgebung mit dem angemessenen Misstrauen zu begegnen, um die Parteien und die Komintern vor vermeintlichen „Saboteuren“ und „Schädlingen“ zu schützen, die vom „Klassenfeind“ ausgesandt wurden. Gerade hier zeigte sich aber ein fundamentaler kultureller Unterschied zwischen den Bolschewiki und ihren westeuropäischen Genossen, die aus Moskau erst noch zu einer linienkonformen Einstellung gegenüber dem Gegner erzogen werden mussten. In der Kominternführung war man sich dieses Unterschiedes durchaus bewusst. Gerade deshalb erinnerte Manuilskij seine Zuhörer im Oktober 1931

⁴⁸ Pollitt auf dem XIII. EKKI-Plenum der Komintern am 1. 12. 1933, zitiert nach: McDermott, *Komintern*, S. 106.

⁴⁹ Ebenda.

⁵⁰ Zur Kommunikation in und zwischen sozialen Systemen: Luhmann, *Die Politik der Gesellschaft*, v. a. S. 171 f.

⁵¹ Zitiert nach: Schafranek, *Österreichische Kommunisten an der „Internationalen Leninschule“*, S. 454.

an den Lernprozess der sowjetischen Revolutionäre, die „durch einen jahrzehntelangen Untergrundkampf gegangen sind und Erfahrung und Stählung in ihrer klassenmäßigen Unversöhnlichkeit gegenüber dem Feind besitzen“. Die kommunistischen Bruderparteien hingegen, so konstatierte er, bestünden „aus völlig jungen, unerfahrenen Kadern“, die sich von geschulten Geheimdienstlern mühelos „umdrehen“ ließen.⁵² Aus diesem Grunde müssten die Parteien viel härter gegen „Provokateure“, Spitzel und „Schwätzer“ vorgehen; bislang würden diese nämlich viel zu nachsichtig behandelt:

„Ich werde Ihnen ein konkretes Beispiel aus der deutschen Partei anführen, der besten Sektion der Kommunistischen Internationale. Vor einigen Tagen unterhielt sich einer unserer Genossen mit Schülern der Leninschule, die hierher gekommen waren und denen folgende einfache Frage gestellt wurde: ‚Sag Genosse [sic], was muss man mit enttarnten Provokateuren machen?‘ – Wissen Sie, was dieser Genosse geantwortet hat? ‚Man darf sie nicht zu verantwortungsvoller Arbeit zulassen.‘ (Lachen [der Zuhörer]).“

Wieder hatte Manuilskij die deutschen Kommunisten als naive Politnovizen dargestellt und somit der Lächerlichkeit preisgegeben. Wenn es im Denken dieses Kominternsekretärs eine Rangordnung gab, so war dies eine Rangordnung der Versager: Ironisch bemerkte Manuilskij, ungeachtet der Naivität dieses deutschen Leninschülers müsse er feststellen, dass die KPD „keinesfalls eine vegetarische Partei“ sei. „Die französische Partei, die kann man vegetarisch nennen.“⁵³

Eine „vegetarische Partei“ zeichnete sich dadurch aus, dass sie ihre Reihen nicht sorgfältig und regelmäßig „säuberte“, wozu die Kominternsektionen bereits gemäß der 21 Bedingungen verpflichtet waren, die auf dem II. Weltkongress der Komintern im August 1920 verabschiedet worden waren.⁵⁴ Angesichts dessen, dass die Welt „unzweifelhaft auf die entscheidenden Klassenzusammenstöße“ zugehe, wurde es nach Ansicht von Manuilskij immer wichtiger, die Parteien wirksam vor den verschiedenen Arten von „Provokateuren“ zu schützen und sie zur Härte gegenüber den eigenen Mitgliedern zu erziehen. Am besten ginge man gegen Funktionäre schon dann vor, wenn gegen sie auch nur der geringste Verdacht bestünde, ein „Provokateur“ (also ein Spion, Spitzel, *agent provocateur*) zu sein.

In diesem Zusammenhang erwiesen sich die erwähnten vorrevolutionären Erfahrungen der Bolschewiki als prägend⁵⁵: Ausdrücklich wies Manuilskij seine Zuhörer darauf hin, welchen Schaden die Arbeit von Spitzeln der *Okhrana*, der vorrevolutionären politischen Polizei, in der Partei vor 1917 verursacht habe.⁵⁶

⁵² Bericht Manuilskijs über Provokationen, 6. 10. 1931, RGASPI 495/18/864: 6–94, hier: 23.

⁵³ Ebenda.

⁵⁴ Der Stellvertreter Piecks als deutscher Vertreter beim EKKI, Sepp Schwab, legte in seinem Diskussionsbeitrag in der Sitzung des Politsekretariates vom 6. 10. 1931 Wert auf die Feststellung, dass die KPD im Laufe des Jahres 1930 immerhin 79 „Spitzel und Provokateure“ der Polizei und politischer Gegner enttarnt und dies öffentlich gemacht habe, RGASPI 495/18/864: 253–259, hier: 253f. Siehe auch die schwarze Liste der KPD vom Februar 1932 über enttarnte Spitzel, RGASPI 495/293/123: 77–85.

⁵⁵ Vgl. Löhmann, *Der Stalinmythos*, S. 89f.

⁵⁶ Bericht Manuilskijs über Provokationen, 6. 10. 1931, RGASPI 495/18/864: 6–94, hier: 24, 83–87.

Tatsächlich waren sämtliche russischen Untergrundorganisationen unablässig infiltriert und ausgehorcht worden⁵⁷, weshalb die Untergrundarbeiter ständig mit der Furcht lebten, verraten zu werden. So wurde beispielsweise Stalin 1913 von einem Spitzel denunziert und daraufhin nach Sibirien verbannt. „Provokateure [d. h. Spitzel] fanden sich allenthalben“, erinnerte sich der einstige bolschewistische Untergrundaktivist Valentin Trifonov, „sie waren damals für alle revolutionären Parteien eine alltägliche Erscheinung und allnächtlicher Alptraum.“⁵⁸

Die ständige Furcht vor Verrätern verursachte bei den damaligen Bolschewiki ein regelrechtes Verrätersyndrom, über das Pjatnickij in seinen Erinnerungen schrieb: „Wie entsetzlich: man trifft einen Genossen, bespricht mit ihm Fragen des Klassenkampfes, er aber entpuppt sich nachher als ein Judas, der die Interessen der eigenen Klasse verrät! Das schlimmste dabei ist, dass man schließlich anfängt, in jedem Genossen einen Verräter zu sehen.“⁵⁹ Obwohl Pjatnickij also selbst feststellte, dass die Furcht vor „Provokateuren“ zu einer wahren Psychose geführt hatte, mochten weder er noch die anderen sowjetischen Mitglieder der Kominternführung von der Vorbildfunktion dieser bolschewistischen Erfahrungen abrücken.

Die unterschiedliche politische Kultur in den demokratischen Ländern, die Sozialisation der westeuropäischen Kommunisten in parlamentarischen Systemen und vergleichsweise offenen Gesellschaften wurden vielmehr als Bedrohung für den Bestand der Parteien wahrgenommen: Die Nachrichtendienste der westlichen Sektionen, so klagte Manuilskij, hätten bei der Suche nach „Provokateuren“ bislang weitgehend versagt: Spitzel und Spione seien bestenfalls zufällig enttarnt worden. Doch auf den Zufall mochte Manuilskij sich nicht verlassen: Er forderte, das Personal der Parteigeheimdienste regelmäßig auszutauschen, „denn ehrlich gesagt: wenn Leute im Laufe der Zeit sehr häufig mit der Polizei in Berührung kommen, dann hat das einen zersetzenden Einfluss“.⁶⁰ Dass Manuilskij mit seinem Vorwurf, die Nachrichtendienste der westlichen Sektionen gingen allzu blauäugig vor und ließen das notwendige Misstrauen vermissen, allerdings nicht ganz Recht hatte, belegt beispielsweise ein ausführlicher Bericht des österreichischen Abwehrdienstes über Werner Hirsch, der unter dem Parteinamen „Peter“ von Hermann Remmele als Chefredakteur der *Roten Fahne* in Wien eingesetzt worden war. 1925 überwachte der Abwehrdienst der KPÖ Werner Hirsch über mehrere Monate hinweg bis in die Abendstunden hinein und durchsuchte mehrmals seine Aktentasche. Man war durch seinen auffälligen Lebensstil misstrauisch geworden: Hirsch habe ein Schließfach in der Bank, fahre selbst die kurzen Strecken von der Redaktion zum Gasthaus im Taxi, obwohl er über Geldmangel klage, und

⁵⁷ Vgl. beispielhaft die Sammlung von Berichten eines solchen „Provokateurs“: Pavlov, Pis'ma Azefa, in denen er u. a. über die Bolschewiki schreibt.

⁵⁸ So der Bericht über die Erfahrungen von Valentin Trifonov, aufgeschrieben von seinem Sohn: Trifonov, Widerschein des Feuers, S. 36.

⁵⁹ Pjatnickij, Deckname Freitag, S. 222 f.

⁶⁰ Bericht Manuilskijs über Provokationen, 6. 10. 1931, RGASPI 495/18/864: 6–94, hier: 83–87.

sei nach mehreren Verhaftungen stets auffällig schnell wieder freigelassen worden.⁶¹

Manuilskij forderte aber nicht nur, künftig schärfer gegen überführte Missetäter vorzugehen: Anstatt „Provokateure“ fatalistisch als unvermeidliche Nebenerscheinung revolutionärer Tätigkeit hinzunehmen, sollten die Parteien ihre Funktionäre lückenlos überwachen, um zu verhindern, dass Spitzel einsickern. Künftig sollten Kader bereits im Vorfeld durchleuchtet werden, bevor überhaupt ein konkreter Verdacht gegen sie vorlag, und diejenigen identifiziert und ausgesiebt werden, von denen zu *erwarten* war, dass sie zu Verrätern würden. Der Kominternsekretär empfahl deshalb, die gesamte Persönlichkeit der Funktionäre und ihr Umfeld unter die Lupe zu nehmen:

„Wir brauchen eine sehr ernste Untersuchung der politischen Physiognomie, der moralisch-politischen Physiognomie dieser Genossen, ihrer Standhaftigkeit und Härte, ihres persönlichen Mutes, ihrer Verbindungen, ihres persönlichen Wesens, ihrer Lebensweise und ihres familiären Umfeldes. Man muss jeden Genossen überprüfen. [...] Dieses Überprüfungssystem muss im Zusammenhang mit dieser Kampagne in allen Parteien errichtet werden. Ich denke, dass es uns niemand übelnehmen wird, [...] dass wir außerdem eine Überprüfung unseres Führungspersonales in allen Parteien durchführen müssen. Was ist daran beleidigend? Die Überprüfung muss unter dem Blickpunkt der politischen Zuverlässigkeit dieses Personals durchgeführt werden.“⁶²

Damit hatte Manuilskij die Grundzüge eines umfassenden Überwachungsapparates entworfen; seine Rede bezeichnet die Geburtsstunde der „Kaderabteilung“ der Komintern, die im folgenden Jahr errichtet wurde.⁶³ Schon seit dem Bestehen der kommunistischen Parteien hatten die Funktionäre der Komintern immer wieder geklagt, dass die kommunistischen Parteien von Spitzeln und „Saboteuren“ unterwandert würden, die mühsam herausgesäubert werden mussten – mit Manuilskijs Vision des gläsernen Funktionärs ging Moskau nun von der Bestrafung zur Prävention über.

Dass sein Ansinnen, auch die Parteiführungen dieser hochnotpeinlichen Überprüfung zu unterwerfen, durchaus „beleidigend“ war, erkannte Manuilskij sehr wohl. Schließlich stellte er die leitenden Funktionäre damit unter einen Pauschalverdacht. Doch war das durchaus beabsichtigt. Ebenso wie bereits die Kritik an der mangelhaften Konspiration der Politintellektuellen in den westlichen Parteien war auch dieser Schritt dazu gedacht, die Autorität der Kominternführung gegenüber den selbstbewussten nationalen Parteispitzen zu stärken und so die bestehende Hierarchie innerhalb der kommunistischen Weltbewegung zu festigen.

Dieser Pauschalverdacht gegen die kommunistischen Funktionäre Westeuropas verschärfte sich in den folgenden Jahren durch die innere Logik des von Manuilskij entworfenen Überwachungsapparates, der nun eine beträchtliche Eigendynamik entwickelte und sich mit der um sich greifenden Phobie vor ausländischen Spionen verband. Dies gipfelte schließlich darin, dass Stalin im Jahre 1937 dem

⁶¹ Bericht des Abwehrrdienstes der KPÖ über Werner Hirsch vom 26. 8. 1925, RGASPI 495/19/459: 38–41.

⁶² Bericht Manuilskijs über Provokationen, 6. 10. 1931, RGASPI 495/18/864: 6–94, hier: 81.

⁶³ Zur Bedeutung der Kaderabteilung der Komintern für den stalinistischen Terror vgl. Vatlin, Kaderpolitik und Säuberungen; Studer, Der stalinistische Parteikader, S. 88–94.

neuen Generalsekretär der Komintern Dimitrov ganz offen an den Kopf warf: „Ihr alle dort in der Komintern arbeitet dem Feind in die Hände...“⁶⁴ Während die Karriere eines Funktionärs innerhalb der Komintern und in der Führungsschicht seiner Sektion bislang wesentlich davon abhängig gewesen war, welchen personalen Netzen er angehörte, so konnten sich diese „Verbindungen“ unter diesen Bedingungen in den folgenden Jahren schnell als tödliche Falle erweisen⁶⁵: „Verbindungen“ zu suchen (oder zu konstruieren) wurde zur vornehmsten Aufgabe des sowjetischen Inlandsgeheimdienstes NKVD.⁶⁶ Viele Funktionäre verstrickten sich in den „Seilschaften“, die zuvor ihr Fortkommen gesichert hatten, da in den Jahren des Terrors das Prinzip der „Kontaktschuld“ galt⁶⁷: Wer mit einer Person bekannt war, die dem NKVD als „Feind“ aufgefallen war, hatte sich in den Augen der „Instanzen“ bereits infiziert und galt als wahrscheinliches Mitglied in einer antisowjetischen Verschwörung.⁶⁸ Es ist eine bittere Ironie, dass ein großer Teil der bolschewistischen Führungsfunktionäre der Komintern – unter ihnen Pjatnickij und Knorin – schließlich selbst in diesen Sog geriet und während des Großen Terrors als angebliche Mitglieder einer faschistischen Spionageorganisation verhaftet und erschossen wurde.⁶⁹

Bevor aber dieser Überwachungsapparat, der sich später immer weiter aufblähte, in den einzelnen Parteien aufgebaut wurde, musste die Kominternführung zunächst feststellen, dass sie nicht einmal wusste, wer im eigenen Hause ein- und ausging. Kurz nach Manuilskijs Vortrag hatte Jan Cirul, der Vorsitzende der „Kleinen Kommission“ des EKKI, den Auftrag erhalten, sich einen Überblick über den Personalbestand der Kominternbürokratie zu verschaffen. Cirul, der sonst für die Mitarbeiter des Kominterngeheimdienstes zuständig war⁷⁰, stellte zu seinem eigenen Entsetzen fest, dass in der bisherigen Personalabteilung des EKKI ein völliges „Chaos“ herrsche und es daher gar nicht möglich sei, genaue Zahlen zu nennen: Da von einem bedeutenden Teil der Mitarbeiter keinerlei Personalakten bestünden und viele es versäumt hätten, die ausgeteilten Fragebögen auszufüllen, könne er nur schätzen, dass im EKKI „etwa 500“ Personen arbeiteten. Insgesamt gebe es nur über 331 Mitarbeiter der Komintern ausreichendes Material, „das eine Vorstellung davon gibt, um was für Personen es sich bei ihnen handelt. Solch eine Lage ist meiner Meinung nach unnormal.“⁷¹

⁶⁴ Tagebucheintrag Dimitrovs vom 11. 2. 1937, in: Bayerlein (Hg.), Dimitroff. Tagebücher, Bd. 1, S. 149.

⁶⁵ Vgl. Fitzpatrick, *Everyday Stalinism*, S. 114.

⁶⁶ Vgl. die Berichte der sowjetischen Geheimdienste in: Khaustov (Hg.), Lubjanka. Stalin i VChK-GPU-OGPU-NKVD; sowie: ders. (Hg.), Lubjanka. Stalin i Glavnoe upravlenie gosbezopasnosti.

⁶⁷ Vgl. Müller, *Menschenfalle Moskau*.

⁶⁸ Vgl. Fitzpatrick, *Everyday Stalinism*, S. 109–114.

⁶⁹ Vgl. die Auszüge der Verhörprotokolle Pjatnickijs und Knorins, sowie des Kominterninstrukteurs Madyar und des Leiters der OMS Abramov in: Pjatnickij, *Zagovor protiv Stalina*.

⁷⁰ Vgl. Adibekov, *Organizacionnaja struktura Kominterny*, S. 145.

⁷¹ Bericht Ciruls an die Kleine Kommission über den Personalbestand des EKKI vom 21. 10. 1931, RGASPI 495/6/48: 5–10, hier v. a.: 5f.

„Eine Vorstellung“ von den zahlreichen kommunistischen Funktionären rund um die Welt zu bekommen, war von nun an eines der Hauptziele des EKKI. Zu diesem Zwecke wurde die „Spezialabteilung“ des EKKI, die bislang für die Überprüfung der Kader durch die sowjetischen Geheimdienste zuständig gewesen war, mit der Personalabteilung des EKKI zusammengelegt. In das so entstehende „Personalarchiv“ sollten aber nicht nur die Akten der EKKI-Mitarbeiter, sondern auch die Personalbögen der Leninschule und der anderen Lehrinstitute der Komintern und möglichst alle Kaderakten der kommunistischen Parteien aufgenommen werden.⁷² Der stellvertretende Leiter des Mitteleuropäischen Ländersekretariates, Smoljanskij, berichtete den anwesenden Parteivertretern im Dezember über die vorläufigen Planungen: „Es ist der erste Versuch, von den Genossen, die die Arbeit leiten, einen besonderen Bericht zu bekommen, einen Bericht über den Stand der Kader überhaupt, zahlenmäßig, Arbeit der Fraktionen, die politische Erziehung, Heranziehung von neuen Kadern, neuen Arbeiterelementen.“⁷³

Um die Kaderabteilung des EKKI mit den entsprechenden Informationen zu versorgen, wurden auch in den einzelnen Sektionen Kaderkommissionen gegründet, die alle Funktionäre von der Führung bis hin zu den Redakteuren der Zeitungen überprüfen mussten. Die Kommissionen wurden verpflichtet, neben den jeweiligen Lebensläufen auch „andere charakteristische Materialien“ über die Genossen zu sammeln, Gespräche mit ihnen selbst und „zum Zwecke einer Kontrolle und genauerer Feststellung der einzelnen biographischen Angaben auch mit Genossen [zu führen], die diese Funktionäre aus ihrer Arbeit kennen“. Um mögliche „Provokateure“ schnell erkennen zu können, interessierte sich das EKKI besonders dafür, wie sich die jeweiligen Kader in der Haft, bei Verhören oder vor Gericht verhalten haben, ob – und wenn ja: warum – sie vor Ablauf der Frist entlassen wurden, was für ein Leben sie führten, welche Charakterschwächen sie hatten, und was andere Genossen über ihre Autorität in der Partei wussten.⁷⁴ Das gesammelte Material sollte, so forderte es die Komintern Mitte April 1932, schnellstmöglich nach Moskau geschickt und ständig aktualisiert werden, „um die Bewegung der Funktionäre systematisch verfolgen zu können“.⁷⁵

⁷² Vgl. die „Instruktion über die Organisation der inneren Arbeit der Kaderabteilung des EKKI und die Beziehung mit der Spezialabteilung und den Ländersekretariaten“ vom 22. 2. 1932, RGASPI 495/18/945: 10–13, und den Entwurf zur Bearbeitung der Kaderfrage im Apparat des EKKI vom 7. 4. 1932 von Cirul und Krajewskij. Anlage zum Protokoll Nr. 234 der PK vom 9. 4. 1932, Pkt. 4, RGASPI 495/4/182: 64–67.

⁷³ Smoljanskij in der Sitzung des MELS des EKKI über die Kader der Parteien vom 15. 12. 1931, RGASPI 495/28/150: 16.

⁷⁴ Entwurf einer Instruktion zur Arbeit der Kaderkommissionen bei den ZK der kommunistischen Parteien vom 19. 4. 1932, RGASPI 495/4/185: 25–29. Vgl. auch das bereits im Herbst 1931 nach sowjetischem Vorbild entwickelte Schema für Lebensläufe („Autobiographien“) vom 27. 10. 1931, abgedruckt in: Vatlin, Kaderpolitik und Säuberungen, S. 90–92.

⁷⁵ Brief des PS an das Sekretariat des ZK der KPD vom 13. 4. 1932, RGASPI 495/28/168a: 131f. Am 16. 4. 1932 wurde ein Musterfragebogen an die großen westeuropäischen Sektionen geschickt, der von den leitenden Funktionären auszufüllen war. Darin wurden folgende Angaben verlangt: 1. Mitgliedsbezirk, 2. Name, 3. Alter, 4. soziale Lage und Beruf,

Diese Nachforschungen zielten darauf ab, gemäß Manuilskijs Vorgabe vom Oktober 1931 ein möglichst umfassendes Bild der jeweiligen Funktionäre zu schaffen. Die Kader waren zu überprüfen hinsichtlich „ihrer richtigen Ausnützung, ihrer Erprobtheit und Ergebenheit gegenüber der Partei, der Möglichkeit ihrer Ausnützung für vertrauliche und illegale Arbeit usw.“⁷⁶ Von Moskau aus sollten die Kaderleiter der zuständigen Ländersekretariate die Sektionen bei diesem Personalmanagement unterstützen: Ihre Aufgabe bestand darin, den Parteien zu helfen, einen Apparat „von standhaften und erprobten Genossen“ zu schaffen, die westlichen Kommunisten zu instruieren, wie sie die „leitenden Kader unserer Feinde“ besser kennenlernen sowie die „Agenten der Bourgeoisie innerhalb der Partei“ ausfindig zu machen.⁷⁷

Bei der Analyse der kommunistischen Funktionäre konnten die „Kadrowniks“, wie die Mitarbeiter der Kaderabteilung in der eigentümlichen deutsch-russischen Mischsprache der Komintern hießen, auf Vorarbeiten zugreifen, die an der Leninschule geleistet worden waren. Dort wurden den angehenden Führungskadern seit 1928 zum Abschluss ihres Studiums so genannte Charakteristiken ausgestellt, in denen empfohlen wurde, wie die jeweiligen Absolventen in ihren Herkunftsländern am besten einzusetzen seien.⁷⁸ Die Charakteristiken in den Jahren 1928/29 behandelten noch vor allem politische Fragen. Im Juli 1929 erschöpfte sich die Auskunft der Leninschule an die KPD-Führung beispielsweise in der positiven Feststellung, dass die deutschen Absolventen „ideologisch fest sind und auf der Linie der KI stehen“.⁷⁹ Danach verschob sich der Schwerpunkt der Einzelbewertungen 1930 auf eine bemerkenswerte Weise; nun wurden die Charaktereigenschaften der jeweiligen Funktionäre in den Vordergrund gestellt. Auffällig ist dabei, wie stereotyp die Leninschüler beschrieben werden: „Ist diszipliniert und kameradschaftlich. Lässt sich bei politischen Beurteilungen manchmal von subjektiv gefühlsmäßigen Gesichtspunkten leiten.“ „Ist diszipliniert, fügt sich leicht in eine kollektive Arbeit ein, ist kameradschaftlich.“ „Seine Meinung vertritt er sehr entschieden, erkennt schnell seine Fehler an und revidiert sie selbstkritisch.“ „Er hat die Eigenschaft, auf seinen Fehlern zu beharren und sie nicht anzuerkennen.“

5. Dauer der Parteizugehörigkeit („seit wann politisch organisiert, i[m] spez[iellen] Dauer der Zugehörigkeit zur Sozialdemokratie“), 6. etwaige Gewerkschaftszugehörigkeit, 7. gegenwärtiger Parteiposten, 8. Anzahl der Jahre bezahlter Parteiarbeit, 9. Zeitpunkt, an dem aus Betrieb ausgeschieden, 10. Dauer der Arbeit im Betrieb, 11. seit wann im gegenwärtigen Parteiamt tätig, 12. welche Parteiposten bisher innegehabt, 13. etwaige Ehrenämter in Massenorganisationen, RGASPI 495/28/47: 52f.

⁷⁶ Entwurf einer Instruktion zur Arbeit der Kaderkommissionen bei den ZK der kommunistischen Parteien vom 19. 4. 1932, RGASPI 495/4/185: 25–29.

⁷⁷ Entwurf einer Instruktion der Kaderleiter der Ländersekretariate des EKKI. Anlage zum Protokoll Nr. 234 der PK vom 9. 4. 1932, Pkt. 5, RGASPI 495/4/182: 76–80.

⁷⁸ Vgl. Brief Remmeles (als deutscher Vertreter beim EKKI) an die Leitung der Leninschule vom 6. 4. 1928 mit der Bitte um entsprechende „Abschlusszeugnisse“, RGASPI 495/293/97: 3.

⁷⁹ Brief der Leitung der Leninschule an das ZK der KPD vom 5. 7. 1929, RGASPI 531/1/146: 4.

„Eine besondere Schwäche von ihr ist ihr kleinbürgerliches ‚Heldentum‘ in der Verteidigung ihrer Fehler, was sie zu Prinzipienlosigkeit geführt hat.“⁸⁰

Die eigentlichen Personen verschwanden hier fast völlig hinter einer Wand bolschewistischer Floskeln – doch gerade weil die Kader so formelhaft beschrieben wurden, lässt sich ablesen, welche Tugenden einen Revolutionär auszeichnen sollten und welche Laster ihn nach Meinung der Komintern daran hinderten, zu einem wertvollen Führungskader aufzusteigen.

Insbesondere die Selbstkritik⁸¹ diente dazu, den Kadern diese neuen Werte anzutrainieren. In diesem Ritual, das immer mehr zur einer alltäglichen Übung wurde, sollten die Funktionäre ihre politischen „Sünden“ beichten und sich demonstrativ zur „richtigen“ Parteilinie bekennen. Dabei kam es vor allem auf zwei Aspekte an: Erstens mussten die Kader lernen, über sich und ihre Umwelt in korrekten Begriffen zu sprechen. Die kommunistischen Funktionäre sollten somit in das Machtgeflecht der Bolschewiki eingebunden werden. Erst wenn die Kader sich nur noch der im Wortsinne „herrschenden Diskurse“ bedienten, wenn sie lernten, „bolschewistisch zu sprechen“, so die Erwartung der Bolschewiki, würden diese Kader tatsächlich ein Bestandteil ihres Machtsystems sein.⁸² Zweitens sollten die Kommunisten im Rahmen der Selbstkritik neue Verhaltensformen einüben; sie durften sich nicht rechtfertigen, sondern im Gegenteil selbst nach eigenen Fehlern und Unzulänglichkeiten suchen. Daher war es wichtig, die eigene Person vollständig dem Kollektiv unterzuordnen. Wenn ein Funktionär auf seiner Meinung bestand, galt dies nicht als Standhaftigkeit, sondern als „Überwertung der eigenen Person“, als „kleinbürgerlicher Individualismus“.⁸³

Das Prinzip der Selbstkritik barg allerdings einen wesentlichen Nachteil. Da sich alle Kader der verordneten Sprache bedienen und der Selbstkritik unterwerfen mussten, standen schon die Zeitgenossen vor dem gleichen Problem wie die Historiker heute: Wo äußerten sich ehrliche Überzeugungen und wo trugen Funktionäre bloße Lippenbekenntnisse vor?⁸⁴ Änderte sich tatsächlich das Bewusstsein der Kommunisten, wenn sie lernten, „bolschewistisch zu sprechen“? Dass selbst in internen Sitzungen längst eine formelhafte Sprache an der Tagesordnung war, hinter der sich Zweifel und Kritik verbergen konnten, war allen bewusst.⁸⁵ Doch indem die Bolschewiki die offene Diskussion verboten, hatten sie selbst die Voraussetzungen für diese unübersichtliche Situation geschaffen: Der Italiener Togliatti, der von der Komintern wegen seiner Zweifel am ultralinken Kurs über Monate hin unter Druck gesetzt worden war, brachte dies im Juli 1929

⁸⁰ 16 Charakteristiken von deutschen Absolventen der Leninschule vom 21. 7. 1930, RGA-SPI 531/1/146: 16–22.

⁸¹ Vgl. Unfried, *Rituale von Konfession und Selbstkritik*; Getty, *Samokritika Rituals*; Erren, *Zum Ursprung einiger Besonderheiten der sowjetischen Parteiöffentlichkeit*.

⁸² Vgl. Kotkin, *Magnetic Mountain*, Kapitel 5.

⁸³ Vgl. Studer, „Das Private ist öffentlich“, S. 97.

⁸⁴ Vgl. Halfin, *Looking into the Oppositionists' Souls*.

⁸⁵ Vgl. z. B. Brief Zlichenkos an Stalin vom 4. 1. 1929 über ein Gespräch mit Humbert-Droz: In diesem Privatgespräch habe sich dieser wohl offener als in den Kominternsitzungen geäußert, RGASPI 558/11/735: 52.

auf den Punkt. Ganz offen erklärte er, dass „jeder von uns [weiterhin] diese Dinge denken wird, sie aber nicht länger sagen wird“.⁸⁶

Mit den Ritualen der Selbstkritik wurde versucht, die verordneten Wahrheiten zum festen Bestandteil des Bewusstseins der Funktionäre zu machen. Weil die Bolschewiki jedoch wussten, wie aussichtslos dieses Unterfangen war, regierte unter ihnen das Misstrauen: Hinter jeder Aussage konnte sich eine Lüge verbergen, jedes Reuebekenntnis mochte in Wirklichkeit die Finte eines „Parteifeindes“ sein, der sich nur aus der Schusslinie bringen wollte: „Ich meine, dass dieser Herr [gospodin] einstweilen kein Vertrauen verdient“, notierte beispielsweise Stalin im Sommer 1933 auf die Eingabe eines ehemaligen Trockij-Anhängers, der seine Abkehr von seinen alten Ansichten mit dem Hinweis zu untermauern versuchte, niemals der „Doppelzüngigkeit“ verfallen zu sein.⁸⁷ Dass jedem Funktionär, der seine „Vergehen“ eingestand, eben diese „Doppelzüngigkeit“ unterstellt wurde, hatte schon zuvor der Vorsitzende des KJVD, Kurt Müller, bei seiner „Selbstkritik“-Sitzung erfahren müssen. Ihm wurde Ende 1932 vorgeworfen, als Mitglied der fraktionellen „Neumann-Remmele-Gruppe“ gegen den deutschen Parteivor-sitzenden intrigiert zu haben. Als er vor der Leitung der Kommunistischen Jugendinternationale Besserung gelobte, reagierten die Anwesenden mit Gelächter:

„Indem ich meine Fehler offen entlarve [...] werde ich mit aller Kraft an der Seite der Partei, an der Seite des Genossen Thälmann ... (Lachen)

– Genossen, mir ist es bitter ernst um die Liquidierung meiner Fehler –

... an der Seite des E[xe]k[utiv] K[omitees] der KJI den Kampf gegen jede Weiterführung des Gruppenkampfes und zur Überwindung seiner Überreste führen.“⁸⁸

Das höhnisch gemeinte Lachen der Zuhörer verdeutlicht, dass Müllers Versicherung nicht geglaubt wurde. Letztlich erwies sich somit das Ritual der Selbstkritik meist als stumpfe Waffe: Es vermochte weder, das Bewusstsein der Funktionäre zu beeinflussen, noch konnte man angesichts des auf sie ausgeübten Druckes ihren Aussagen glauben. Die bolschewistische Führung scheiterte somit an der von ihr selbst geförderten sozialen Praxis, weil sie erkennen musste, dass die Angegriffenen versuchten, sich zu entlasten, indem sie lediglich öffentlich die jeweils geltende Parteilinie reproduzierten. Die Bolschewiki waren sich dieser Verteidigungsstrategien bewusst – und so waren sie davon überzeugt, von „verborgenen Feinden“ umgeben zu sein, die sich hinter vorgetäuschten Schwüren versteckten.⁸⁹

Wenn die „Kameradschaftlichkeit“ eines Funktionärs gelobt wurde, verstanden die Kaderleiter dies deshalb grundlegend anders als viele der westeuropäischen Kommunisten: Jeder müsse „in kameradschaftlicher Weise mithelfen, die Schwächen anderer zu beseitigen“, indem er mithilfe, deren Fehler aufzuspüren, hieß es

⁸⁶ Zitiert nach: McDermott, Comintern, S. 87.

⁸⁷ Brief des „Trotzkisten“ Karl Grjunshtejn (Grünstein) an Stalin vom 26. 7. 1933, abgedruckt in: Khaustov (Hg.), Lubjanka. Stalin i VChK-GPU-OGPU-NKVD, S. 451–453, hier: S. 453. Vgl. dazu: Halfin, Looking into the Oppositionists' Souls.

⁸⁸ Stenogramm der Erklärung Müllers vor dem EK der KIM am 1. 1. 1933, RGASPI 495/205/47: 142–152, hier: 144.

⁸⁹ Vgl. Beyrau, Das bolschewistische Projekt als Entwurf und soziale Praxis, v. a. S. 24–30.

1936 in einem Entwurf über Kaderfragen.⁹⁰ Wie sich die Bolschewiki diese Form der „Kameradschaftlichkeit“ vorstellten, führten sie bereits lange vor den Jahren des Terrors vor: Im Zuge der seit 1929 periodisch wiederholten „Säuberungen“ in der VKP(b) und Komintern veranstalteten die Parteizellen und Kontrollkommissionen inquisitorische Sitzungen, in denen alle Anwesenden aufgefordert waren, sich an der „Durcharbeitung“ des Delinquenten zu beteiligen. Wer sich dieser Treibjagd entzog, handelte sich den Vorwurf ein, „die Gruppendisziplin über die Parteidisziplin“ zu stellen.⁹¹ Es überrascht also nicht, dass Manuilskij in seiner Rede im Oktober 1931 auch auf diesen Aspekt kommunistischen Verhaltens einging und forderte, dieses „kleinbürgerliche, spießerhafte Verhältnis der guten Nachbarschaft“ zwischen den einzelnen Genossen zu beenden.⁹²

Auf diese Weise wurde die Denunziation – verbrämt als „bolschewistische Wachsamkeit“ – zur Pflicht eines jeden Funktionärs erklärt: Nicht nur die Kaderabteilungen der kommunistischen Sektionen sollten die Angaben überprüfen, die die einzelnen Parteigenossen in ihren Lebensläufen (den so genannten Autobiographien) und auf den Fragebögen gegeben hatten – vielmehr waren seit Frühjahr 1932 sämtliche „Genossen, welche interne Korrespondenz von Parteien erhalten“, verpflichtet, „dem Kaderleiter alle Stellen, die sich auf die Kader beziehen, mitzuteilen“.⁹³

Wer denunzierte, bewies darüber hinaus seine Loyalität zur Partei. Gerade weil die Augen und Ohren des Regimes nicht überall sein konnten, war die Denunziation wichtig, um die Funktionäre und Untertanen des Regimes zu beherrschen: Sie sollten sich gegenseitig kontrollieren und somit den überforderten Machthabern einen Teil der Arbeit abnehmen. In der Sowjetunion entstand zu dieser Zeit ein regelrechter Kult der Denunziation: Als Ende 1932 ein Bauernsohn, der seinen Vater bei den Behörden denunziert hatte, von den Einwohnern seines Dorfes gelyncht wurde, errichtete man dem Denunzianten im ganzen Lande Denkmäler und benannte Straßen nach ihm, weil er aus Sicht des Regimes in vorbildlicher Weise die Loyalität zur Sowjetmacht über seine familiären Bindungen gestellt hatte.⁹⁴

Die Funktionäre brauchten zu Denunziationen jedoch häufig nicht erst explizit ermuntert werden – die bewusst instrumentalisierten Beschwerden betrogener Ehefrauen und die Denunziationen gekränkter Parteiführer belegen vielmehr, dass die Jagd nach „Abweichungen“ genutzt wurde, um persönliche Rechnungen zu begleichen.⁹⁵ Welche enorme soziale Eigendynamik sich in solchen Ausein-

⁹⁰ Entwurf der auf der Brüsseler Konferenz gewählten Zentralen Kontrollkommission zu Kaderfragen. Zitiert nach: Studer, „Das Private ist öffentlich“, S. 97.

⁹¹ So die Kritik an der späteren Mitarbeiterin der Kaderabteilung Grete Wilde in ihrer Abschlusscharakteristik als Leninschülerin vom 21. 7. 1930, RGASPI 531/1/146: 18.

⁹² Manuilskij am 6. 10. 1931, RGASPI 495/18/864: 6–94, hier: 81.

⁹³ Entwurf einer Instruktion der Kaderleiter der Ländersekretariate des EKKI. Anlage zum Protokoll Nr. 234 der PK vom 9. 4. 1932, Pkt. 5, RGASPI 495/4/182: 76–80, hier: 78.

⁹⁴ Vgl. Druzhnikov, Donschik 001.

⁹⁵ Vgl. dazu Studer, „Das Private ist öffentlich“, S. 99–108; und Studer, Der stalinistische Parteikader, S. 267–299; und: Entwurf einer Instruktion der Kaderleiter der Ländersekretariate des EKKI. Anlage zum Protokoll Nr. 234 der PK vom 9. 4. 1932, Pkt. 5, RGASPI 495/4/182: 76–80, hier: 78.

andersetzungen entwickelte, führt auf eindruckliche Weise den Konflikt in der Führungsebene der KPD vor Augen, der Ende 1931 offen ausgebrochen war und bald die Arbeit der deutschen Parteispitze zu lähmen drohte. Mit einem leicht resignativen Unterton berichtete der Kominterninstrukteur Madyar im März 1932 über diesen Konflikt zwischen Thälmann, Neumann und Remmele: „Es werden fleißig Materialien, Zitate gesammelt, einzelne Stellungnahmen ‚systematisiert‘. [...] Es ist ja nicht schwer, Fehler, unrichtige Formulierungen, unrichtige Stellungnahmen bei allen Genossen zu finden.“⁹⁶

Thälmann befand sich in diesem Kampf als Parteivorsitzender in einem strukturellen Vorteil, konnte er doch über den Nachrichtendienst der KPD verfügen, um seine Gegner zu überwachen⁹⁷, wobei er schließlich sogar ihre Schreibtische durchsuchen ließ.⁹⁸ Als sein Konflikt mit Neumann im Herbst 1931 ausbrach, begann Thälmann das KPD-Archiv nach Akten zum Fall Wittorf zu durchsuchen, um Neumann eine falsche Stellung nachzuweisen⁹⁹; parallel dazu beauftragte er seinen persönlichen Sekretär Werner Hirsch, kompromittierende Aussagen über seine Konkurrenten zusammenzutragen und seinem Privatarchiv einzuverleiben.¹⁰⁰ Ein Teil der so zusammengetragenen Dokumente schickte Thälmann nach Moskau¹⁰¹, wo Neumann und Remmele im April 1932 in einer Sitzung der Kominternführung mit den Denunziationen konfrontiert wurden. „Das sind die Hirsch’schen Protokolle!“ rief Neumann empört aus und Remmele ergänzte: „Jeden Tag geht Hirsch herum und sammelt Dokumente!“¹⁰² Im Sommer 1932 – Neumann war mittlerweile nach Moskau abgeschoben worden – hatte Thälmann sein persönliches Überwachungssystem innerhalb des KPD-Apparates perfektioniert: Remmele berichtete der Komintern, er habe nun zwei Vertraute des Parteivorsitzenden direkt vor seiner Zimmertüre sitzen, die neben ihrer Arbeit

⁹⁶ Brief Madyars an Kun vom 25. 3. 1932, RGASPI 495/19/326: 6–12, hier: 9.

⁹⁷ Vgl. dazu auch: Wehner, Zeugnis, S. 81.

⁹⁸ Vgl. den Brief des Politbüros der KPD an die PK des EKKI vom 29. 6. 1933 über das Ergebnis der Durchsuchung des Schreibtisches von Remmele, RGASPI 508/1/129: 10, und den Bericht Schindlers über die Tätigkeit des Nachrichtendienstes der KPD nach dem 30. 1. 1933 vom 13. 12. 1937, RGASPI 495/205/6159: 252–256, hier: 252.

⁹⁹ Neumann in der PK vom 10. 4. 1932 zu den Konflikten in der KPD-Spitze, RGASPI 495/4/182a: 9–26.

¹⁰⁰ Die Akte RGASPI 525/1/89 aus dem Thälmann-Bestand im ehemaligen Komintern-Archiv besteht nur aus Denunziationen und ähnlichem „Kompromat“. Anhand der Paginierung der Dokumente lässt sich feststellen, dass in ihr ursprünglich ca. 500 Blatt enthalten waren, von denen aber nur knapp 90 Blatt übriggeblieben sind: Das Privatarchiv von Thälmann wurde im Mai 1933 vom sowjetischen Geheimdienst aus Deutschland evakuiert (vgl. dazu die Dechiffrierungsschlüssel vom 5. 5. 1933, RGASPI 525/1/89: 1–3) und bei dieser Gelegenheit offensichtlich „gesäubert“.

¹⁰¹ Ein großer Teil der Akten des Bestandes des Sekretariates Pjatnickij ist mit derlei „Material“ gefüllt, da Pjatnickij als ehemaliger Chef der OMS auch mit der Überwachung der kommunistischen Funktionäre beauftragt war. Vgl. z. B. „Feststellungen und Tatsachen zu unwahren Behauptungen von Neumann und Remmele“ o.D. [nach dem 10. 4. 1932], RGASPI 495/19/527a: 187–197.

¹⁰² Zwischenrufe von Neumann und Remmele zur Stellungnahme von Manuilskij in der PK vom 10. 4. 1932 zu den Konflikten in der KPD-Spitze, RGASPI 495/4/182a: 70–81, hier: 74.

noch darauf achten sollen, „wer bei mir ein und aus geht“. Der gesamte Apparat der KPD sei mittlerweile umgebaut worden, um die Überwachung durch die Leute des Parteivorsitzenden zu gewährleisten:

„An die Spitze jeder Abteilung wird ein Leiter gestellt und gleich neben ihm steht – ein sogenannter Unterleiter, der in Wirklichkeit ein Überleiter ist. Der Danebengestellte ist der Beobachter, der Bespitzeler, der besondere Vertrauensmann Thälmanns. [...] Die Spitzel, die die besonderen Vertrauensleute von Th[älmann] sind, schimpfen über ihn, um so die, die bespitzelt werden sollen, zu erwünschten Äußerungen zu provozieren, die ihm dann sofort hinterbracht werden und mit den Nachrichten, mit denen er dann nach Herzenslust wüten und toben kann, oder auch Material sammelt, um die betreffenden Genossen von ihren Funktionen zu entfernen.“¹⁰³

Es wurde häufig nicht deshalb denunziert, das zeigt dieser Fall besonders deutlich, weil die Denunzianten den Interessen der bolschewistischen Führung dienen wollten, sondern weil sie darin ein probates Mittel des persönlichen Fortkommens sahen.¹⁰⁴ Wie die Ursprünge dieser Praxis zeigen, erschienen derartige Denunziationen aus stalinistischer Sicht jedoch nicht als Fehler des Systems: Trotz der von Madyar beklagten Reibungsverluste waren sie vielmehr dessen logische und wünschenswerte Konsequenz. Die allgegenwärtigen Denunziationen gehörten untrennbar zur politischen Kultur der Bolschewiki.

3. Vom Versuch, ein „Neuer Mensch“ zu werden

Im Sommer 1931 berichtete eine junge deutsche Kommunistin, die in einem Leningrader Betrieb arbeitete, dem deutschen Vertreter beim EKKI, Wilhelm Pieck, über ihre Erfahrungen mit ihren deutschen Kollegen, unter denen sich auch mehrere Mitglieder der KPD befanden. In dem Schreiben räsionierte sie darüber, warum sich selbst unter den führenden deutschen Genossen in ihrem Betrieb die gleiche Unzufriedenheit mit dem Leben in der Sowjetunion breit machte wie unter den „bürgerlichen“ deutschen Ingenieuren. Sie kam zu dem Schluss, dass die ausländischen Kommunisten ebenso wie die „Spezialisten“ noch zu stark von ihrer alten, kapitalistischen Umwelt geprägt seien:

„Mit unserem Eintritt in die kommunist[ische] Bewegung haben wir noch lange nicht das bürgerliche Leben überwunden. [...] Das neue Leben, das sozialistische, gemeinschaftliche, ist den Massen noch nicht bekannt und auch unseren Führern (Deutsche) nicht in Fleisch und Blut übergegangen. Es ist nicht so leicht, etwas von sich zu streifen, was einem jahrhundertlang eingepaukt wurde.“¹⁰⁵

Nachdem in den letzten beiden Abschnitten vor allem die bolschewistischen Rollenbilder und Verhaltensweisen sowie die Versuche der Komintern, die ausländi-

¹⁰³ Brief Remmeles an Manuilskij, Pjatnickij, Kuusinen, Knorin vom 17. 6. 1932, RGASPI 495/19/526: 39–47, hier: 44.

¹⁰⁴ Vgl. Baberowski, „Die Verfasser von Erklärungen jagen den Parteiführern einen Schrecken ein.“; sowie die entsprechenden Forschungen zum NS-Regime wie beispielsweise: Thonfeld, Sozialkontrolle und Eigensinn.

¹⁰⁵ Brief Frida Schmidts an Pieck vom 28. 6. 1931, RGASPI 495/292/59: 105 f., hier: 105.

schen Kommunisten zu disziplinieren, im Mittelpunkt standen, soll nun schwerpunktmäßig der schwierigen Frage nachgegangen werden, inwiefern die neuen Werte von den ausländischen Kommunisten internalisiert wurden. Wie die Erziehungsversuche des Bolschewismus anschlügen, blieb bislang auch bei vielen neueren Untersuchungen zur Mentalitätsgeschichte des Stalinismus unklar. Dies liegt erstens daran, dass sich auch die innovativen Arbeiten meist vorrangig mit dem Soll- und weniger mit dem Ist-Zustand beschäftigen: Zwar geben die Aussagen der inquisitorischen „Kritik- und Selbstkritik“-Sitzungen und die zahlreichen Denunziationen beredte Auskunft darüber, welches Menschenbild den bolschewistischen Machthabern vorschwebte. Ob die Bolschewiki mit ihren Bemühungen, auf diesem Wege den „sozialistischen Werten“ zum Durchbruch zu verhelfen, erfolgreich waren und in welchem Umfang die Adressaten die bolschewistischen Werte wirklich verinnerlichten, muss meist offen bleiben. Zweitens macht sich hier der zeitliche Schwerpunkt vieler Arbeiten bemerkbar, die überwiegend die Zeit des stalinistischen Massenterrors in der zweiten Hälfte der 30er Jahre abdecken. Was aber blieb den Funktionären angesichts der sich immer weiter verschärfenden Repressionen anderes übrig, als sich zu den von der Stalin'schen Führung propagierten Werten zu bekennen?¹⁰⁶

Die Frage, wie sich die bolschewistische Konditionierung der kommunistischen Funktionäre auswirkte, lässt sich nur anhand von so genannten Egodokumenten beantworten – also Aufzeichnungen, die privat verfasst wurden und nicht, um der Parteiöffentlichkeit oder den Instanzen der Kaderabteilung die eigene „Neugeburt“ zu demonstrieren oder den Geheimdienst von seiner Ergebnislosigkeit gegenüber dem Bolschewismus zu überzeugen. Tagebücher aus der Zeit des Stalinismus sind jedoch gerade aus diesem Grunde selten¹⁰⁷: Sie widersprachen dem Grundsatz, wonach es keine Grenze zwischen dem privaten und dem öffentlichen Leben gab.¹⁰⁸ Einem Tagebuch seine Gedanken anzuvertrauen, wurde zunehmend zu einem per se subversiven Akt, erweckte dies doch den Anschein, dass es da etwas zu verbergen (bzw. aus Sicht der Partei: zu „entlarven“) gebe. Die wenigen erhaltenen Tagebücher der 30er Jahre zeichnen sich daher häufig dadurch aus, dass ihre Einträge zunehmend knapper und formelhafter ausfallen und sich teilweise schließlich sämtlicher persönlicher Kommentare enthalten.¹⁰⁹

Daher bietet der Fall des deutschen Kommunisten Max Hoelz die seltene Möglichkeit, einen Kommunisten bei seinen Versuchen zu beobachten, sich zu einem „Neuen Menschen“ zu wandeln: Sein Tagebuch, das er vom Zeitpunkt seiner Ankunft in der Sowjetunion im Jahr 1929 bis zu seinem Tod auf dem russischen Fluss Oka im Jahr 1933 führte, gibt in Verbindung mit weiteren Dokumenten Aufschluss darüber, wie Hoelz seine neue Umgebung wahrnahm, wie er sich bemühte, sich an die Verhaltensweisen in der Sowjetunion anzupassen – und wie er damit schließlich scheiterte. Hoelz ist zwar aufgrund seiner Persönlichkeit nicht unbedingt „repräsentativ“ für die Mehrzahl der ausländischen kommunistischen

¹⁰⁶ Zu diesem Problem vgl. Hoffmann, *Stalinist Values*, S. 79–87.

¹⁰⁷ Vgl. dazu die Auszüge aus Tagebüchern der Stalinzeit in: Garros, *Das wahre Leben*.

¹⁰⁸ Vgl. Studer, „Das Private ist öffentlich“.

¹⁰⁹ Vgl. Müller, „Das große Reinemachen“; und Dimitrovs Tagebücher der Jahre bis 1941.

Funktionäre, doch gerade die Tatsache, dass er aus dem Rahmen fiel, provozierte sowohl bei ihm als auch in seiner Umgebung Reaktionen, die in überspitzter Form verdeutlichen, welche Probleme den westlichen Kadern insgesamt beim Versuch entstanden, sich an die politische Kultur des Stalinismus anzupassen.

Max Hoelz gehörte zu den proletarischen Helden, mit denen sich die KPD in der Endphase der Weimarer Republik in der Öffentlichkeit gerne schmückte, während die Parteiführung intern ein eher distanzierendes Verhältnis zu der umstrittenen Figur hatte.¹¹⁰ Aus dem Ersten Weltkrieg mit einem Eisernen Kreuz zurückgekehrt, machte Hoelz in den bürgerkriegsähnlichen Wirren der Nachkriegszeit vor allem während der so genannten Märzaktion der KPD im Jahre 1921 mit abenteuerlichen Aktionen wie Banküberfällen und Gefangenenbefreiungen auf sich aufmerksam und wurde noch im selben Jahre für diese Taten zu lebenslangem Zuchthaus verurteilt.¹¹¹ Seit diesem Zeitpunkt galt Hoelz als kommunistischer Held. Seine vorzeitige Entlassung am 18. Juli 1928 wurde von der KPD noch groß gefeiert¹¹², doch war das Verhältnis der Partei zu Hoelz stets zwiespältig, schließlich war der „mutige Rebell“ als disziplinloser und unkontrollierbarer Hitzkopf schon einmal im Jahr 1920 zeitweise aus der Partei ausgeschlossen worden. Mittlerweile war er zwar wieder Parteimitglied, doch hielt es die KPD-Führung für sicherer, den einstigen Bürgerschreck bald nach seiner Entlassung in die Sowjetunion zu komplimentieren¹¹³, nachdem er mehrere „Zusammenstöße mit einigen Leuten“ in der Partei hatte.¹¹⁴ Dort kam Hoelz zunächst in den Genuss, einige Wochen Urlaub an der „roten Riviera“¹¹⁵ – in den Badeorten Sotchi und Gagry am Schwarzen Meer – zu verbringen.

Stalin wollte sich die Gelegenheit nicht entgehen lassen, den Volkshelden aus der Nähe kennenzulernen und lud ihn zu sich auf seine Ferienresidenz ein. Der Generalsekretär gab wieder den bescheidenen, geradezu gütigen Patron und unterhielt sich stundenlang mit seinem Gast aus Deutschland, der nur von seinem Dolmetscher begleitet wurde.¹¹⁶ Welchen Eindruck dieser Besuch bei Stalin hinterließ, ist nicht bekannt, doch offensichtlich wollte sich der Diktator mit eigenen Augen davon überzeugen, ob sich dieser hemdsärmelige, offenbar durchaus populäre „Haudeggen“, der eigentlich gar nicht dem Bild vom disziplinierten Kader entsprach, als populäre massenwirksame Ikone aufbauen ließ. Schon im Sep-

¹¹⁰ Zur Biographie von Max Hoelz vgl. Müller, Menschenfalle Moskau, S. 104–108; und die überwiegend unkritische Einleitung in Plener (Hg.), Hoelz, S. 9–52.

¹¹¹ Vgl. dazu: Angress, Die Kampfzeit der KPD, S. 182–197, und Koch-Baumgarten, Aufstand der Avantgarde, S. 169–174.

¹¹² Vgl. Protokoll Nr. 57 des Politbüros der KPD vom 16. 7. 1928 über die Organisation des Empfanges von Max Hoelz in der Freiheit, SAPMO-BArch RY 1-I 2/5/2: 124.

¹¹³ Im sozialdemokratischen Vorwärts war damals über seine „Verbannung“ in die Sowjetunion durch Thälmann berichtet worden. Hoelz war darauf sogar von der deutschen Besatzung des Schiffes angesprochen worden, mit dem er 1929 nach Leningrad reiste. Vgl. Eintrag Tagebuch von Max Hoelz vom 31. 5. 1933, abgedruckt in: Plener (Hg.), Hoelz, S. 376.

¹¹⁴ Aufzeichnungen Hoelz' für Bela Kun, o.D. [Sept. 1932], abgedruckt in: Plener (Hg.), Hoelz, S. 315–332, hier: 327.

¹¹⁵ Knickerbocker, Der rote Handel droht!, S. 128.

¹¹⁶ Siehe dazu die bereits im ersten Kapitel zitierten Tagebuchaufzeichnungen von Hoelz.

tember 1922 hatte die bolschewistische Führung versucht, Hoelz gegen einen in sowjetischer Haft sitzenden prominenten Sozialrevolutionär auszutauschen, weil er – wie Zinov'ev damals an Stalin schrieb – „unter den Arbeitern in Deutschland einer der populärsten Menschen“ sei.¹¹⁷ Der nunmehrige Test Stalins war anscheinend positiv ausgefallen, denn in seinen ersten Monaten in der Sowjetunion wurde Hoelz überaus bevorzugt behandelt. Stalin überließ Hoelz schon während dessen Aufenthalt an der Schwarzmeerküste im September 1929 mehrmals seinen Wagen samt Chauffeur, um an der Küste herumzufahren; später reiste Hoelz per Flugzeug anstatt mit dem Zug zurück nach Moskau.¹¹⁸

In den folgenden Monaten führte Hoelz das Leben eines proletarischen Popstars. Die Internationale Rote Hilfe (MOPR) organisierte eine Propaganda-Tournee durch die Sowjetunion, in deren Verlauf er sich auf öffentlichen Veranstaltungen bejubeln ließ, zur Eröffnung großer Kulturhäuser sprach und schließlich bei einem Festabend der Militärschule im Kreml feierlich in die Rote Armee aufgenommen wurde, wobei er sich über die schöne Uniform freute, die er bei dieser Gelegenheit geschenkt bekam. Die vielen „Meetings“, so vermerkte er jedoch in seinem Tagebuch, „bringen mich gesundheitlich auf den Hund. Bin immer zum Umfallen müde“.¹¹⁹ Im Januar 1930 reiste er nach Leningrad, wurde gleich am Bahnhof abgeholt und mit „sausendem Tempo“ durch die eiskalte Winterluft in einem offenen Wagen zu einer neuen großen Kleiderfabrik gefahren (wobei sich Hoelz prompt erkältete). In dem Werk, das kurz zuvor nach ihm benannt worden war, hielt Hoelz wieder eine Ansprache. „Nach Schluss der Kundgebung wurde ich, wie das in russischen Meetings üblich ist, von den Versammlungsteilnehmern in die Luft geschleudert und zwar so lange und intensiv, dass mir sämtliche Knochen im Leibe krachten.“¹²⁰

Hoelz ging völlig in dieser Scheinwelt auf, zu deren festen Personal er jetzt gehörte: Nachdem er im November 1929 am Revolutionsfeiertag dem stundenlangen Zug der sowjetischen Komsomolzen und Rotarmisten auf dem Roten Platz zugesehen hatte, notierte er am gleichen Abend begeistert in sein Tagebuch: „Man spürt, dieses Land mit seinen Menschen, die eine neue Welt und Menschheit formen, ist unbezwinglich.“¹²¹

Sein Leben als Vorzeigerevolutionär hinterließ bei Hoelz zugleich den Eindruck, stärker im Kontakt mit den Arbeitern zu stehen als die auch von Stalin verachteten „Bürokraten“. Über eine Geburtstagsfeier „bei russischen Intellektuellen oder Halbintellektuellen“, zu der er eingeladen worden war, notierte er in sein Tagebuch: „Das war ein verlorener Abend, verlorene Stunden. Die Männer gingen noch einigermaßen, aber die Frauen waren physisch und ideologisch ungenießbar. Bei diesen Menschen kann man nicht warm werden, man friert bei ihnen

¹¹⁷ Vgl. Protokoll Nr. 27 des PB der VKP(b) vom 21. 9. 1922, Pkt. 14, abgedruckt in: Adibekov, Politburo RKP(b)-VKP(b) i Komintern, S. 141 f. Der Brief Zinov'evs wird in der Fußnote zu diesem Dokument zitiert.

¹¹⁸ Vgl. die Einträge im Tagebuch von Max Hoelz vom September und Oktober 1929, abgedruckt in: Plener (Hg.), Hoelz, S. 58–67.

¹¹⁹ Eintrag Tagebuch von Max Hoelz vom 2. 12. 1929, ebenda, S. 76.

¹²⁰ Eintrag Tagebuch von Max Hoelz vom 4. 1. 1930, ebenda, S. 100 f.

¹²¹ Eintrag Tagebuch von Max Hoelz vom 7. 11. 1929, ebenda, S. 68.

trotz der entsetzlichen Hitze im Zimmer. Man findet keinen Kontakt mit ihnen – weil sie selbst keinen Kontakt mit den Arbeitern haben.“¹²²

Wilhelm Pieck, der als deutscher Spitzengenosse seinen Urlaub ebenfalls am Schwarzen Meer verbringen durfte – wenngleich er im Gegensatz zu Neumann und Hoelz offenbar nie in Stalins Residenz geladen wurde –, war gar nicht begeistert, wie der revolutionäre Held in der Sowjetunion gefeiert wurde. Missmutig schrieb er schon kurz nach der Ankunft von Hoelz in der Sowjetunion im September 1929 an Elena Stassova, die Vorsitzende der MOPR:

„Hoelz ist nun auch in der Sowjetunion, sogar in meiner nächsten Nähe, in Sotchi. Leider soll man ihm schon den Roten-Fahnen-Orden [sic] verliehen haben. Hoffentlich hat es damit ein Ende. Es ist besser, ihm etwas mehr seine wirkliche Rolle zum Bewusstsein zu bringen. Er markiert mir zuviel Bescheidenheit. Nur durch straffe Erziehungsarbeit wird er zu einem brauchbaren Kommunisten werden. Vielleicht hilft der Besuch der Leninschule etwas dazu, obwohl ich sehr große Zweifel habe, ob das zunächst das richtige Mittel ist.“¹²³

Tatsächlich bekam Hoelz, der sich schnell an seinen hervorgehobenen Status gewöhnt hatte, ständig Probleme wegen seiner Ansprüche. So lehnte es Elena Stassova strikt ab, ihm für jede Reise in die Provinz einen persönlichen Dolmetscher zur Verfügung zu stellen; Hoelz notierte hoffnungsvoll, dass sich nun aber „Genosse Jagoda“ (der Chef der sowjetischen Geheimpolizei) um diesen Wunsch kümmern wolle.¹²⁴ Bald jedoch geriet Hoelz ausgerechnet mit dem Überwachungs- und Kontrollsystem in der Sowjetunion in Konflikt. Mehrmals prügelte er sich mit Kontrollposten, die ihn nicht durchlassen wollten, weil sein Passierschein abgelaufen war und er sich nicht auf Russisch verständigen konnte.¹²⁵

Auf die „straffe Erziehungsarbeit“ der Leninschule, in der Pieck schon im September 1929 die einzige Möglichkeit gesehen hatte, den anarchischen Rebellen zu disziplinieren, setzte auch Hoelz selbst seine Hoffnungen. Wie viele sowjetische Parteikader war auch Hoelz unsicher, wie er sich gemäß seiner Rolle als Angehöriger der Avantgarde zu verhalten habe.¹²⁶ Nachdem er seine Auftritte absolviert hatte, begann er, an der Kaderschmiede zu studieren. Den Einträgen in seinem Tagebuch ist deutlich anzumerken, dass er darin von nun an für sich selbst seine Entwicklung zu einem „Neuen Menschen“ dokumentieren wollte. Gewissenhaft hielt er darin fest, wie er seinen Tag eingeteilt, womit er sich beschäftigt – und vor allem welches Lesepensum er bewältigt hatte:

¹²² Eintrag Tagebuch von Max Hoelz vom 17. 11. 1929, ebenda, S. 72.

¹²³ Brief Piecks an Stassova vom 7. 9. 1929, SAPMO-BArch NY 4036/600: 39f. Die Ordensverleihung an Hoelz verursachte erneut diplomatische Komplikationen. Der deutsche Botschafter in Moskau, von Dirksen, beschwerte sich im Namen der deutschen Regierung. Vgl. den Eintrag von Litvinov vom 20. 2. 1930 in sein Dienstagebuch, zitiert in: Djakov (Hg.), *Fashistkaja meč kovalsja v SSSR*, S. 105. Die sowjetische Seite berief sich wie üblich darauf, dass Partei und Staat in der Sowjetunion getrennt seien. Vgl. Aufzeichnungen des sowjetischen Botschafters in Berlin Krestinskij über sein Gespräch mit Schubert vom 19. 2. 1930, AVP RF 082/13/53/10: 4–11.

¹²⁴ Eintrag Tagebuch von Max Hoelz vom 3. 1. 1930, abgedruckt in: Plener (Hg.), Hoelz, S. 99f.

¹²⁵ Vgl. Müller, *Menschenfalle Moskau*, S. 110, und Eintrag Tagebuch von Max Hoelz vom 10. 2. 1930, abgedruckt in: Plener (Hg.), Hoelz, S. 111.

¹²⁶ Vgl. Hoffmann, *Stalinist Values*, S. 63f.

„Heute, am 14. November [1929], bin ich spät aufgestanden, ¼8 Uhr [...]. Von 9 bis 1 Uhr war Unterricht bei Gen. Segal (Polit-Oekonomie). Nachmittags von 2 bis ½9 in der Lese-Abteilung gearbeitet. Von ¾9 bis 10 Uhr abends mit Gen. Wollenberg in meinem Zimmer gesprochen. Von 10 bis ½1 Uhr nachts gelesen und gearbeitet in Engels ‚Anti-Dühring‘ S. 274–286 und 286–306 und Rosa L[uxemburg] ‚Einführung in die National-Oekonomie‘ S. 1 bis 78. ½1 Uhr ins Bett gegangen.“¹²⁷

Schon am zweiten Tag seines Studiums aber stellte Hoelz fest, dass es noch ein weiter Weg war, bis er sich einen „Neuen Menschen“ nennen konnte, der nicht nur seinen Verstand, sondern auch sein Unterbewusstsein und seine Triebe im Griff hatte. Nach dem Abendessen bei Bekannten wollte er auf seinem Zimmer noch etwas lesen:

„Aber als ich zu arbeiten begann, merkte ich, dass die 2 Glas Wein, die ich zum Essen bei Miranows getrunken hatte, mich müde und faul stimmten. Ich legte mich schon um 9 Uhr schlafen, ohne etwas ersprießliches gearbeitet zu haben. Und am nächsten Morgen stand ich erst um 8 Uhr auf, versäumte die Ganzwaschung und die Gymnastik. So fing der Tag gleich schlecht an. Das darf natürlich nicht wieder geschehen. Ich trinke leidenschaftlich gern ein Glas guten Wein (wer tut das – oder täte das – nicht gern), aber ich muss unbedingt darauf verzichten, wenigstens solange ich die Leninkurse besuche. Ich muss lernen, lernen, lernen. [...] Das ist nicht so einfach, denn dazu muss ich viel, viel lesen. Marxistische Literatur.“¹²⁸

Seit Ende der 20er Jahre wurden in der Sowjetunion „kulturvolles“ und „moralisch korrektes“ Verhalten in Broschüren mit Titeln wie „Wie man kulturvoll wird“¹²⁹ propagiert.¹³⁰ Disziplin, Lektüre in der Freizeit, Körperertüchtigung und das Vermeiden sexueller Ausschweifungen galten nun als besonders erstrebenswerte Tugenden, während die russische Volkskrankheit Alkoholismus als „moralische Degeneration“ oder gar gleich als „antiparteiliches Verhalten“ verurteilt wurden.¹³¹

Auch Hoelz geriet in diesen moralischen Sog und musste feststellen, dass er noch nicht über die offiziell geforderte „Macht über die eigene Natur“¹³² verfügte. Immer wieder notierte er selbstkritisch in sein Tagebuch, wenn er sein selbst aufgestelltes Morgenritual nicht vollzogen hatte: „Spät aufgestanden (8 Uhr) nicht geturnt, nicht kalt abgerieben.“¹³³ Optimistisch stimmte ihn hingegen, dass er sich zumindest das Rauchen „schon ganz abgewöhnt“ habe – einem Laster, so vertraute er seinem Tagebuch an, dem er noch Ende August häufig gefrönt habe, als er in die Sowjetunion gekommen sei. „Besonders die russischen Zigaretten rauche ich leidenschaftlich gern, ebenso eine gute deutsche Zigarre.“ Dass er während seines Kuraufenthaltes in Sotchi mit dem Rauchen aufgehört hatte, war für Hoelz daher ein Zeichen für bolschewistische Entbehrungsbereitschaft und Selbstzucht,

¹²⁷ Eintrag Tagebuch von Max Hoelz vom 14. 11. 1929, abgedruckt in: Plener (Hg.), Hoelz, S. 69.

¹²⁸ Eintrag Tagebuch von Max Hoelz vom 15. 11. 1929, ebenda, S. 70.

¹²⁹ Torpoko, Kak stat' kulturnym.

¹³⁰ Vgl. Hoffmann, Stalinist Values, S. 64–67.

¹³¹ Vgl. ebenda, S. 69.

¹³² Torpakov, Kak stat' kulturnym, S. 71.

¹³³ Eintrag Tagebuch von Max Hoelz vom 16. 11. 1929, abgedruckt in: Plener (Hg.), Hoelz, S. 70.

das zeigte, dass er auf dem richtigen Weg war und seine persönlichen Bedürfnisse dem Dienst als kommunistischer Agitator unterordnen konnte:

„Ich wollte gesund werden, dazu musste ich das Rauchen radikal einstellen. Also seit ca. 3 Monaten auf das Rauchen verzichtet [zu haben], das ist ein Erfolg, über den ich mich freue. Ein Zeichen, dass ich mich noch in der Gewalt habe und auf Dinge verzichten kann, die irgendwie meine Gesundheit und meine politische Tätigkeit stören. Das Rauchen wirkte sehr schädigend auf meine Sprechorgane, [den] Hals usw.“¹³⁴

In einem anderen Bereich hatte sich Hoelz dagegen nicht in dem Maße „in der Gewalt“, wie er das mit Blick auf das Rauchen stolz festgestellt hatte: In kurzen Abständen ließ er sich mit jungen Komsomolzinnen „ehelich registrieren“¹³⁵, was ihm den Vorwurf des „unkommunistisches Verhalten gegenüber Frauen“ eintrug.¹³⁶ Schon wenige Wochen nachdem Hoelz in Moskau angekommen war und noch auf der Leninschule studierte, meldete Heckert in einem Bericht an die KPD-Führung, dass Hoelz schon wieder eine neue Frau habe, mit der er auf Kosten der MOPR in einem Hotel wohne und wegen der er „auch sonst höhere Ausgaben“ habe.¹³⁷ Das Antwortschreiben aus Berlin offenbart den Zynismus der deutschen Führungskader, die Hoelz zwar als Propagandaikone ausnutzten, ihn ansonsten aber offensichtlich von Herzen verachteten. Heckerts Ausführungen zum Liebesleben des Vorzeigerevolutionärs kommentierte Flieg mit der Frage: „Kann man ihn nicht kastrieren?“¹³⁸

Hoelz änderte sein sexuelles Verhalten sehr zum Ärger der deutschen Funktionäre nicht – er missachtete vielmehr sogar die informellen Kastengrenzen zwischen „Proletariern“ und Abkömmlingen der „bürgerlichen Intelligenz“, die in der Sowjetunion errichtet worden waren. So teilte Pieck der deutschen Parteispitze im Juli 1931 mit, Hoelz habe zu seiner Kur auf die Krim „ein ganz junges Mädels mitgenommen, die die Tochter eines Ingenieurs sein soll, gegen den schon früher ein Verfahren wegen des Verdachts von Schädlingarbeit geführt wurde“.¹³⁹

Es hat wohl kaum einen deutschen Kommunisten in Moskau gegeben, dessen Auftreten so sehr dem bolschewistischen Ideal eines disziplinierten Revolutionärs widersprach, wie Max Hoelz. Komintern und KPD wussten bald nicht mehr, was sie mit dem einstigen Revolutionshelden anfangen sollten. Bei einem Gespräch mit Thälmann erhielt Hoelz auf die Frage, ob er dem Parteivorsitzenden behilflich sein könne, die Antwort: „Ja, du kannst mir meine Schuhe putzen.“¹⁴⁰ Es hatte sich erwiesen, dass er nur schwer zu instrumentalisieren war, weil er sich als anpassungsunfähig und undiszipliniert erwies. Nicht nur seine wechselnden Liebschaften kosteten viel Geld, Hoelz lud zudem immer wieder eigenmächtig deut-

¹³⁴ Eintrag Tagebuch von Max Hoelz vom 15. 11. 1929, ebenda, S. 70.

¹³⁵ Plener (Hg.), Hoelz, S. 42 (Einleitung).

¹³⁶ Vgl. Müller, Menschenfalle Moskau, S. 110f.

¹³⁷ Brief Heckerts an Flieg vom 18. 12. 1929, RGASPI 495/292/44: 276.

¹³⁸ Brief Fliegs an Heckert vom 27. 12. 1929, RGASPI 495/292/44: 282.

¹³⁹ Brief Piecks an Flieg vom 8. 7. 1931, RGASPI 495/292/54: 158f.

¹⁴⁰ Zitiert nach: Plener (Hg.), Hoelz, S. 46. Am Tag nach diesem Gespräch am 26. 12. 1930 beantragte Hoelz, nach Deutschland zurückkehren zu dürfen.

sche Delegationen zu Rundreisen in die Sowjetunion ein.¹⁴¹ Mit seinem „Individualismus“ und seinen Extrawünschen entfernte sich Hoelz immer weiter von der kommunistischen Norm und taugte somit nicht mehr als Vorbild. Sein Fehler sei, dass er „nicht die dritte Geige spielen wolle“, wurde ihm vorgehalten.¹⁴² Fritz Heckert beschied Hoelz im Januar 1933, er sei „nicht genügend bescheiden“, es könne für ihn keine „Ausnahmebedingungen“ geben: „Jeder muss sich eingliedern.“¹⁴³

Sehr zum Ärger der Kominternfunktionäre und der KPD-Führung genoss Hoelz aber lange Zeit eine ausgesprochene Vorzugsbehandlung – wohl nicht zuletzt aufgrund seines Besuches beim sowjetischen Diktator. Er wohnte im luxuriösen Hotel Metropol und kaufte im Laden der sowjetischen Geheimpolizei ein.¹⁴⁴ Mit unterschwelligem Groll vermerkte Pieck im Sommer 1931, dass Stalins Sekretariat „den Hoelz’schen Anforderungen immer sogleich“ nachkomme: Anstatt „nützliche Massenarbeit“ in einem sowjetischen Industriegebiet zu leisten, habe sich Hoelz vom sowjetischen ZK einen mehrmonatigen Aufenthalt in Sanatorien an der Schwarzmeerküste bewilligen lassen: „Ich muss gestehen, dass ich mir die Parteiarbeit von H[oelz] etwas anders vorgestellt habe [...]“. ¹⁴⁵ Insgesamt verbrachte Hoelz von den 27 Monaten, die er in der Sowjetunion bis zu seinem Tod im August 1933 verbrachte, 9 Monate in Erholungsheimen.¹⁴⁶

Allerdings fühlte sich Hoelz trotz seines Lebens als bolschewistischer Dandy in der Sowjetunion bald unwohl, was nicht zuletzt daran lag, dass er es schaffte, sich schnell viele Feinde zu schaffen. Mit der MOPR-Vorsitzenden Elena Stassova beispielsweise habe er es sich gleich zu Beginn seines Aufenthaltes in der Sowjetunion verdorben, konstatierte er rückblickend im Januar 1933. Dass sie „im Laufe der Zeit hysterisch geworden ist und gar keine Kritik“ von seiner Seite mehr vertragen konnte, lag allerdings wohl daran, dass er sie wegen nichtiger Dinge zweimal bei der Kontrollkommission angezeigt hatte.¹⁴⁷ Im Dezember 1930 (also bereits ein gutes Jahr nach seiner Ankunft in Moskau), beantragte Hoelz wieder, nach Deutschland zurückkehren zu dürfen.¹⁴⁸ Obwohl er der Kominternführung unbequem war, wollte man ihn auch nicht ausreisen lassen.¹⁴⁹ Zum einen befürch-

¹⁴¹ Vgl. z. B. Brief Piecks an das Sekretariat des ZK der KPD vom 11. 3. 1931, RGASPI 495/292/54: 65–68, hier: 65, und Brief Piecks an das Sekretariat des EKKI vom 13. 3. 1931, RGASPI 495/19/525: 5f., über eine Delegation aus Falkenheyn.

¹⁴² Aufzeichnungen Hoelz’ für Bela Kun, o.D. [Sept. 1932], abgedruckt in: Plener (Hg.), Hoelz, S. 315–332, hier: 331.

¹⁴³ Stenogramm Besprechung Hoelz’ mit Manuilskij, Heckert und Marty am 23. 1. 1933, RGASPI 495/3/271: 3–14.

¹⁴⁴ Eintrag Tagebuch von Max Hoelz vom 12. 2. 1930, abgedruckt in: Plener (Hg.), Hoelz, S. 115.

¹⁴⁵ Brief Piecks an Flieg vom 8. 7. 1931, RGASPI 495/292/54: 158f.

¹⁴⁶ Vgl. Plener (Hg.), Hoelz, S. 30 (Einleitung).

¹⁴⁷ Brief Max Hoelz’ an Traute Hoelz vom 6. 1. 1933, abgedruckt in: Plener (Hg.), Hoelz, S. 348–354, hier: S. 348.

¹⁴⁸ Vgl. Eintrag Tagebuch von Max Hoelz vom 26. 12. 1930, abgedruckt in: Plener (Hg.), Hoelz, S. 119, und Müller, Menschenfalle Moskau, S. 109–114.

¹⁴⁹ Vgl. Brief Hoelz’ an Pjatnickij vom 19. 5. 1931 u. a. über ein entsprechendes Gespräch mit Pieck, RGASPI 495/19/525: 11.

tete die Komintern, aufgrund seiner Vergangenheit könne dieser Schritt als Signal für einen kommunistischen Aufstandsversuch gewertet werden.¹⁵⁰ Tatsächlich hatten die deutschen Behörden die Propagandaartikel der sowjetischen Presse für bare Münze genommen, dass Hoelz in der Sowjetunion „nicht nur theoretisch, sondern auch praktisch“ auf die Revolutionierung Deutschlands vorbereitet werde.¹⁵¹ Zum anderen – und das war wohl entscheidend – wollte man den Rebellen lieber unter Kontrolle behalten. Falls er nach Deutschland zurückkehre, bekam Hoelz Anfang 1933 von Manuilskij zu hören, dann werde er aufgrund seines bisherigen Verhaltens wohl schon bald die Partei und die Sowjetunion insgesamt kompromittieren.¹⁵² Hoelz galt als so unberechenbar und durch seine zahlreichen Konflikte mit führenden Kominternfunktionären „aufgehetzt“, dass sogar befürchtet wurde, er könnte in Deutschland zum politischen Gegner überlaufen.¹⁵³

Weil er darauf bestand, nach Deutschland zurückzukehren, lernte Hoelz die repressive Seite der Komintern kennen. Er musste feststellen, dass es eben nicht seine „persönliche Angelegenheit“¹⁵⁴ war, wo er arbeiten wollte. Wie alle ausländischen Kommunisten hatte Hoelz nach seiner Einreise in die Sowjetunion seinen Pass bei der Komintern abgegeben, und wie im Falle von Heinrich Brandler weigerte man sich auch jetzt wieder, ihm das Reisedokument wieder auszuhändigen. Das Kalkül war einfach: Wenn Hoelz wie Brandler Ende 1928 zur deutschen Botschaft ginge, um sich einen neuen Pass ausstellen zu lassen und gegen den Willen der Komintern ausreiste, dann vollzöge er damit den Bruch mit der Partei. Für einen Menschen wie Hoelz, für den die Partei die einzige Heimat und somit ein zentrales Element seines Selbstverständnisses war, kam dieser Schritt nicht wirklich in Frage. Schon Mitte der 20er Jahre hatte er in einem Brief geschrieben, selbst im Falle eines Parteiausschlusses weiter für die Kommunisten zu arbeiten: „Für die Partei kann es also sehr wohl eine Trennung von Hoelz geben, nicht aber für mich ein Trennung von der Partei.“¹⁵⁵ So drohte Hoelz zwar Ende 1932, er werde notfalls zu Fuß über die Grenze gehen, worauf Heckert die deutsche Parteispitze

¹⁵⁰ Vgl. Tagebuch von Max Hoelz über ein Gespräch mit Pieck am 18. 6. 1932: „Er [Pieck] sagt, dass alle Gegner der KPD sofort die Darstellung kolportieren werden, als sei ich auf Befehl von Moskau nach Deutschland gesandt, um ‚Putsche‘ usw zu inszenieren.“ Abgedruckt in: Plener (Hg.), Hoelz, S. 300.

¹⁵¹ Brief des Auswärtigen Amtes an das Reichsinnenministerium vom 15. 2. 1930, BAArch R 1501/ alt St 10/ Nr. 186: 3.

¹⁵² Stenogramm der Besprechung Hoelz' mit Manuilskij, Heckert und Marty am 23. 1. 1933, RGASPI 495/3/271: 3–14. Vermutlich spielten hier die Ereignisse eine Rolle, die sich im September 1930 während Hoelz' mehrwöchiger Reise nach Deutschland abspielten, als er sich an der Reichstagswahlkampagne der KPD beteiligte. Hoelz war als revolutionäre Symbolfigur Zielscheibe nationalsozialistischer Angriffe. Vgl. Hoelz' Bericht über einen nationalsozialistischen Überfall auf ihn in Bad Elster am 9. 9. 1930, abgedruckt in: Plener (Hg.), Hoelz, S. 151–155.

¹⁵³ So soll sich Thälmann Hoelz zufolge Ende 1930 gegenüber Dritten geäußert haben. Vgl. Brief Max Hoelz' an Traute Hoelz vom 6. 1. 1933, abgedruckt in: Plener (Hg.), Hoelz, S. 348–354, hier: S. 350.

¹⁵⁴ Ebenda, S. 351.

¹⁵⁵ Zitiert nach: Plener (Hg.), Hoelz, S. 16 (Einleitung). Er selbst bestritt den Ausschluss: seine voigtländische Ortsgruppe habe ihn ununterbrochen als Mitglied geführt. Vgl. ebenda, S. 16, Fn. 4.

warnte, nun könne bald der schon länger befürchtete „Hoelz-Skandal“ eintreten¹⁵⁶, doch als Hoelz schließlich im März 1933 (!) tatsächlich die deutsche Botschaft kontaktierte, bereute er dies sogleich: Beidend vor innerer Erregung beichtete er seinem Freund Wollenberg, dass er „etwas Furchtbares“ gemacht habe und setzte selbst einen Bericht an Manuilskij über diesen Fehltritt auf.¹⁵⁷ Gegen das Misstrauen und die Verachtung, die ihm entgegengebracht wurden, versuchte er sich seit dem Sommer 1932 zu wehren, indem er einforderte, möglichst sofort einer „Säuberung“ unterzogen zu werden.¹⁵⁸ Er verstand diesen Prozess also ganz wörtlich, als „Reinigung“ seiner Person von falschen Anwürfen – und zeigte sich dementsprechend frustriert, dass man ihm diese Möglichkeit verwehrte.

Wenn Hoelz jedoch nicht ausreisen durfte, so hieß dies, dass er der Komintern weiter zur Last fallen würde. Daher wurde beschlossen, ihn einer konzertierten Disziplinierungsaktion zu unterwerfen: Hoelz werde von nun an anders behandelt, „damit wir nicht mehr in einer bedingten Abhängigkeit von diesem Menschen sind“ und er zukünftig seine „Späße nicht mehr aufführen kann“, berichtete Heckert im Januar 1933 nach Berlin.¹⁵⁹ In einem Gespräch mit Manuilskij, Heckert und dem französischen Kommunisten André Marty wurde Hoelz schließlich am 23. Januar 1933 ins Gebet genommen, um ihm bolschewistische Disziplin einzubleuen. Nachdem der einstige Vorzeigerevolutionär durch seine Eskapaden und ständigen Konflikte bei den Funktionären des sowjetischen ZK alle Sympathien verspielt hatte, signalisierten die ausbleibenden Reaktionen Stalins auf seine Briefe, dass er auch die Protektion des Diktators verloren hatte. Es war nun die Zeit gekommen, Hoelz zu verdeutlichen, dass er sich eingliedern und „seinen Platz hier in unserer Partei“ finden müsse: „Man kann aber nicht immer leben von dem, was man gemacht hat“, erklärte Manuilskij und fuhr an Hoelz gewandt fort:

„Deine ganze persönliche Tragödie besteht eben darin, dass Du eben nicht genügend vorbereitet bist. Du musst eben lernen, Du musst studieren. Man soll arbeiten, sich disziplinieren, seinen Charakter bilden, als ganzer Kommunist leben. Ich stelle die Frage ganz offen im Namen der Komintern: Bist Du bereit, Dich den Bedingungen zu unterwerfen, die wir Dir stellen, also kannst Du hier hierbleiben und arbeiten[?] Hier stellen wir die Frage.

Hoelz: Vielleicht.“

Doch eingeschüchtert und in die Enge getrieben erklärte sich Hoelz am Ende der Sitzung bereit, sich nun „in allen Dingen der Partei“ unterzuordnen und die vorgelegten Verhaltensregeln zu unterschreiben.¹⁶⁰ „Am Schluss der Sitzung“, so berichtete Heckert nach Berlin, „machte er den Eindruck eines von einem schweren Druck befreiten Menschen.“¹⁶¹

Was sagt nun das Beispiel von Max Hoelz über die sozialen Praktiken, das Menschenbild und die Wertemuster der stalinisierten Komintern aus? Es zeigt zum

¹⁵⁶ Brief Heckerts an Sekretariat des ZK der KPD vom 17. 1. 1933, RGASPI 495/292/63: 3–8, hier: 6.

¹⁵⁷ Vgl. Müller, Menschenfalle Moskau, S. 118f.

¹⁵⁸ Vgl. Plener (Hg.), Hoelz, S. 47 (Einleitung).

¹⁵⁹ Brief Heckerts an Sekretariat des ZK der KPD vom 21. 1. 1933, RGASPI 495/292/63: 12.

¹⁶⁰ Stenogramm Besprechung Hoelz' mit Manuilskij, Heckert und Marty am 23. 1. 1933, RGASPI 495/3/271: 3–14.

¹⁶¹ Brief Heckerts an Sekretariat des ZK der KPD vom 23. 1. 1933, RGASPI 495/292/63: 12.

einen, wie sich ein Mensch, der von der kommunistischen Sache voll überzeugt war und in der Sowjetunion Stalins die Verkörperung seiner Ideale erblickte, sich bemühte, den bolschewistischen Lehrsätzen des idealen Kaders zu entsprechen. Insofern führt uns dieses Beispiel vor Augen, wie kommunistische Funktionäre aus eigenem Antrieb sich der bolschewistischen Sozialdisziplinierung unterwarfen. Das Beispiel von Max Hoelz erzählt aber zum anderen, welche Folgen es für den Einzelnen im entstehenden Stalinismus hatte, wenn er sich den herrschenden Normen nicht anpassen wollte oder konnte. Ohne Zweifel hätte ein Mensch, der eine solche außergewöhnliche und geradezu egomanische Persönlichkeit besaß wie Hoelz (von der schon seine riesenhafte Handschrift zeugt), auch in anderen politischen Systemen Probleme gehabt, sich in Gemeinschaften einzuordnen und also überhaupt mit irgendeiner Form von Disziplinierung zurechtzukommen. Entscheidend ist jedoch, wie die stalinistischen Funktionäre auf sein Verhalten reagierten: Weil Hoelz darin versagte, sich zu disziplinieren und den geforderten Werten zu unterwerfen, bekam er den entstehenden Repressivapparat des Stalinismus mit voller Wucht zu spüren: Als in der Führung des EKKI über seine Sache verhandelt wurde, konnten sich die Funktionäre bereits auf ein umfangreiches Personaldossier der Kaderabteilung der Komintern stützen, in dem im Laufe der Zeit die verschiedensten Materialien zusammengetragen worden waren, die seinen Werdegang – und vor allem seine Fehlritte – minutiös dokumentierten. Der „Fall“ Hoelz führt beispielhaft vor Augen, wie abweichendes Verhalten schon bald nicht mehr nur als „lästig“ bewertet, sondern als politische Bedrohung empfunden wurde: Das Verhalten von Hoelz, so schrieb Heckert im Januar der deutschen Parteiführung, mache „ihn zum Sammelpunkt vieler unzufriedener Elemente, oft auch zu ihrem Sprachrohr“.¹⁶² Weil im Stalinismus die Unterscheidung zwischen Privatsphäre und Parteioffentlichkeit aufgehoben war, wurden die sexuellen Eskapaden von Hoelz und seine sonstigen moralischen Grenzüberschreitungen als Anzeichen dafür gewertet, dass er auch politisch unzuverlässig sei – galt doch persönliches Fehlverhalten häufig als erster Hinweis auf politischen Verrat.¹⁶³

Als die Internationale Kontrollkommission (IKK) begann, die „Angelegenheit Hoelz“ zu untersuchen, wurde er zielgerichtet stigmatisiert. Der deutsche Kommunist Hermann Taubenberger, den Hoelz oft in seinem beengten Quartier im Hotel Lux besucht hatte und der mittlerweile selbst in das Fadenkreuz der Kominterninstanzen geraten war, versuchte sich auf Kosten von Hoelz als erbarungsloser Bolschewist zu profilieren: Im Frühjahr 1933 schrieb er eine Eingabe an die IKK, in der er Hoelz als „hemmungslos demoralisiert“ beschrieb. Er beantragte deshalb, Hoelz, dessen „Leichnam anfängt zu stinken“, aus der KPD auszuschließen. Um seinen eigenen Kopf aus der Schlinge zu ziehen, denunzierte Taubenberger seinen einstigen Freund und hielt sich somit genau an das Verhaltensmuster, das Manuilskij 1931 als vorbildlich präsentiert hatte. Dem politischen

¹⁶² Brief Heckerts an Sekretariat des ZK der KPD vom 17. 1. 1933, RGASPI 495/292/63: 3–8, hier: 7.

¹⁶³ Zur Verbindung von Moral und dem Vorwurf von „Abweichungen“ vgl. Hoffmann, *Stalinist Values*, S. 74 f.

Tod von Hoelz folgte alsbald sein physisches Ableben: Kurz bevor im September 1933 endlich die auch von ihm langerwartete „Tschistka“, die „Parteisäuberung“ stattfand, kam er in der Nähe von Nizhni Novgorod unter ungeklärten Umständen ums Leben – wahrscheinlich durch die Hand der sowjetischen Geheimpolizei.¹⁶⁴

4. Katholische Hausfrauen in der KPD

Die westeuropäischen und die sowjetischen Funktionäre lebten in zwei unterschiedlichen Welten. Sie bezogen sich zwar auf die gleiche Ideologie, sprachen und dachten aber häufig nicht in den gleichen Begriffen, sie gehörten zwar einer weltumspannenden Partei an, unterschieden sich aber häufig in ihrem Selbstverständnis und in ihrem Habitus. An kaum einem anderen Thema lassen sich die Differenzen zwischen diesen beiden Welten so deutlich zeigen wie an der Frage, ob die kommunistischen Sektionen Kaderparteien oder Massenbewegungen sein sollten. Wenn die Spitzenfunktionäre der Komintern sich schon so große Sorgen um die „Neuerziehung“ der Kader der kommunistischen Sektionen machten, wie dies in den letzten Abschnitten beschrieben wurde, wenn sie aufgrund der sich ausbreitenden Spionage- und Sabotagephobie selbst die Mitglieder der Parteiführungen unter einen Pauschalverdacht stellten und schließlich begannen, einen ausgeklügelten innerparteilichen Überwachungsapparat aufzubauen – dann hatten sie ein ernsthaftes Problem: Denn wie sollten die kommunistischen Parteien zu machtvollen Massenorganisationen heranwachsen und die „Mehrheit der Arbeiterklasse“ hinter sich versammeln und zugleich dem bolschewistischen Ideal der disziplinierten Kaderpartei verpflichtet bleiben? Diese Anforderungen schlossen sich gegenseitig aus, sie erwiesen sich als die Quadratur des Kreises. Über diesen Widerspruch zwischen Kaderpartei und Massenbewegung wurde in Berlin und Moskau viel diskutiert und gestritten. Diese Konflikte offenbarten ein weiteres Mal, welche fundamentalen Unterschiede zwischen der politischen Kultur der deutschen und sowjetischen Führungskader bestanden.

Wie widersprüchlich sich die Kominternfunktionäre gegenüber der Anhängerschaft der KPD verhielten, zeigt sich schon daran, wie sie über die kommunistischen Wähler sprachen. Zwar wurde in der Eroberung der „Mehrheit der Arbeiterklasse“ die wesentliche Voraussetzung für eine erfolgreiche Revolution gesehen, doch gleichzeitig bestand in der bolschewistischen Führung ein tiefes Misstrauen gegenüber den zu erobernden Massen. So blickte man in Moskau einerseits gebannt auf die Wahlergebnisse der KPD: Obwohl die Kommunisten die parlamentarische Demokratie aus Prinzip ablehnten, sahen sie in den Urnengängen – wie schon Ruth Fischer 1925 während ihrer Zeit als Parteivorsitzende erklärte – eine Art „Revolutions-Thermometer“, mit dem sich abschätzen ließ, ob die Zeit für einen kommunistischen Umsturz schon gekommen sei. Die Anzahl der Stimmen, die für die KPD abgegeben wurden, galt als Indikator dafür, wie

¹⁶⁴ Zu diesen letzten Monaten von Hoelz vgl. Müller, Menschenfalle Moskau, S. 122–126.

viele Menschen bereit waren, sich für die Ziele der KPD einzusetzen. Dabei betonten die Kominternfunktionäre, eine solche Mehrheit sei natürlich nicht „formal“ oder „statistisch“ zu verstehen (in dem Sinne, dass gewissermaßen zunächst ein Plebiszit über die Revolution abgehalten werde). Sie sahen es vielmehr als entscheidend an, ob die KPD zur „Führung der Massenkämpfe des Proletariates“ fähig sei.¹⁶⁵ Typisch ist hier eine Äußerung des Profinternvorsitzenden Lozovskij über das Ergebnis des ersten Durchganges der Reichspräsidentenwahl vom 13. März 1932: Er äußerte sich zwar enttäuscht über das Wahlergebnis des KPD-Vorsitzenden, meinte aber, dass die knapp fünf Millionen Wähler, die ihre Stimme für Thälmann abgegeben hatten, immerhin „eine gewaltige Armee“ seien, auf die die Kommunisten bauen könnten.¹⁶⁶ Zwar sprach Lozovskij nur im übertragenen Sinne von einer „Armee“ – dennoch war dies keineswegs bloß eine Floskel, sondern zeigt vielmehr, dass die Bolschewiki von der Wählerschaft der KPD eine *aktive* Anteilnahme an der kommunistischen Politik erwarteten. Aus diesem Grunde registrierten die Kominternfunktionäre mit Erstaunen, wie die Wahlerfolge der KPD immer wieder wirkungslos verpufften, anstatt in die erhofften Streiks, Protestmärsche oder andere Formen des praktischen Engagements zu münden.¹⁶⁷ Die Erklärungsansätze, die sich den sowjetischen Funktionären für dieses Phänomen aufdrängten, zeigen, wie stark sie vom Misstrauen gegen die eigene Anhängerschaft beherrscht waren. So führte Manuilskij die Diskrepanz zwischen dem Erfolg der KPD an den Urnen und dem fehlenden praktischen Engagement ihrer Wähler 1930 auf die „sozialdemokratischen Überreste“ und „demokratischen Illusionen“ der kommunistischen Basis zurück: Diese beschränke ihre politische Tätigkeit im Wesentlichen auf den Wahlakt und zöge sich anschließend ins Privatleben zurück.¹⁶⁸

Diese vermeintlichen „sozialdemokratischen Überreste“ mochten bei der Wählerschaft der KPD lediglich zu einer enttäuschenden Passivität führen, falls sie aber auch in den Reihen der Partei selbst dominieren sollten, war dies in den Augen der Komintern eine große Gefahr. Zwar wünschte man sich die KPD in Moskau eigentlich als eine Massenpartei: Begeistert wurde das nach 1928 einsetzende „stürmische Wachstum“ der deutschen Partei kommentiert und ebenso sorgenvoll die enorme Mitgliederfluktuation registriert. Weil ein großer Teil der Mitglieder nur wenige Monate in der Partei blieb¹⁶⁹, wurde 1931 eine Kommission eingesetzt, um den Ursachen für dieses Phänomen auf den Grund zu ge-

¹⁶⁵ Vgl. Dimitrij Manuilskij, Die Kommunistische Internationale im Kampf um die Mehrheit in der Arbeiterklasse (Referat vor dem 10. EKKI-Plenum am 3. 7. 1929), in: Protokoll. 10. Plenum des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale, S. 50–85, hier: S. 54.

¹⁶⁶ Lozovskij in der Sitzung der Politkommission vom 15. 3. 1932, RGASPI 495/4/177: 28–38, hier: 35.

¹⁶⁷ Vgl. als eines der letzten Beispiele die Ausführungen Pjatnickijs in der Sitzung der PK vom 15. 3. 1933 über die Passivität der KPD-Wählerschaft nach der Reichstagswahl vom 5. 3. 1933, RGASPI 495/4/235: 275–284, hier: 282.

¹⁶⁸ Manuilskij in der Sitzung des PS vom 24. 6. 1930, RGASPI 495/3/219: 9–15, hier: 12f.

¹⁶⁹ Zur Fluktuation in der KPD-Mitgliederschaft vgl. Pjatnickij, Brennende Fragen; Mallmann, Kommunisten, S. 87–93.

hen.¹⁷⁰ Doch gleichzeitig fürchtete die Komintern, die KPD könne von unliebsamen Neuzugängen „unterwandert“ werden. Die Moskauer Funktionäre waren sich daher gar nicht sicher, wie weit – und vor allem für wen – sich die KPD öffnen solle.

Das Misstrauen betraf insbesondere die von der SPD zur Partei stoßenden Arbeiter, die einerseits stark umworben, dann aber alles andere als begeistert aufgenommen wurden: Solange in der KPD noch nicht alle Überreste sozialdemokratischer Traditionen verdrängt seien, betonte beispielsweise Gusev Anfang 1930 in einer Sitzung des Kominternpräsidiums, werde die Partei in „neue Schwierigkeiten“ geraten, falls es zu einem Masseneintritt „Zehntausender“ sozialdemokratischer Arbeiter kommen sollte – schließlich hätten sich deren Gehirne „20 Jahre lang von sozialdemokratischem Gift ernährt“.¹⁷¹ Noch fast zwei Jahre später sorgte sich Knorin, dass zu viele ehemals sozialdemokratische Arbeiter in die kommunistischen Parteien Österreichs und Deutschlands strömten: Diese neuen Mitglieder, so behauptete er im Dezember 1931, bildeten die „Basis für allerlei Abweichungen, [...] für allerlei antiparteiliche, antikommunistische Stimmungen“.¹⁷² Die Sorge vor einer Schwemme sozialdemokratischer Dissidenten war jedoch unbegründet: Die reichsweit 3556 Sozialdemokraten, die in der zweiten Jahreshälfte 1931 zur KPD stießen, machten nur 2,8 Prozent aller Neuaufnahmen aus.¹⁷³

Ein solches Misstrauen brachten die Kominternfunktionäre aber nicht nur den Sozialdemokraten entgegen. Auch der nationalpopulistische „Scheringer-Kurs“ der KPD wurde vom EKKI explizit deshalb kritisiert, weil man in Moskau den schädlichen Einfluss der ehemaligen Nationalsozialisten fürchtete: Als Protestwähler waren die Nationalsozialisten also durchaus willkommen, doch sollten sie möglichst auf Distanz gehalten werden und daher nicht unbedingt auch in die Partei aufgenommen werden.

Aufgrund dieses Misstrauens gegen Neumitglieder, denen in Moskau unterstellt wurde, ihrem alten politischen Umfeld verhaftet zu bleiben, entwickelten die Kominternfunktionäre eine ausgeprägte Wagenburgmentalität: Geradezu erleichtert zeigte sich beispielsweise Gusev Anfang 1930 über die Tatsache, dass die sozialdemokratischen Arbeiter „glücklicherweise [...] weder in die KPD eintreten, noch ihre Anhänger werden“.¹⁷⁴ Knorin meinte im Dezember 1931, die französische Partei befinde sich momentan in einer „günstigeren Lage“ als die KPÖ und KPD, da sie „einstweilen keine Sozialdemokraten in ihre Reihen“ aufnehme.¹⁷⁵ Und Manuilskij sah die KPD gar im März 1933, als sich viele Mitglieder von der

¹⁷⁰ Vgl. Bericht Kolokolcevas vom 12. 8. 1932, RGASPI 495/4/128: 71 f.

¹⁷¹ Gusev in der Sitzung der Deutschen Kommission des Erweiterten Präsidiums des EKKI vom 25. 2. 1930, RGASPI 495/24/101: 2–27, hier: 9 f.

¹⁷² Knorin in der Sitzung des PS vom 1. 12. 1931, RGASPI 495/3/227: 369–389, hier: 386. Vgl. dazu auch das Referat von Manuilskij vor dem PS am 6. 10. 1931 über „politische Provokationen“, RGASPI 495/18/864: 6–94, hier v. a.: 72 f.

¹⁷³ Vgl. Mallmann, *Kommunisten*, S. 120.

¹⁷⁴ Gusev in der Sitzung der Deutschen Kommission des Erweiterten Präsidiums des EKKI vom 25. 2. 1930, RGASPI 495/24/101: 2–27, hier: 9 f.

¹⁷⁵ Knorin in der Sitzung des PS vom 1. 12. 1931.

Partei infolge der Verfolgung durch das NS-Regime abwandten, dem stets propagierten Vorbild der vorrevolutionären Bolschewiki besonders nahe: Der Verlust so vieler Mitglieder sei einerseits ein großer Schlag für die KPD, doch andererseits komme es nun ebenso wie im Russland vor 1917 zu einer „Härtung der Partei, weil hier die schwachen Elemente, die schwanken, weglaufen werden, und wir werden den Kern erhalten, der absolut notwendig ist“.¹⁷⁶

Eine Partei, die sich „glücklich“ schätzen sollte, dass sie ihrer größten Konkurrenz keine Anhänger abzuwerben vermag und die sich unter den Schlägen der NS-Schergen dem bolschewistischen Ideal annäherte – in dieser unfreiwilligen Komik offenbart sich der Grundkonflikt zwischen dem Bedürfnis nach Massenerückhalt einerseits und elitärem Selbstverständnis andererseits.

Das bolschewistische Ideal der Kaderpartei beinhaltete die Vorstellung, dass sich die Funktionäre völlig der Parteilinie unterwarfen und sie diszipliniert durchführten. Die Herkunft aus anderen politischen Bewegungen oder Parteien bildete für die sowjetischen Funktionäre daher eine Quelle ständigen Misstrauens. Sie gingen davon aus, dass die politische Sozialisation in diesen Organisationen Spuren in den Menschen hinterlassen habe und fürchteten, dass solche politischen Traditionen das Deutungsmonopol der Parteiführung in Frage stellten. Zwar bemerkte selbst der sonst als „Falke“ auftretende Lozovskij hellsehtig, falls ehemalige Sozialdemokraten keine Kommunisten sein könnten, müssten dreiviertel der Mitglieder der Komintern ausgeschlossen werden.¹⁷⁷ Doch scheint dieses Erkenntnis nicht besonders tief gedungen zu sein: Als in einem Bericht des ZK der KPD vom Juli 1931 über die zur KPD gewechselten SPD-Funktionäre angemerkt wurde, dass Personen ihre politischen Überzeugungen ja ändern könnten, wurde dieser Satz von einem aufmerksamen Leser im Kominternapparat mit einem Fragezeichen versehen.¹⁷⁸ Mit dem Aufbau der Kaderabteilungen und der Speicherung der Lebensläufe der einzelnen Funktionäre wurde dieses Misstrauen institutionalisiert.

Ähnliche Vorbehalte wie gegenüber politischen Konvertiten bestanden in der Sowjetunion gegenüber Menschen mit einer nichtproletarischen Herkunft: Als die Kominterninstrukteurin Kolokolceva im Sommer 1931 durch Deutschland reiste, um die Mitgliederentwicklung und Werbearbeit der KPD zu untersuchen, da bemängelte sie, dass die deutschen Funktionäre das proletarische Profil ihrer Partei vernachlässigten. In Hamburg fanden sich für ihren Geschmack zu viele Angestellte in der KPD und im Örtchen Blankenstein bei Bochum traf sie auf eine kommunistische Zelle, die aus mehreren „Kleinbürgern“ und Ladeninhabern bestand sowie zwei Hausfrauen, „von denen uns gesagt wurde, dass sie unter dem Einfluss der katholischen Kirche stehen und die Kirche besuchen. Sie sehen“,

¹⁷⁶ Manuilskij in der Sitzung der PK vom 15. 3. 1933, RGASPI 495/4/235: 261–267, hier: 263.

¹⁷⁷ Lozovskij in der Sitzung der Deutschen Kommission des Erweiterten Präsidiums des EKKI am 25. 2. 1930, RGASPI 495/24/101: 72–81, hier: 80.

¹⁷⁸ Bericht des ZK der KPD [Hirsch] über „Die KPD und die SPD“ vom 25. 7. 1931, RGA-SPI 495/293/117: 32–36, hier: 35.

schloss Kolokolceva, „dass in dieser kleinen Organisation die Zusammensetzung nicht besonders gut ist.“¹⁷⁹

Zwar betrachteten die sowjetischen Parteiführer das Proletariat zunächst weniger als soziale Kategorie, sondern eher als eine Art höheren Bewusstseinszustand¹⁸⁰ und sahen somit im Begriff des „Proletariats“ ein Synonym für den zu schaffenden „Neuen Menschen“, der seine Triebe zu beherrschen lernte, der alle Grundlagen seines früheren Daseins vergaß und sich aus sich selbst heraus neu schuf. Doch im Laufe der 20er Jahre entstanden zunehmend Zweifel daran, ob sich die nach 1917 besiegten ehemaligen „Klassengegner“ tatsächlich umerziehen ließen. Auf der Suche nach verborgenen Feinden gerieten nun diejenigen, die als „Kulaken“, Adelige, Geistliche oder Angehörige einer anderen Elite geboren worden waren, in das Fadenkreuz der Sowjetmacht. Diesen „Ehemaligen“ gelang es nicht mehr, das Kainsmal ihrer einstigen Klassenzugehörigkeit abzuwaschen, vielmehr wurden selbst die Kinder dieser „sozial fremden Elemente“ gesellschaftlich stigmatisiert und ihnen beispielsweise der Zugang zu Universitäten verwehrt.¹⁸¹ Wer aus Arbeiterfamilien abstammte, strich dies in seinen Lebensläufen und Autobiografien stolz hervor. Wer hingegen das Kind von „Kulaken“ war, versuchte dies häufig zu verbergen¹⁸², da aus einer solchen Herkunft also nur Nachteile erwachsen konnten.¹⁸³

Dass die sowjetischen Funktionäre in der Kominternführung ein solches Misstrauen gegenüber neuen Parteimitgliedern hegten, lag ferner nicht nur in ihrer prinzipiellen Abneigung gegenüber politischen und sozialen „Ehemaligen“ begründet, sondern hing auch mit den Erfahrungen zusammen, die die Bolschewiki seit der Revolution von 1917 im eigenen Land gemacht hatten: Denn in der Sowjetunion ließ sich die VKP(b) selbst bald nicht mehr als straffe Kaderorganisation bezeichnen. Schon Trockij hatte davor gewarnt, dass die Partei „offen fremde Elemente wie übereifrige Diener, Karrieristen und politische Gnadenbrotempfänger“ anziehe wie ein großer Magnet.¹⁸⁴ Und tatsächlich war die Partei insbesondere an der muslimischen Peripherie von Clans regelrecht geentert worden, die mit den ideologischen Zielen der Bolschewiki nichts anfangen konnten, sondern sie als zeitgemäßes Machtinstrument nutzten. Parteiinterne Untersuchungen brachten Ende der 20er Jahre zutage, dass viele Parteimitglieder die Sprache der Bolschewiki überhaupt nicht verstanden, weil deren Begriffe aus einer ihnen völlig fremden Welt stammten: So glaubten einige Kommunisten im aserbaidzhanischen Baku, der Kommunismus werde 1942 erreicht sein, weil dann ihre Parteiausweise

¹⁷⁹ Kolokolceva in der Sitzung des PS vom 26. 8. 1931, RGASPI 495/3/209: 36–38, 147.

¹⁸⁰ Vgl. Halfin, *From Darkness to Light*.

¹⁸¹ Vgl. Fitzpatrick, *Ascribing class*; Baberowski, *Der rote Terror*, S. 114 f.

¹⁸² Siehe den Fall von Stepan Podlubnyj, den Sohn eines ukrainischen „Kulaken“, der aufgrund seiner von ihm verborgenen Herkunft ständig fürchtete, „demaskiert“ zu werden. Vgl. Hellbeck, *Tagebuch aus Moskau*.

¹⁸³ Häufig wurden beispielsweise Kinder von so genannten Ehemaligen der Schule verwiesen. Über den Umgang des Regimes mit diesen stigmatisierten Menschen vgl. Fitzpatrick, *Everyday Stalinism*, S. 115–122.

¹⁸⁴ Trotzki, *Novij kurs*, S. 167. Zur Partei als Sammelbecken für Karrieristen vgl. Fitzpatrick, *Everyday Stalinism*, S. 16 f.

ungültig würden.¹⁸⁵ Vor diesem Hintergrund dienten die „Säuberungen“ von 1929 und 1933 nicht nur dem Kampf gegen ideologische „Abweichungen“, sondern sollten die Partei auch von Karrieristen aller Art befreien.¹⁸⁶

Die KPD war in der Weimarer Republik jedoch prinzipiell anderen Anforderungen ausgesetzt als die VKP(b) – und deshalb war das bolschewistische Konzept der Kaderpartei, das im Untergrund entstanden und nach 1917 aufgrund der neuen Aufgaben der VKP(b) als Machtinstrument weiterentwickelt worden war, nicht auf die KPD übertragbar. Erstens konnte die deutsche Partei in den Jahren der Weimarer Republik schwerlich als Karrieresprungbrett gesehen werden – vielmehr fanden sich die deutschen Kommunisten häufig genug selbst innerhalb der Arbeiterbewegung völlig isoliert. Dies war nicht nur dem sektiererischen Kurs der KPD geschuldet, sondern ergab sich in der Endphase der Weimarer Republik auch aus der weitverbreiteten Furcht, arbeitslos zu werden. Im Juni des Krisenjahres 1932, als sich die Arbeitslosenzahlen auf ihren Höhepunkt zu bewegten, berichtete beispielsweise ein Mitglied der Betriebszelle des AEG-Werkes in Henningsdorf bei Berlin der Komintern: „Wenn ein Arbeiter merkt, dass ein Kommunist zu ihm kommt, lässt er sich nicht mehr aus, weil er Angst hat, dass er, wenn man sieht, dass er mit einem Kommunisten spricht, entlassen wird.“¹⁸⁷ Schon 1928 hatte Remmele in einem Brief nach Moskau berichtet, dass die Kommunisten meist als erste entlassen würden und es für die KPD daher sehr viel schwerer sei als für die SPD, Sympathisanten auch zum Eintritt in die Partei zu bewegen.¹⁸⁸ Aus dem gleichen Grunde trauten sich auch viele Mitglieder der KPÖ nicht, in der Öffentlichkeit als Kommunisten aufzutreten: Es gebe weit mehr Genossen, so wurde der Komintern aus Österreich berichtet, die nachts Plakate kleben wollten, als Parteimitglieder, die tagsüber Flugblätter verteilten.¹⁸⁹

Zweitens ließ sich das sowjetische Kadermodell nicht auf die Verhältnisse in der Weimarer Republik übertragen, weil es dort (wie die Komintern ja selbst immer wieder betonte) darauf ankam, Mehrheiten zu gewinnen. Die deutschen Funktionäre waren sich dessen offensichtlich überwiegend bewusst. Denn es bestanden zwar auch in der KPD selbst Tendenzen, sich zu isolieren: Dies zeigte sich insbesondere Anfang 1930 in Paul Merkers Abneigung gegenüber ausnahmslos allen „Sozialfaschisten“ sowie in dem Misstrauen, das vielen neuen Mitgliedern in den Parteizellen entgegenschlug.¹⁹⁰ Zum Standardrepertoire der Propaganda der Parteiführung gehörte es schon 1929, vor den „sozialdemokratischen Traditionen“ zu warnen, die von SPD-Dissidenten in die KPD eingeschleppt würden.¹⁹¹ Doch

¹⁸⁵ Vgl. Baberowski, *Der rote Terror*, S. 157–159.

¹⁸⁶ Vgl. Werth, *Etre communiste en U.R.S.S.*, S. 227–229.

¹⁸⁷ Besprechung im MELS des EKKI vom 14. 6. 1932, RGASPI 495/28/206: 19.

¹⁸⁸ Brief Remmeles an Lozovskij vom 28. 1. 1928, RGASPI 495/292/42: 2–24, hier: 10. Zu den Entlassungswellen, die bereits seit Mitte der zwanziger Jahre vor allem Kommunisten trafen, vgl. Wirsching, *Vom Weltkrieg zum Bürgerkrieg?*, S. 178 f., 194 f.

¹⁸⁹ Infobulletin des MELS des EKKI o.D. [1930], RGASPI 495/28/84.

¹⁹⁰ Vgl. dazu: *Der Parteiarbeiter* 8 (1930), Nr. 10, S. 306; Schumann, *Politische Gewalt*, S. 287.

¹⁹¹ Vgl. z.B. Remmele, *Tempoverlust. Vor oder hinter den Massen?*, S. 218.

trotz des sektiererischen Kurses, den die KPD in der Endphase der Weimarer Republik verfolgte, blieb die Aufnahmepraxis in der deutschen Partei wesentlich weniger restriktiv, als es den sowjetischen Funktionären lieb war. Ein deutscher Betriebsarbeiter fasste während einer Besprechung im EKKI im Sommer 1932 den Unterschied mit den Worten zusammen: „Bei uns steht ja die Frage der Kandidaten nicht wie in der Sowjetunion. Die Zelle nimmt den Aufnahmeschein zur Kenntnis und wenn nicht irgendwelche Einwendungen vorhanden sind, ist der Genosse Mitglied unserer Partei.“¹⁹²

Ein streng isolationistischer Kurs hätte von vornherein ausgeschlossen, jemals eine Massenbasis zu gewinnen. Wenn sich die deutschen Kommunisten zu sehr von den Sozialdemokraten abkapselten, so hatte Thälmann daher schon zu Beginn des Konfliktes mit Merker in einer Kominternsitzung gewarnt, „so würde das bedeuten, dass wir dem Sozialfaschismus Millionen Menschen überlassen“.¹⁹³ Im Sommer 1931 hielt das deutsche Politbüro die KPD schließlich sogar für „reif genug“, um selbst einige der ehemals führenden SPD-Funktionäre – so wörtlich – „zu verdauen“.¹⁹⁴ Daraufhin suchte Werner Hirsch mit Einverständnis von Thälmann die inzwischen aus der SPD ausgeschlossenen Spitzenfunktionäre Rosenfeld und Seydewitz in ihren Wohnungen auf, um (allerdings erfolglos) zu versuchen, sie zum Eintritt in die KPD zu überreden.¹⁹⁵

Auch gegenüber Nichtproletariern bestanden, wie schon im Kapitel über die „nationale Frage“ anklang, bei vielen KPD-Funktionären wenig Berührungsängste. Die Kominterninstrukteurin Kolokolceva umschrieb dies missmutig mit den Worten, dass in der deutschen Partei noch viele „Unklarheiten“ über die führende Rolle des Proletariates im Klassenkampf bestünden – mit anderen Worten: dass die KPD-Funktionäre das bolschewistische „Reinheitsgebot“ bezüglich der sozialen Zusammensetzung ihrer Partei missachteten. In Hamburg, so berichtete sie im Sommer 1931 der Kominternführung, waren beispielsweise „einige Genossen der Org[anisations]abteilung der Meinung: Wir haben in Hamburg 200 000 Angestellte und 200 000 Arbeiter. Darum sind die Angestellten für die Aufnahme in die Partei ebenso wichtig.“ Auch hier bestand aus Sicht der Komintern somit die Gefahr, dass sich die KPD sukzessive in eine Art Volkspartei verwandelte und so der „Klassenstandpunkt“ verloren ginge. In Essen besaßen die verantwortlichen Funktionäre Kolokolcevas Meinung zufolge in dieser Beziehung überhaupt kein Gefahrenbewusstsein. Dort erklärte man ihr, „die Tür der Partei steht offen und deshalb können wir in den Versammlungen alle Werktätigen aufrufen, in die

¹⁹² Stenogramm der Besprechung mit kommunistischen Betriebsarbeitern aus Deutschland im MELS des EKKI am 14. 6. 1932, RGASPI 495/28/206: 3.

¹⁹³ Schlusswort Thälmanns in der Sitzung der Deutschen Kommission des Erweiterten Präsidiums des EKKI vom 25. 2. 1930, RGASPI 495/24/101: 86–151, hier: 95. Losovskij hatte sich von dieser Sichtweise allerdings mittlerweile gelöst.

¹⁹⁴ Bericht des ZK der KPD [Hirsch] über die Krise in der KPD vom 25. 7. 1931, RGASPI 495/293/117: 32–36, hier: 33.

¹⁹⁵ So Remmele in der Sitzung der Politkommission vom 10. 4. 1932, RGASPI 495/4/182a: 41.

Partei einzutreten. Die Genossen sagen: dabei ist keine Gefahr, weil nichtproletarische Elemente nicht in die Partei gehen.“¹⁹⁶

Indem die Bolschewiki in der Komintern diese Praxis der KPD kritisierten, demonstrierten sie ihren Unwillen oder ihre Unfähigkeit, die Besonderheiten der politischen Arbeit in pluralistischen Gesellschaften zu akzeptieren. Aufgrund ihrer Erfahrungen als ehemalige Untergrundkämpfer und jetzige Vertreter der diktatorischen Regierungsmacht konnten sie sich eine kommunistische Partei nur als Kaderorganisation vorstellen. Doch wie sollten die deutschen Kommunisten eine solche Kaderpartei aufbauen, die weder von politisch vorbelasteten, noch von „sozial fremden“ Personen unterwandert wurde und dennoch eine Massenbasis besaß? Die Lösung für dieses Problem sahen die Moskauer Spitzenkader in den parteilosen Arbeitern – waren diese doch gewissermaßen unbeschriebene Blätter, unbeleckt von wie auch immer gearteten Traditionen, formbares Menschen-„Material“. Mit Blick auf parteilose Arbeiter, die sich bei Streikaktionen engagiert hatten, forderte Pjatnickij Anfang 1930: „Wir brauchen solche Elemente, die uns mit den breiten Arbeitermassen verbinden. Die Aufgabe ist es, sie so umzuarbeiten, dass sie unser Programm und unser Statut kennenlernen und die Disziplin der Partei einhalten.“¹⁹⁷

Zum Leidwesen der Komintern sollte sich aber bald zeigen, dass ausgerechnet dieser Personenkreis sich offensichtlich kaum in die Partei integrieren ließ: Gerade in den Jahren 1929 bis 1933 „ähnelte die Partei eher einem Taubenschlag als einer Festung“, wie Klaus-Michael Mallmann treffend formulierte.¹⁹⁸ 1929 habe die Partei über 50 000 Neuaufnahmen verzeichnet, die aber zum größten Teil nach wenigen Monaten wieder verschwunden seien, stellte der Organisationsleiter der KPD, August Creutzburg, Anfang 1931 fest¹⁹⁹; Pjatnickij ergänzte, 1930 habe die Partei 143 000 Mitglieder gewonnen, im gleichen Zeitraum aber auch 95 000 verloren.²⁰⁰ Offensichtlich, so spekulierte Pjatnickij in einer internen Sitzung über den Bericht von Creutzburg, hätten die Parteioorganisationen der KPD „dem revolutionären Arbeiter nicht das gegeben [...], was er in der Partei eigentlich suchte“.²⁰¹ Damit suggerierte Pjatnickij, dass die KPD vielen Arbeitern zu „lasch“ erschienen sei und stimmte damit ein weiteres Mal das hohe Lied vom tatendurstigen unorganisierten Arbeiter an, der die in bloßer Rhetorik verharrende deutsche Partei aufrütteln würde, wenn man ihn nur ließe.

Tatsächlich aber waren die Motive, aus der KPD auszutreten, häufig viel prosaischer: Viele Neumitglieder gaben nur deshalb ein kurzes Gastspiel in der KPD, weil sie entweder die Mitgliedsbeiträge nicht zahlen konnten oder bald das Interesse an der mühsamen Parteiarbeit verloren hatten, die mit dem Anstieg des Na-

¹⁹⁶ Referat Kolokolcevas in der Sitzung des PS vom 26. 8. 1931, RGASPI 495/3/209, hier: 36–38, 147.

¹⁹⁷ Pjatnickij in der Sitzung der Deutschen Kommission des Erweiterten Präsidiums des EKKI vom 25. 2. 1930, RGASPI 495/24/101: 50–55, hier: 52f.

¹⁹⁸ Mallmann, *Kommunisten*, S. 92.

¹⁹⁹ Creutzburg, *Der Stand der Organisationsarbeit der KPD*, S. 291.

²⁰⁰ Pjatnickij, *Brennende Fragen*, S. 40.

²⁰¹ Pjatnickij in der Diskussion über den Organisationsbericht von Creutzburg im MELS des EKKI am 30. 1. 1931, RGASPI 495/28/105: 31–56, hier: 34.

tionalsozialismus zudem zunehmend gefährlicher wurde. Kolokolceva befragte im Sommer 1931 etwa 300 der 720 Personen, die vom Mai 1930 bis Ende März 1931 im Berliner Unterbezirk Nord aus der KPD ausgetreten waren. Davon gaben 96 finanzielle, aber nur 24 politische Gründe an, immerhin weitere 28 bekundeten „Interesselosigkeit“. Die übrigen Befragten gaben verschiedene unpolitische Gründe an, von Krankheit bis zur Verärgerung, im Karl-Liebknecht-Haus nicht die Fenster putzen zu dürfen.²⁰²

Auch die Gründe, in die KPD einzutreten, waren in vielen Fällen weniger „revolutionär“, als in Moskau oftmals vermutet wurde. Wie schon Sigmund Neumann 1932 in seiner Studie über die Parteien der Weimarer Republik feststellte, bestand bei einem großen Teil der neuen Mitglieder anscheinend nur ein diffuses Bedürfnis nach einer Partei links von der SPD, weil sich viele Arbeiter von der Sozialdemokratie in ihren konkreten Interessen angesichts der Wirtschaftskrise und des Sozialabbaus nicht mehr vertreten fühlten.²⁰³ Der Eintritt in die KPD war dann weniger ein Ausdruck von Fundamentalopposition und des bewussten Wechsels in die kommunistische Parallelwelt, sondern schlicht ein Akt des Protests.²⁰⁴ Vielen Neuzugängen war das bolschewistische Konzept der Kaderpartei daher reichlich fremd und sie konnten sich in der ihnen neuen kommunistischen „Orgwelt“ nicht orientieren. Viele dieser Genossen verstünden gar nicht, so berichtete Kolokolceva im Sommer 1931 „was sie in der Partei machen sollen“. Einige der neuen Mitglieder hätten nicht einmal gewusst, „dass sie in die Partei eingetreten sind, sie dachten, dass sie in die RGO eingetreten sind“.²⁰⁵

5. Fundamentalopposition versus „Legalismus“

Zu den zentralen Interessen der Kommunismusforschung gehört die Frage, inwieweit sich die Mitglieder der KPD von der Gesellschaft, in der sie lebten, abschotteten: Waren sie noch Teil eines „linksproletarischen Milieus“ oder kapselten sie sich zunehmend in einer „Gegenwelt“ ab? Diese Frage ist in der Forschung sehr umstritten. Im Groben lassen sich zwei Interpretationen festmachen: Der einen Sichtweise zufolge hatte sich lediglich die schmale Schicht der Parteielite völlig von den anderen Strömungen der Arbeiterbewegung isoliert, während an der Basis noch vielfältige Beziehungen zwischen den Mitgliedern der verfeindeten Arbeiterparteien bestanden. Zwischen der Führungsebene und Parteibasis der KPD habe ein Strukturkonflikt bestanden, der sich aus der unterschiedlichen Perspektive der Akteure auf die politische Szenerie ergab: Die konkrete kommunisti-

²⁰² Vgl. „Statistik über Parteiaustritte v[om] Mai 1930 bis März 1931 im U[nter]B[ezirk] Nord [Berlin]“ vom 17. 8. 1931, RGASPI 495/4/128: 106 f. Für den Bezirk Halle-Merseburg lassen sich für diesen Zeitraum ähnliche Motivlagen für Parteiaustritte ablesen. Vgl. Schumann, Politische Gewalt, S. 287.

²⁰³ Neumann, Die Parteien der Weimarer Republik, S. 88.

²⁰⁴ Vgl. Schumann, Europa, der Erste Weltkrieg und die Nachkriegszeit.

²⁰⁵ Schlusswort Kolokolcevas in der Sitzung des PS vom 26. 8. 1931 über die Arbeit der KPD und die Fluktuation der Mitgliedschaft, RGASPI 495/3/209: 147.

sche Politik sei daher im „Spannungsfeld zwischen Beschlusslage und lokaler Wirklichkeit“ vor allem auf lokaler Ebene oft erheblich von der „Generallinie“ abgewichen, wie sie in Moskau und Berlin festgelegt wurde. Im Zuge einer „roten Kirchturmpolitik“ hätten sich die Funktionäre vor Ort häufig stärker den lokalen Interessen als der Parteispitze in Berlin verpflichtet gefühlt – und zwar bis in die unmittelbare Endphase der Weimarer Republik hinein.²⁰⁶

Gegen diese These eines an der Basis weiterbestehenden „linksproletarischen Milieus“ wurde eingewandt, dass sich der Riss zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten in der Endphase der Weimarer Republik auch an der Basis kontinuierlich zu einer kaum noch zu überwindenden Kluft vertieft habe. Dies sei einerseits auf die ideologische Voreinstellung der Kommunisten zurückzuführen und andererseits darauf, dass die beiden Lager der Arbeiterbewegung zunehmend auch unterschiedliche Lebenswelten ausgebildet hätten. Tatsächlich spalteten sich im Laufe der 20er Jahre schließlich sogar viele Arbeitersportvereine auf, nahmen Sozialdemokraten und Kommunisten in manchen Betrieben ihr Frühstück in unterschiedlichen Räumen ein oder fuhren in getrennten Abteilen zur Arbeit.²⁰⁷ Insofern hätten sich die KPD-Mitglieder immer stärker vom Rest der Gesellschaft isoliert und eine radikale „Gegenwelt“ aufgebaut.²⁰⁸

Wie lässt sich nun untersuchen, wie stark die Kommunisten in die Weimarer Gesellschaft eingebunden bzw. von ihr isoliert waren? Da uns in diesem Zusammenhang vor allem interessiert, wie sich die unterschiedliche politische Kultur der deutschen und sowjetischen Funktionäre ausdrückte, soll diese Frage anhand der Themen behandelt werden, die zwischen KPD und Komintern besonders intensiv diskutiert wurden. Hierfür ist es notwendig, in einem ersten Schritt einen Blick auf die Teilnahme der Kommunisten am politischen Leben der Volksvertretungen von Reichs- bis zur Kommunalebene sowie dem Genossenschaftswesen zu werfen: Passten sich die KPD-Funktionäre dort dem politischen System der Weimarer Republik an – und wenn ja: inwieweit – oder betrieben sie durchgehende Fundamentalopposition? In einem zweiten Schritt wird sodann der Frage nachgegangen, inwieweit die KPD bereit war, mit den deutschen Behörden Arrangements einzugehen. In beiden Fällen wird zu untersuchen sein, wie die Komintern das Handeln der deutschen Genossen bewertete und welche Konflikte in diesen Fragen zwischen Moskau und Berlin entstanden.

In der Konzeption der Komintern sollten die Volksvertretungen lediglich als Agitationsplattformen dienen, um die kommende proletarische Revolution zu propagieren. Eine konstruktive Mitarbeit widersprach damit den Zielen der Kom-

²⁰⁶ Vgl. Mallmann, *Kommunisten*, v. a. S. 304–364.

²⁰⁷ Zur Spaltung der Arbeiterkultur- und Sportvereine vgl. Wunderer, *Arbeitervereine und Arbeiterparteien*. Zur Trennung beim Frühstück und der Fahrt zur Arbeit vgl. den internen Bericht der Bezirksleitung Halle-Merseburg vom November 1926 über die Situation in Zeitz, demzufolge in diesem Falle allerdings die Sozialdemokraten die treibende Kraft zur Trennung waren. Zitiert bei Schumann, *Politische Gewalt*, S. 218.

²⁰⁸ So v. a. mit dem vergleichenden Blick auf die eindeutig stärker in die umgebende Gesellschaft eingebundenen französischen Kommunisten: Wirsching, „Stalinisierung“ oder entideologisierte „Nischengesellschaft“?; ders., *Vom Weltkrieg zum Bürgerkrieg?*, S. 166–195, v. a. S. 194 f.

intern. Dennoch ergibt sich ausgerechnet für die kommunistischen Abgeordneten des Reichstages – also für die Mitglieder der Partielite selbst – ein widersprüchliches Bild: Nachdem Ruth Fischer als Parteivorsitzende abgesetzt worden war, die den Reichstag in ihrer Jungfernrede noch als „Hochverehrtes Affentheater“ diffamiert hatte, vollzog sich in der Arbeit der KPD-Fraktion ein deutlicher Wandel: Während sich die kommunistischen Abgeordneten im Plenum (also nach außen hin) weiterhin als handfeste Klassenkämpfer darstellten, arbeiteten sie in den Ausschüssen zeitweise und in einem freilich nur begrenzten Maße konstruktiv mit, insbesondere, wenn der Reichstag beispielsweise über neue Sozialgesetze beriet. Auf diese Weise verschwamm ihre harte Programmatik und geriet in Widerspruch zu der lautstark verkündeten Systemfeindschaft. Diese Zusammenarbeit erreichte bemerkenswerterweise gerade in den Jahren zwischen 1928 und 1930 – also zu Beginn der ultralinken Phase der Komintern – ihren Höhepunkt und brach erst nach der Septemberwahl 1930 zusammen: Von der Parteiführung wurde eine neue Generation kommunistischer Abgeordneter aufgestellt, die durchdrungen von der Feindschaft zur Sozialdemokratie war und deshalb kein Interesse mehr an irgendwelchen Formen der Zusammenarbeit hatte.²⁰⁹

Ein ähnlicher Zyklus lässt sich auch in der Kommunalpolitik beobachten, wo die Kommunisten sich anscheinend erst in den letzten zwei Jahren der Weimarer Republik mehr oder weniger durchgehend auf Radaupolitik beschränkt haben. In den Jahren zuvor schirmten einige kommunistische Stadtverordnete ihre beschränkte Zusammenarbeit auf kommunaler Ebene gegenüber den Aufpassern der Parteiführung ab, indem sie sich in einem ausgeprägten Scheinradikalismus ergingen. So gab die kommunistische Stadtratsfraktion von Wilhelmsburg bei Hamburg 1925 zwar zu Beginn der Sitzungsperiode eine Erklärung ab, in der sie jegliche parlamentarische Volksvertretung vom Reichstag bis zur Gemeindevertretung entsprechend der Definition des II. Kominternkongresses als „Machtinstrument der herrschenden Klassen“ bezeichnete, doch widmeten sich ihre Mitglieder dann den anstehenden Sachproblemen.²¹⁰ Noch 1930 beklagte Manuilskij mit Blick auf diese Praxis, viele Kommunisten könnten zwar „hervorragende Resolutionen“ schreiben, seien aber „im Grunde von sozialdemokratischen Traditionen und Arbeitsmethoden durchdrungen“.²¹¹ Wenige Monate zuvor hatte das EKKI-Präsidium festgestellt, auf kommunaler Ebene sei die 1928 propagierte Linkswende noch nicht einmal in Angriff genommen worden: Anstatt die Notwendigkeit des revolutionären Kampfes zu predigen, würden „demokratische Illusionen“ gepflegt, anstatt die „sozialdemokratischen Traditionen“ in den eigenen Reihen auszumerzen, werde mit den Sozialdemokraten zusammengearbeitet, anstatt auch die Gemeindeparlamente als „Tribüne zur Agitation und Propaganda des Kommunismus“ zu nutzen, legten die kommunistischen Gemeindefraktionen in ihrer „erdrückenden Mehrzahl“ bei den Parteikampagnen eine „unzulässige Passivität an

²⁰⁹ Vgl. Mergel, *Parlamentarische Kultur*, S. 314–320.

²¹⁰ Über die kommunistische Kommunalpolitik vgl. Mallmann, *Kommunisten*, S. 327–339, das Beispiel aus Wilhelmsburg ebenda, S. 334 f.

²¹¹ Manuilskij in der Sitzung des PS vom 24. 6. 1930, RGASPI 495/3/219: 9–15, hier: 12 f.

den Tag“.²¹² Die Arbeit der kommunistischen Stadtverordneten, so fasste Molotov in den Beratungen zu dieser Resolution die Kritik zusammen, unterscheide sich eigentlich gar nicht von der ihrer sozialdemokratischen Kollegen. Um das revolutionäre Profil der kommunistischen Kommunalarbeit zu schärfen, schlug er vor, in den Gemeindeparlamenten mit spektakulären Forderungen aufzutreten: Mit dem Antrag „zwei, drei Häuser“ reicher Bürger zu enteignen, um dort Arbeitslose einzuquartieren, so war er überzeugt, ließen sich die „Massen“ mobilisieren.²¹³

Freilich war eine solche begrenzte Zusammenarbeit in den Stadträten, wie sie die Komintern kritisierte, kein Ausweis von quasiparlamentarischer Gesinnung. Vielmehr befanden sich die Kommunisten allein dadurch, dass sie sich an Wahlen beteiligten, zwangsläufig in dem Dilemma, ungewollt Verantwortung aufgebürdet zu bekommen – vor allem, wenn sich aus diesen Wahlen „rote Mehrheiten“ ergaben. Lediglich, wo die KPD sowieso hoffnungslos in der Minderheit blieb, ließ sich also gar nicht aussichtsreich für konkrete Änderungen einsetzen konnte, ließ sich die fundamentaloppositionelle Attitüde durchhalten, ohne die eigene Wählerschaft durch Tatenlosigkeit zu enttäuschen. Dessen war sich sogar die Kominternführung bewusst: Nachdem beispielsweise SPD und KPD bei den Kommunalwahlen vom November 1929 in Berlin zusammen 120 von 225 Stadtverordneten stellten, die Parteien der „Weimarer Koalition“ hingegen ihre Mehrheit verloren hatten²¹⁴, räsonnierte Pjatnickij in einer internen Sitzung der Kominternführung, ob die Kommunisten angesichts dieses Ergebnisses nun „mitarbeiten, d.h. positive Arbeit leisten“ oder weiterhin in der Fundamentalopposition verharren sollten. Letzteres sei den Arbeitern nur schwer zu vermitteln, konstatierte Pjatnickij und seufzte angesichts dieser selbstgeschaffenen Zwickmühle: „Ja, wo wir [zusammen mit der SPD] eine Mehrheit haben, ist es viel schlimmer, als dort, wo wir nur in Opposition stehen.“²¹⁵

Nun soll hier nicht der Eindruck vermittelt werden, die KPD sei gegen den Willen der Komintern in die Arme der Sozialdemokratie getrieben worden. Ein Blick über die Grenze nach Frankreich ist auch in diesem Zusammenhang aufschlussreich – zeigt er doch, dass die deutschen Kommunisten in der Kommunalpolitik längst nicht so integriert waren wie ihre französischen Genossen. Vor allem in den „roten Vororten“ von Paris hatten die Kommunisten einige Bürgermeisterposten erobern können und vermochten so ihren Handlungsspielraum auszuweiten. Mit Erfolgen in der Sozialpolitik wollten sie nun Überzeugungsarbeit für das Endziel der proletarischen Revolution leisten.²¹⁶ Nicht umsonst wurden in Moskau gerade die französischen Kommunisten als besonders krasse

²¹² „Aufgaben der Kommunalarbeit der KI-Sektionen“. Entwurf für eine Resolution des EKKI-Präsidiums vom 10. 2. 1930, RGASPI 495/3/153: 184–201.

²¹³ Molotov in der Sitzung des PS über die Kommunalpolitik der kommunistischen Parteien vom 17. 2. 1930, RGASPI 495/3/153: 153–163, hier: 154 f.

²¹⁴ Vgl. Schulthess' Europäischer Geschichtskalender, 70. Bd. 1929, München 1930, S. 199.

²¹⁵ Pjatnickij in der Sitzung des PS vom 26. 11. 1929, RGASPI 495/3/176: 4–33, hier: 32.

²¹⁶ Vgl. Wirsching, Vom Weltkrieg zum Bürgerkrieg?, S. 145, 410 f.

Beispiele für „opportunistische Verfehlungen“ in der Kommunalpolitik gebrandmarkt.²¹⁷

Zumindest in Berlin kam eine solche Zusammenarbeit nicht in Frage – erstens hatte die KPD den Berliner „Blutmai“ erst wenige Monate zuvor zum Anlass genommen, die SPD als „Sozialfaschisten“ zu beschimpfen, und zweitens wäre ein Kooperationsangebot an die Sozialdemokraten in der deutschen Hauptstadt aufgrund seiner Signalwirkung einem Kurswechsel gleichgekommen. Allerdings wäre eine solche Zusammenarbeit auch dann kaum möglich gewesen, wenn sie die KPD angestrebt hätte: Denn dort wo KPD-Mitglieder als Kommunalbeamte gewählt wurden, annullierten die preußischen Behörden dieses Ergebnis grundsätzlich.²¹⁸ Auf diese Weise schränkten sowohl die kommunistischen Spitzenfunktionäre in Berlin und Moskau als auch die deutschen Behörden die Möglichkeit sehr stark ein, die deutschen Kommunisten in das politische System einzubinden. Es blieb den Kommunisten unter diesen Bedingungen bestenfalls die für sie unattraktive Option übrig, eine Tolerierungspolitik durchzuführen, wie sie auch die SPD im Reichstag in der Ära Brüning verfolgte – ihre Aktivitäten waren somit strukturell auf wenig öffentlichkeitswirksame Verhandlungen in den Ausschüssen und auf außerparlamentarische Aktionen begrenzt.²¹⁹

Ausgestanden war das Problem, wie sich die Kommunisten verhalten sollten, wenn sie das Zünglein an der Waage spielten, damit jedoch noch längst nicht. Vor allem angesichts der Wahlerfolge der NSDAP stellte sich für die deutschen Kommunisten immer häufiger die Frage, ob sie jegliche Zusammenarbeit mit den demokratischen Parteien ablehnen konnten. Unter dem Druck der Öffentlichkeit blieb der KPD schließlich häufig nichts anderes übrig, als gemeinsam mit den Sozialdemokraten gegen nationalsozialistische Bürgermeisterkandidaten zu stimmen, um nicht als Steigbügelhalter der NSDAP zu gelten.²²⁰ Wie wir im nächsten Kapitel sehen werden, beschränkte sich dieses Dilemma längst nicht auf die kommunale Ebene, sondern erwies sich im Jahre 1932 als eines der zentralen Probleme kommunistischer Politik, die die „Sozialfaschismus“-Doktrin ernsthaft in Frage stellten.

Die begrenzte Mitarbeit der Kommunisten in den Volksvertretungen – vom Reichstag bis zum Gemeindeparlament – resultierte ferner aus der „institutionellen Sozialisation“, die die kommunistischen Abgeordneten in den Gremien durchliefen. Auch wenn sie an ihrer prinzipiellen Ablehnung der Republik festhielten, fügten sie sich schon allein dadurch partiell in das abgelehnte politische System ein, indem sie die Verfahrensregeln dieser Institutionen akzeptierten.²²¹ Bemerkenswerterweise kehrten die kommunistischen Reichstagsabgeordneten 1930 zwar zur Obstruktionspolitik der früheren Jahre zurück, gingen damit aber

²¹⁷ „Aufgaben der Kommunalarbeit der KI-Sektionen“. Entwurf für eine Resolution des EKKI-Präsidiums vom 10. 2. 1930, RGASPI 495/3/153: 184–201.

²¹⁸ Vgl. Fülberth, Die Beziehungen zwischen SPD und KPD in der Kommunalpolitik, S. 360f.

²¹⁹ Vgl. Wirsching, Vom Weltkrieg zum Bürgerkrieg?, S. 410.

²²⁰ Vgl. Mallmann, Kommunisten, S. 338.

²²¹ Mergel, Parlamentarische Kultur, S. 313.

nicht so weit wie beispielsweise Goebbels, der bei seinen Reden im Parlament prinzipiell auf die dort üblichen Höflichkeitsformeln wie vor allem die Anrede des Plenums verzichtete. Für kommunistische Gemeindevertreter spielten zudem lokale Bindungen eine große Rolle: „Wir sind gute Kommunisten, aber wir haben das Mandat von den Einwohnern der Gemeinde und nicht allein von den Kommunisten“, wurde beispielsweise der vogtländischen KPD-Bezirksleitung schon im Jahre 1925 beschieden.²²²

Je niedriger die Ebene angeordnet war, auf denen kommunistische Funktionäre tätig wurden, desto stärker scheinen konkurrierende Identitäten, Lokalpatriotismus und alte Bindungen sowie auch abweichende Meinungen gewirkt zu haben: Das EKKI dürfte noch 1930 nicht umsonst gezürnt haben, die kommunistische Kommunalarbeit bilde die wesentliche „Zufluchtsstätte opportunistischer Elemente“.²²³ Hier gab es aus Moskauer Sicht zu viele Funktionäre, die – so ein damals in der Komintern vielbenutzter Ausdruck – in den Niederungen der praktischen Arbeit „versumpft“ waren, anstatt die reine kommunistische Lehre zu verkünden und die Institutionen zu „zersetzen“, in die sie gewählt worden waren. Einen noch schlechteren Ruf als die Kommunalpolitik hatte nur die Arbeit in den Genossenschaften, freilich aus den gleichen Gründen: Auch hier befürchtete man, die Basis könne schrittweise „sozialdemokratisiert“ werden, indem sie sich zu sehr auf eine reformistische Politik der kleinen Schritte und der alltäglichen Verbesserung der Lebensverhältnisse konzentrierte: Viele Genossenschaftler glaubten, so klagte das Mitteleuropäische Ländersekretariat Ende 1930, dass die Genossenschaften „so etwas wie sozialistische Oasen darstellen könnten“ – was ja wirklich von keiner besonders revolutionären Einstellung zeugte. Unter den kommunistischen Genossenschaftlern, so zeigte man sich in Moskau denn auch überzeugt, ließen sich so viele „Renegaten“ finden, wie es sie „nicht einmal in der Kommunalpolitik“ gebe: In den Genossenschaften bestehe ein „relativ großer Prozentsatz unserer eigenen Funktionäre aus solchen Genossen, die zu 95% erstmal ‚Genossenschaftler‘ und nur zu den restlichen 5% Parteimitglieder, also in Wirklichkeit keine Bolschewisten sind“.²²⁴

Das war der Alptraum der Führungskader der Komintern: Dass sich vor allem die unteren deutschen Funktionäre schließlich recht bequem in einer Nische einrichteten und sich somit partiell in die Gesellschaft integrierten.²²⁵

Diese konkurrierenden Identitäten und Bindungen sowie die institutionelle Sozialisation führten aus Sicht der Komintern dazu, dass zu viele kommunistische Funktionäre bloß Lippenbekenntnisse zur neuen radikalen Generallinie ablegten. Schon im Januar 1929 hatte Manuilskij auf einer Konferenz der KPD beobachtet, dass die Delegierten zwar „aufmerksam eine gute Rede von Thälmann angehört“

²²² Zititiert nach: Mallmann, *Kommunisten*, S. 329.

²²³ „Aufgaben der Kommunalarbeit der KI-Sektionen“. Entwurf vom 10. 2. 1930, RGASPI 495/3/153: 184–201, hier: 184.

²²⁴ Brief des MELS des EKKI an das ZK der KPD über die Genossenschaftsarbeit vom 10. 12. 1930, RGASPI 495/28/47: 109–126, hier: 112.

²²⁵ Vgl. Groh, *Negative Integration und revolutionärer Attentismus*, der von Mallmann als Ausgangspunkt für seine These genommen wurde, dass diese partielle Integration der Kommunisten in der Weimarer Republik weit verbreitet war.

und sodann einmütig für einen verschärften Gewerkschaftskurs gestimmt hätten, dass ihnen aber offensichtlich die „innere Überzeugung“ gefehlt habe.²²⁶ Im Mai 1930 konstatierte das EKKI schließlich eine „Krise der alten Kader“: Zwar sei auf die Parteiführungen nach den „Säuberungen“ mittlerweile weitgehend Verlass, die mittleren und unteren Funktionäre hingegen stimmten der Generallinie nur mit Worten zu und würden dann aber eine andere durchführen.²²⁷

Für Moskau war nun die entscheidende Frage, wie sich dieses Verhalten erklären ließ. Der deutsche Vertreter Fritz Heckert, der nicht zuletzt durch seine Arbeit in Moskau darin trainiert war, die Gedankengänge der sowjetischen Komininternfunktionäre zu antizipieren, hatte Anfang 1930 erklärt, dass viele Funktionäre immer noch an der „alte[n] USP[D]-Krankheit“ litten, „die sagen zu allem Ja und Amen, weil sie Ruhe und Frieden haben wollen, aber sie sabotieren die Arbeit“.²²⁸ Trotz der ressentimentgeladenen Sprache lag Heckert mit seiner Analyse nicht ganz falsch: Ein entscheidender Faktor für das „opportunistische“ Verhalten vieler kommunistischer Funktionäre war ihre politische Sozialisation, die sie offensichtlich weder ohne weiteres abstreifen konnten noch wollten. Die meisten der aktiven Reichstagsabgeordneten hatten beispielsweise tatsächlich früher der USPD angehört, so dass sie aller Propaganda zum Trotz ihre Nähe zur Sozialdemokratie nicht völlig verleugnen konnten.²²⁹ Die „sozialdemokratischen Überreste“ kamen somit nicht erst durch SPD-Dissidenten in die Partei, sie gehörten vielmehr zum eigenen, wenngleich ungeliebten Traditionsbestand.

Für die Spitzenfunktionäre waren diese „sozialdemokratischen Überreste“ zum Synonym für die zu starke Anpassung der deutschen Kommunisten an die politische Kultur der Weimarer Republik und ihre vermeintliche Einbindung in die deutsche Gesellschaft geworden. Schon in der Vorkriegszeit hatte Pjatnickij – damals noch bolschewistischer Untergrundparteiarbeiter – einen veritablen Kulturschock erlebt, als er in Berlin zum ersten Mal mit SPD-Mitgliedern zusammentraf:

„Als ich zum ersten Mal in eine Versammlung kam und dort gut gekleidete Herren erblickte, die vor Bierkrügen an Tischen saßen, glaubte ich in eine Versammlung von Bourgeois geraten zu sein, da ich solchen Arbeitern in Russland nie begegnet war. Es war aber doch eine Parteiversammlung.“²³⁰

Dass sich ein solcher Habitus für Revolutionäre erst recht nicht ziemte, verdeutlichte Manuilskijs bereits zitierte Kritik am Treffen der deutschen Politbüromitglieder im *Romanischen Café* in Berlin: Wer Seit an Seit mit der literarischen Bohème der Weimarer Republik einen kleinen Braunen zu sich nahm, wirkte nicht besonders umstürzlerisch.

²²⁶ Brief Manuilskijs an Pjatnickij vom 28. 1. 1929, RGASPI 558/11/763: 59–61, hier: 59.

²²⁷ Bericht „Die Krise der alten Kader“ vom 15. 5. 1930, RGASPI 495/18/845: 8–12.

²²⁸ Heckert in der Sitzung des MELS des EKKI vom 1. 1. 1930, RGASPI 495/28/42: 18.

²²⁹ Mergel, *Parlamentarische Kultur*, S. 319.

²³⁰ Pjatnickij, *Deckname Freitag*, S. 57. Vgl. auch S. 183. Freilich bekannte Pjatnickij, dennoch ein Bewunderer der Vorkriegssozialdemokratie gewesen zu sein, weil sie so stark war.

Auf solche „feinen Unterschiede“ (Pierre Bourdieu) legten die Bolschewiki großen Wert. Wie Pjatnickijs Erinnerungen zeigen, waren für sie aber nicht nur die Formen der politischen Zusammenkünfte wichtig, sondern auch die Kleidung – entsprach ein betont militärisches Outfit mit Lederstiefeln und dunklem Hemd zu dieser Zeit doch am besten dem bolschewistischen Selbstverständnis.²³¹ Pieck war sich dessen bewusst: Voller Stolz berichtete er der Komintern schon im Sommer 1929, dass sich der Habitus der Teilnehmer von zwei Demonstrationen der SPD und KPD, die zeitgleich in Berlin stattgefunden hatten, wesentlich unterschieden habe, während die Sozialdemokraten „alle mit Kragen und Wäsche“ marschiert seien, hätten die kommunistischen Demonstranten erstmals überwiegend ihre Arbeitskleidung getragen.²³²

Mindestens ebenso wichtig wie die Kleidung der Kommunisten war ihr Verhältnis zu den traditionellen Feiertagen. Für die Bolschewiki waren Feiern, Feste und Demonstrationen zentrale Instrumente, mit denen sie sich in das Leben und Denken ihrer Untertanen einschreiben wollten.²³³ Daher sollten auch in Deutschland die Demonstrationen erstens mehr als nur politische Kundgebungen sein, sondern vielmehr der Ausdruck eines neuen Lebensgefühls werden, und zweitens in demonstrative Konkurrenz zu den traditionellen Festen der deutschen Gesellschaft treten. Dass dies den deutschen Kommunisten lange Zeit nicht gelungen war, machte Heckert im Januar 1930 deutlich. Bislang, so stellte er in einer Sitzung der Komintern fest, sei es „praktisch unmöglich“ gewesen, „in Deutschland 14 Tage vor Weihnachten noch etwas [Politisches] zu machen“. Um so größer war nun sein Stolz, dass er der Komintern vermelden konnte: „In diesem Jahr hat sich eine wesentliche Besserung vollzogen. Das beweist die Arbeitslosendemonstration am 24. Dezember. Diese Weihnachtsdemonstration ist wirklich ein erster großer Bruch mit dem Weihnachtsfest. Das soll man als einen sehr großen Fortschritt bewerten.“²³⁴

Ungewollt offenbarten Pieck und Heckert mit diesen Berichten vor allem, wie stark auch die KPD-Mitglieder zu dieser Zeit noch vom traditionellen Demonstrationshabitus geprägt waren. Wie wir noch sehen werden, blieben Demonstrationen sehr zum Leidwesen der Komintern auch für die Kommunisten in Deutschland in erster Linie gesellschaftliche Ereignisse, die in ihrer Mehrzahl eher Volksfesten ähnelten, als dass sie als Präludien zum sozialen Umsturz begriffen wurden.

Neben dem ungewohnt bürgerlichen Habitus der deutschen Kommunisten achtete die Komintern stark auf den vermeintlichen „Legalismus“ in der KPD. Wie wir schon im Zusammenhang mit der Frage der politischen Gewalt gesehen haben, wurde zwar einerseits dem radikalen Segment der deutschen Kommunisten immer wieder vorgeworfen, „putschistischen“ Neigungen nachzugeben, doch

²³¹ Vgl. Fitzpatrick, *Everyday Stalinism*, S. 17; Trockij, Iosif Stalin. *Opyt kharakteriski*, S. 405 f.

²³² Pieck in der Sitzung des MELS des EKKI vom 7. 8. 1929, RGASPI 495/28/124: 1–31, hier: 4.

²³³ Zu dieser Bedeutung der sowjetischen Festkultur vgl. Rolf, *Constructing a Soviet Time*.

²³⁴ Heckert in der Sitzung des MELS des EKKI vom 1. 1. 1930, RGASPI 495/28/42: 72.

andererseits kritisierte Moskau, dass die meisten Funktionäre und Anhänger der KPD zu großen „Respekt vor den bürgerlichen Gesetzen“ hätten und sich überhaupt zu wenig revolutionär gäben.²³⁵

Schon der Berliner „Blutmai“ von 1929 hatte in Moskau recht unterschiedliche Reaktionen hervorgerufen: So hatte Manuilskij, der wenige Wochen vor den Ausschreitungen in einer „sehr kämpferischen Stimmung“ aus Deutschland zurückgekommen war²³⁶, Mitte Mai ein Schreiben an den deutschen Parteivorsitzenden verfasst, in dem er die „unerträglich schlechte Organisation der Demonstration“ rügte. Der gleiche Funktionär, der die deutschen Kommunisten im April 1931 vor revolutionärem Überschwang warnen sollte, zeigte sich im Frühjahr 1929 unzufrieden damit, dass es die deutsche Parteiführung nicht geschafft habe, eine zünftige „Kampfdemonstration“ durchzuführen. „Die Partei verfügt über dutzende Abgeordnete, aber dennoch [...] haben diese Abgeordneten nirgendwo versucht, sich mit einer kurzen Rede an die Massen zu wenden.“ Auch wenn die KPD natürlich nicht leichtfertig ihre Existenz aufs Spiel setzen solle, so dürfe sie sich doch keinesfalls den „Beschränkungen durch die bürgerliche Legalität“ beugen – schließlich lasse sich eine Partei mit 100 000 Mitgliedern und 3,4 Millionen Wählern nicht einfach verbieten: „In der Geschichte der russischen bolschewistischen Partei kann man nicht wenige Beispiele finden, wo die Bolschewiki, indem sie sich auf die Massen stützten, die Verbote der zaristischen Regierung faktisch liquidiert haben.“²³⁷

Dieser Brief drückt nicht nur einen unglaublichen Leichtsinn aus – er weist zudem erneut darauf hin, dass die deutschen Kommunisten aus Sicht der Komintern einen Ruf als Revolutionäre, als „Avantgarde des Proletariates“ zu verlieren hatten. Die Ermahnung, weder der geschichtlichen Entwicklung „vorauszuweichen“, also einen „verfrühten“ Aufstand zu wagen, noch den sich radikalisierenden Massen „hinterher zu schwänzeln“, gehörte zum Standardrepertoire der zahlreichen Schreiben, die das Karl-Liebknecht-Haus und andere Parteizentralen aus Moskau erhielten.²³⁸ Insofern waren die Ereignisse in Berlin aus Manuilskij's Sicht eine eindeutige Blamage, weil die „Initiative“ dort von den „Massen“ ausgegangen war, während sich die Berufsrevolutionäre nirgends blicken ließen. Dass hier von den deutschen Funktionären eine unmögliche Gratwanderung verlangt wurde, scheint der Kominternführung nicht aufgefallen zu sein.

Als Blamage wurde in Moskau auch das bereits erwähnte Gespräch zwischen Werner Hirsch und Reichsinnenminister Joseph Wirth vom August 1931 gewertet, in dem der KPD-Funktionär erklärt hatte, seine Partei sehe mit Rücksicht auf

²³⁵ So z. B. in der Resolution der Vereinigten Fraktionen von RGI und der deutschen Delegation [des IV. RGI-Kongresses] zum VI. Komintern-Kongress vom 20. 9. 1928, RGA-SPI 534/6/52: 57–66, hier: 64 f.

²³⁶ Brief Vasilevs an Pjatnickij vom 13. 3. 1929, RGASPI 495/19/426: 47.

²³⁷ Brief „Richards“ [d. i. Manuilskij] an „Teddi“ [d. i. Thälmann] vom 10. 5. 1929, RGASPI 495/19/77: 46–53.

²³⁸ Auch diese Ermahnung wurde von der stalinisierten KPD-Führung getreulich in einen entsprechenden Appell an die eigenen Funktionäre gegossen. Vgl. Remmele, Tempoverlust. Vor oder hinter den Massen?

die Sowjetunion vorerst von einer Revolution ab. Pieck hatte als deutscher Vertreter im EKKI sofort die Brisanz des Berichtes erkannt, in dem Hirsch voller Stolz über das Gespräch berichtet hatte. Der deutschen Parteiführung schrieb er daher, es gebe „zu allergrößten Bedenken Anlass, wenn Hirsch dem Wirth auseinander-gesetzt hat, was für friedliebende Staatsbürger wir gegenwärtig seien, an keine ernsthaften revolutionären Massenkämpfe denken und Wirth sich darüber sehr befriedigt geäußert habe“. Wenn solcher „Bockmist“ dann auch noch der Komintern in Berichten übermittelt werde, sei das „geradezu geeignet, die Parteiführung bei der Komintern zu diskreditieren“.²³⁹

Dieses Dilemma – weder dem militanten Überschwang eines Teiles der KPD-Mitgliedschaft nachzugeben, noch ein zu angepasstes Erscheinungsbild abzugeben – prägte in den folgenden Jahren vor allem die widersprüchliche Einstellung der Komintern zu den Demonstrationen der deutschen Partei. Aus Sicht des EKKI hatten die deutschen Kommunisten aus dem Desaster des Berliner „Blutmai“ nämlich den falschen Schluss gezogen: Ungeachtet der martialischen Sprache, die die KPD vor allem anlässlich ihrer Totengedenktage verwendete, und mit der sie unverdrossen zum Sturz des „Systems“ aufrief²⁴⁰, achtete die Parteiführung seit 1929 im öffentlichen Raum nämlich sehr wohl auf die „Beschränkungen durch die bürgerliche Legalität“ und bemühte sich häufig darum, den Verlauf von Demonstrationen im Vorfeld mit den Behörden abzusprechen, um Ausschreitungen zu vermeiden.²⁴¹ Während Wilhelm Pieck die Stimmung in der KPD im März 1929 vor den blutigen Ausschreitungen noch angeheizt hatte, indem er auf einer Parteiversammlung großspurig betonte, es sei notwendig, „gegen den Zörgiebel-Erlass das Recht auf die Straße zu erkämpfen“²⁴², ärgerten sich die Kominternfunktionäre im darauffolgenden Sommer, dass die deutschen Kommunisten gegenüber der Polizei zu nachgiebig seien. Tuure Lehen wusste dem EKKI nun zu berichten, dass beispielsweise die KPD in Aachen auf Verlangen der belgischen Besatzungsbehörde das internationale Treffen zur Antikriegskampagne um eine Woche verschoben habe, weil der ursprüngliche Termin auf den belgischen Nationalfeiertag fiel. Am meisten empörte Lehen, dass dieses Einknicken vom Politbüro der KPD bestätigt worden war. Dies zeige, dass die deutschen Genossen vor allem an einem „glattem Verlauf“ der Kampagne interessiert gewesen seien.²⁴³ Für einen Bolschewisten wie Pjatnickij lag dieses Verhalten in der „Unterwürfigkeit unter das Gesetz um jeden Preis“ begründet, mit dem die Sozialdemokraten in

²³⁹ Brief Piecks an das Sekretariat des ZK der KPD vom 20. 8. 1931, RGASPI 495/292/54: 236–241, hier: 240.

²⁴⁰ Vgl. Wirsching, Vom Weltkrieg zum Bürgerkrieg?, S. 342–348.

²⁴¹ Insofern erschließt sich das Phänomen der kommunistischen Demonstrationen nicht vollständig, wenn man sich vorrangig auf den „Blutmai“ von 1929 konzentriert, wie dies Wirsching, Vom Weltkrieg zum Bürgerkrieg?, S. 419–436, v.a. S. 428–431, tut.

²⁴² Zitiert nach: Wirsching, Vom Weltkrieg zum Bürgerkrieg?, S. 428 f.

²⁴³ Lehen in der Sitzung des MELS des EKKI vom 7. 8. 1929, RGASPI 495/28/124: 1–31, hier: 25 f. Zu Absprachen zwischen der Berliner Bezirksleitung der KPD und dem Polizeipräsidenten Zörgiebel war es auch im Januar 1929 gekommen. Gusev hatte damals diesen „Legalismus“ in einem Schreiben an die KPD-Führung scharf kritisiert. Vgl. Brief Gusevs an Sekretariat des ZK der KPD vom 15. 2. 1929, RGASPI 495/28/30: 8–129.

den Jahren vor 1914 die Arbeiterschaft „zu einer übermäßigen Legalität“ erzogen hätten: „Es tat weh, mitansehen zu müssen“, schilderte Pjatnickij seine Erlebnisse im Vorkriegsdeutschland, „wie die Berliner Sozialdemokraten auf eine Demonstration [...] nur deshalb verzichteten, weil die Polizei diese Demonstration nicht erlaubte.“²⁴⁴

Auch Quellen von neutraler Seite bezeugen, wie domestiziert sich die KPD häufig gab: So veröffentlichte Siegfried Kracauer, Korrespondent der *Frankfurter Zeitung*, im Frühjahr 1930 eine Reportage über die Maidemonstration der KPD in Berlin, in der er den Protestzug als proletarisches Volksfest beschrieb, auf dem saure Gurken verkauft wurden und sich kaum jemand für die Reden auf dem Podium im Lustgarten interessierte. Besonders fiel ihm das friedliche Nebeneinander von kommunistischen Musikkapellen und blauen Polizeiuniformen auf, die ein politisches System symbolisierten, das die Demonstranten bekämpften: Beide Seiten hätten „gewissermaßen einen Waffenfrieden“ miteinander abgeschlossen und arbeiteten Hand in Hand. „Der Protest gegen die Ordnung ist von dieser geregelt.“²⁴⁵ Der „Kampf um die Straße“ sah anders aus.

Der Instrukteur der Komintern, der nach Moskau über den gleichen Aufmarsch berichtete, war vom reibungslosen Zusammenspiel zwischen Ordnungshütern und Revolutionären in spe dementsprechend sehr viel weniger angetan. Die Tatsache, dass auch diese Demonstration in Abstimmung mit den Behörden zeitlich geringfügig verlegt worden war (wodurch Zusammenstöße mit anderen Kundgebungen vermieden werden sollten), erkannte „Alex“ zwar als „richtig und notwendig“ an. Doch ihn ärgerte, dass es die *Rote Fahne* zu einer „Ehrensache des proletarischen Berlins“ erklärt hatte, vor dem Zeitpunkt im Lustgarten einzutreffen, den der Polizeipräsident Zörgiebel als Veranstaltungsbeginn festgesetzt hatte, und ab dem die Polizei keine weiteren Teilnehmer hineinlassen werde:

„Obwohl in diesem Falle es notwendig war, die Organisationen auf Pünktlichkeit hinzuweisen, ist die wiederholte Betonung der Pünktlichkeit (Rote Fahne vom 29. und 30. April) als Antwort auf Zörgiebel politisch falsch. Trotz aller Pünktlichkeit hätte die Rote Fahne die Notwendigkeit des revolutionären Aufmarsches betonen müssen und dass es der revolutionären Arbeiterschaft gelingen würde, auch diese Polizeikordons zu durchbrechen usw.“

Im Zentralorgan der KPD, so kommentierte der Instrukteur misstrauisch, habe sich eben eine „gewisse legalistische Stimmung“ breitgemacht.²⁴⁶ Er machte deutlich, dass die *Rote Fahne* stattdessen einen umstürzlerischen Popanz hätte aufbauen müssen, um zu verdecken, dass sich die KPD hinter dieser revolutionären Schaufassade den Anweisungen der Behörden beugte: Pragmatisches Verhalten war nur so lange akzeptabel, solange es nicht als solches erkennbar war.

Obwohl Demonstrationen in der Spätphase der Weimarer Republik immer häufiger in Schlägereien mündeten, wenn Kommunisten und Nationalsozialisten

²⁴⁴ Pjatnickij, Deckname Freitag, S. 186.

²⁴⁵ Siegfried Kracauer, „1. Mai in Berlin“, in: ders., Berliner Nebeneinander, S. 39–42, hier: S. 40.

²⁴⁶ Bericht „Alex“ vom 23. 5. 1930 über die Durchführung des 1. Mai 1930 in Berlin, RGA-SPI 495/25/502: 22–29, hier: 25. Auslassung im Original.

aufeinander trafen²⁴⁷, waren es meist nicht die großen Aufzüge, von denen die Gewalt ausging, sondern die Aktionen kleinerer Trupps, die sich daran machten, gegnerische Versammlungen zu sprengen oder Lokale zu stürmen. Paradoxiere Weise wurde die Kritik der Komintern an der vermeintlichen Friedlichkeit der deutschen Kommunisten ausgerechnet im Jahre 1932 am lautesten, dem Jahr in der Endphase der Weimarer Republik seit 1928, in dem die meisten Menschen politischen Gewaltakten zum Opfer fielen. So klagte Tuure Lehen im Herbst dieses Jahres in seinem Bericht über den BVG-Streik in Berlin, bei dem Kommunisten und Nationalsozialisten Seite an Seite standen, dass sich die Nationalsozialisten mit Ausschreitungen gegen Streikbrecher²⁴⁸ die Sympathien der Bevölkerung gesichert hätten, während „sogar die R.F.B.-Leute [...] in den Streiktagen ganz ruhig für den Wahlfond der KPD sammelten“. Der NSDAP war es in Lehens Augen auf diese Weise gelungen, die KPD an „revolutionärer Kompetenz“ zu überbieten und somit an der proletarischen Basis Punkte zu sammeln.²⁴⁹

Der „Legalismus“ der deutschen Kommunisten blieb für die sowjetischen Bolschewiki ein Quell ständigen Ärgers aber auch Spottes – schon die Vorkriegssozialdemokraten hätten sich „beinahe für Märtyrer“ gehalten, berichtete Pjatnickij, wenn ihr Dachboden durchsucht worden sei „oder wenn die preußische Polizei sie kurz vor Weihnachten aus Preußen nach Sachsen abgeschoben hatte, vier Eisenbahnstunden von Berlin“.²⁵⁰ Und Stalin wiederholte in seinem Gespräch mit Emil Ludwig im Dezember 1931 die alte Geschichte der deutschen Sozialdemokraten, die sich nicht trauten, den Bahnhof zu verlassen, weil an der Schranke kein Kontrolleur stand, der ihnen vorschriftsmäßig hätte die Fahrkarten abnehmen können.²⁵¹

Stärker noch als bei Demonstrationen war dieser „Legalismus“ aus Sicht der kommunistischen Führungskader aber bei der Arbeit im Betrieb zu beobachten. Remmele, der sich in dieser Beziehung längst in den bolschewistischen Vorstellungswelten eingerichtet hatte, stellte Anfang 1928 in einem Brief an Lozovskij fest, dass die illegale Arbeit für die deutschen Arbeiter eine „sehr unbekannte und ungeübte Sache“ darstelle: Selbst viele Kommunisten, so berichtete er dem Vorsitzenden der Profintern, seien es „gewohnt, in der parteipolitischen und gewerkschaftlichen Betätigung offen und legal vorzugehen, meist noch von einem illusionären ‚Gerechtigkeitsgefühl‘, für ‚Gleichberechtigung‘ und durch ‚demokratische Grundsätze‘ erblich vorbelastet“.²⁵² Wenn solchen Kadern, die zu lange legal gearbeitet hätten, plötzlich die Arbeit im Betrieb verboten werde, schlug Manuilskij

²⁴⁷ Vgl. Rosenhaft, *Beating the Facists?*; Schumann, *Politische Gewalt*, v.a. S. 228–245; Weitz, *Creating German communism*, S. 160–185; Ehls, *Protest und Propaganda*.

²⁴⁸ Zu den Ausschreitungen in Berlin vgl. insbesondere die Reportage „Berlin ohne Verkehrsmittel“, in: *Vorwärts* vom 3. 11. 1932.

²⁴⁹ Brief „Alfreds“ [d.i. Tuure Lehen] an „Michael“ [d.i. Pjatnickij] vom 15. 11. 1932, RGA-SPI 495/293/123: 53 f.

²⁵⁰ Pjatnickij, *Deckname Freitag*, S. 187.

²⁵¹ Josef Stalin, Unterredung mit dem deutschen Schriftsteller Emil Ludwig am 13. 12. 1931, in: ders., *Werke*, Bd. 13, S. 93–109, hier: S. 108. Stalin fügte allerdings hinzu, dass sich die Deutschen in dieser Hinsicht „in der letzten Zeit sehr geändert hätten“.

²⁵² Brief Remmeles an Lozovskij vom 27. 1. 1928, RGASPI 495/292/42: 2–24, hier: 11.

im Sommer 1930 in die gleiche Kerbe, dann seien sie nicht in der Lage, diese illegal weiter zu führen.²⁵³

Allerdings waren sich die Spitzenkader der KPD durchaus bewusst, dass diese Scheu kommunistischer Arbeiter vor illegalen Aktionen schlicht aus deren Furcht resultierte, arbeitslos zu werden: In seinem eben zitierten Brief an Lozovskij hatte Remmele schon 1928 selbst festgestellt, dass mittlerweile fast alle Großbetriebe „kommunistenfrei“ seien: Nachdem beispielsweise die Leitung des Siemens-Werkes in Berlin einige Mitglieder der Betriebszelle entlassen habe, seien die übrigen in völlige Passivität verfallen, weil sie fürchteten, das gleiche Schicksal zu erleiden. Unter diesen Umständen war an illegale Arbeit selbstverständlich überhaupt nicht zu denken. Intern erkannte die KPD-Führung diesen Sachverhalt durchaus an: Im Juni 1929 konnte der britische Kommunist Pollitt am Rande des 10. EKKI-Plenums bei der deutschen Delegation erlauschen, dass die KPD illegale Streiks in Großbetrieben eigentlich ablehnte – schließlich wolle man ja nicht als „Partei der Arbeitslosen“ enden.²⁵⁴ Das wollten die Kominternfunktionäre zwar auch nicht, weil Arbeitslose ja weder streiken noch sich im Kriegs- oder Revolutionsfalle der Schlüsselindustrie bemächtigen konnten. Nicht zuletzt deshalb wurde in Moskau besorgt registriert, dass sich die KPD seit 1930 eben doch zu einer Partei entwickelte, deren Mitgliedschaft in ihren Hochburgen zu weit über 80 Prozent aus Arbeitslosen bestand.²⁵⁵ Dennoch beharrte die Komintern darauf, dass die kommunistische Basis sich durch illegale Aktivitäten auszeichnen müsse. Mit Blick auf den hohen Anteil der Arbeitslosen an der KPD-Mitgliedschaft wunderte sich Pjatnickij daher: „Man sagt, die Arbeiter haben Angst und führen deshalb keinen Streik. Die Erwerbslosen brauchen doch keine Angst zu haben, sie sind außerhalb der Betriebe, warum ist dort keine Bewegung?“²⁵⁶

Dass das Leben in einer parlamentarischen Demokratie gewissermaßen den bolschewistischen Charakter verdarb, zeigte sich aber selbst bei den Funktionären der Komintern: Ein Bericht über die Arbeit des Westeuropäischen Büros von 1931 hielt fest, dass sowohl die Verbindung suchenden westlichen Genossen „als auch hin und wieder einzelne Genossen des WEB [...] ‚demokratische Illusionen‘ in

²⁵³ Manuilskij in der Sitzung des PS vom 24. 6. 1930, RGASPI 495/3/219: 9–15, hier: 12f. Auch unter den hauptamtlichen Funktionären der KPD war die Enttäuschung groß, als sich beispielsweise der RFB nach seinem Verbot tatsächlich weitgehend auflöste. Vgl. Kurz, *Feindliche Brüder im deutschen Südwesten*, S. 163.

²⁵⁴ Diskussionsbeitrag Pollitt vor dem 10. EKKI-Plenum am 5. 7. 1929, in: Protokoll des X. EKKI-Plenums, S. 236–241, hier: S. 239.

²⁵⁵ Vgl. die entsprechenden Zahlen im Bericht des Orgsekretärs der KPD vom Januar 1931: August Creutzburg, *Die Organisations-Arbeit der KPD*, Hamburg 1931; und die Zahlen vom Sommer 1931 im Bericht Kolokolcevas über die Arbeit der KPD in den Betrieben vom 12. 8. 1931, die abschließend feststellte: „Somit besteht die KPD zu 4/5 aus Erwerbslosen.“ RGASPI 495/4/128: 71 f. In ihrem Brief an Stalin vom 28. 10. 1931 gingen Pjatnickij, Knorin, Manuilskij und Kuusinen ebenfalls auf diese Zahlen ein, RGASPI 495/19/236: 120–128, hier: 127.

²⁵⁶ Pjatnickij in der Sitzung des MELS des EKKI vom 7. 9. 1931, RGASPI 495/28/89: 4–13, hier: 5.

Hinsicht auf die deutsche Demokratie und die Polizei“ entwickelt hätten.²⁵⁷ Mit anderen Worten: die Funktionäre vertrauten auf die Tatsache, dass sie in einem Rechtsstaat lebten, in dem sie vor willkürlichen Verhaftungen geschützt waren.

Die sowjetischen Funktionäre registrierten mit Erstaunen, dass den meisten Genossen in Deutschland die bolschewistische Verfolgungsparanoia und Verschwörungsphantasien offensichtlich fremd waren – sie konnten diesen vergleichsweise routinierten Umgang mit dem politischen Gegner nicht als Ausdruck einer anderen politischen Kultur sehen, in der den Kommunisten ein hohes Maß an Meinungsfreiheit zugestanden wurde. Die bolschewistischen Spitzenkader und ihre deutschen Adepten, deren Vorstellungswelten sich vorrangig in den Kategorien des bewaffneten Kampfes bewegten und deren Denken durch Stalins Frage „Wer besiegt wen?“ konturiert wurde, sahen in dieser Prägung durch die politische Kultur einer pluralistischen Gesellschaft nur eine Verweichlichung der Funktionäre.

Nicht zuletzt deshalb hegte man im EKKI auch gegenüber der KPD-Spitze ein gewisses Misstrauen, selbst wenn sich deutsche Spitzenfunktionäre wie Heckert und Remmele als besonders scharfe Kritiker „sozialdemokratischer Traditionen“ in der KPD hervortaten. Die Komintern sah nämlich ausgerechnet in zwei Bereichen, die in der Forschung maßgeblich dafür verantwortlich gemacht werden, dass sich in der Endphase der Weimarer Republik eine Atmosphäre der permanenten Bürgerkriegsfurcht ausbreitete – nämlich den kommunistischen Demonstrationen sowie der Parteipresse – Anzeichen dafür aufscheinen, dass die deutsche Parteiführung den Weg des geringsten Widerstandes verfolgte und sich somit ungewollt an die politische Kultur der parlamentarischen Demokratie anpasste.

Die „legalistische Stimmung“ in der KPD – also die Bereitschaft zur Kooperation mit den Behörden – bereitete den Kominternfunktionären ständige Kopfschmerzen. Dies erschien insbesondere dann schwerwiegend, wenn die deutschen Kommunisten nicht nur ausdrücklich die „Grenzen der bürgerlichen Legalität“ achteten und sich darum bemühten, Absprachen mit den Behörden einzuhalten – wie dies bereits bei den Großdemonstrationen der Fall war –, sondern sich zu allem Überflus auch noch auf „bürgerliche“ Gesetze beriefen. Wer aber dies tat, der erkannte sie damit auch an. Ein Leitartikel der *Roten Fahne* beispielsweise, der sich im Juli 1931 mit dem Vorgehen der preußischen Behörden gegen Kommunisten befasste, die illegal Waffen besaßen, verkündete, man werde abwarten, ob der preußische Innenminister Severing „die objektive Staatsautorität seinen eigenen Genossen gegenüber ebenso gewissenhaft anwendet wie bei revolutionären Arbeitern“.²⁵⁸ Sogleich beschwerte sich Dimitrov in einem Brief an die KPD-Führung über den Artikel: „So kann man die Frage [nur] stellen“, befand er, „wenn man auf der Grundlage der heutigen Gesetzlichkeit steht.“²⁵⁹ Das sollten die deutschen Kommunisten natürlich nicht tun – entsprechend entsetzt war die Kominternführung daher, als die KPD-Reichstagsfraktion ebenfalls im Sommer

²⁵⁷ „Allgemeine organisatorische Fehler und Mängel in der Arbeit des WEB und seiner Hilfsorgane“, o.D., 1931, RGASPI 499/1/34: 214–217.

²⁵⁸ Rote Fahne vom 4. 7. 1931.

²⁵⁹ Brief Dimitrovs an Flieg vom 6. 7. 1931, RGASPI 499/1/33: 63.

1931 den Antrag stellte, eine Reihe rechter Politiker, darunter Hitler und Hugenberg, „wegen Volks- und Landesverrats“ zu verhaften.²⁶⁰ Für einen richtigen Revolutionär sollte der „Landesverrat“ (jedenfalls der an einer bürgerlichen Regierung) gewissermaßen Ehrensache sein – wie sollte man sonst einen Umsturz vollziehen können?²⁶¹

Ein weiterer Konfliktpunkt war die Frage, wie die KPD auf Presseverbote reagieren sollte. Die Drohung mit dieser Maßnahme erwies sich als ein wirksames Druckmittel, um die KPD zu disziplinieren: So hatte die Parteiführung beispielsweise im Herbst 1930 einen unvorsichtigen Redakteur der *Roten Fahne* entlassen, weil die Zeitung aufgrund eines von ihm verfassten Artikels für eine Woche verboten worden war. Zuvor hatten man ihn öfter (vergeblich) ermahnt, „jedes Wort in der Zeitung mit größter Vorsicht zu wählen“.²⁶² Indem die Partei ihre Propaganda mäßigen musste, damit ihre Zeitungen nicht verboten wurden, passte sie sich – freilich wider ihren Willen und nur partiell! – an die bestehende Ordnung an. Anfang 1932 entschuldigte sich Thälmann daher in Moskau, dass die starke Kontrolle der Presse durch die Polizeibehörden in letzter Zeit „eine gewisse Einschränkung der revolutionären Problemstellung“ verursacht habe²⁶³ – mit anderen Worten: dass die KPD kaum noch zum Aufstand aufrufen konnte.

Wie wichtig den Führungskadern dieses Agitationsmedium aber trotz aller Beschränkungen war, hatten sie zuvor im Herbst 1931 demonstriert, als sie sich nicht nur *passiv* mäßigten und Aussagen vermieden, mit denen sie bestehende Gesetze verletzten, sondern sich *aktiv* verpflichten wollten, die bestehenden Gesetze zu achten. Damit beispielsweise das Verbot des in Altona erscheinenden KPD-Blattes *Hamburger Volkszeitung* wieder aufgehoben würde, hatte dessen Geschäftsführer im Sommer 1931 eine Erklärung der preußischen Behörden unterzeichnet, wonach die Partei zukünftig nur noch im Rahmen des Republikschutzgesetzes handeln werde. Kaum hatte die KPD-Spitze von dieser Aktion erfahren, schickte sie den Geschäftsführer des Blattes auf das Polizeipräsidium, um die Erklärung wieder zurückzuziehen.²⁶⁴ Einige Wochen später wollte die Parteiführung jedoch selbst diesen Weg beschreiten, denn am 21. September 1931 waren die *Rote Fahne* und dreizehn weitere Parteizeitungen verboten worden, weil das Zentralorgan der KPD ein Solidaritätstelegramm der deutschen Parteiführung an streikende englische Matrosen abgedruckt hatte, das diese zum Aufstand aufforderte.²⁶⁵ Carl Severing bot der KPD daraufhin an, das Verbot der *Roten Fahne* aufzuheben, falls

²⁶⁰ Brief Manuilskijs, Pjatnickijs, Knorins und Kuusinens an Stalin und Molotov vom 28. 10. 1931, RGASPI 495/19/236: 120–128, hier: 120–122.

²⁶¹ Freilich setzte die KPD mit diesem Antrag im Grunde nur die Ankündigungen in die Tat um, die in der von Stalin angeregten „Programmerkklärung“ enthalten waren. Der einzige Unterschied des Antrages der kommunistischen Reichstagsabgeordneten lag darin, dass in der „Programmerkklärung“ nicht rechten Politikern, sondern den Sozialdemokraten fortgesetzter Hoch- und Landesverrat vorgeworfen worden war.

²⁶² Protokoll des Sekretariates des ZK der KPD vom 10. 11. 1930, SAPMO-BArch RY 5-I 2/5/3: 142.

²⁶³ Brief Thälmanns an Pieck vom 8. 1. 1931, RGASPI 495/292/61: 4f., hier: 4.

²⁶⁴ So die Darstellung von Remmele in der PK vom 10. 4. 1932, RGASPI 495/4/182a: 50f.

²⁶⁵ Vgl. das Protokoll des Sekretariates des ZK der KPD vom 19. 9. 1931, in dem das „englische Telegramm“ beschlossen wurde, SAPMO-BArch I 2/5/3: 261.

der Verlag der Zeitung öffentlich sein Bedauern ausdrücke, „dass durch die Art der Ausdrucksweise der Eindruck entstanden ist, als ob in dem Telegramm an die englischen Matrosen eine Aufreizung zur Nichtbefolgung deutscher Gesetze enthalten war“, und zudem erkläre, in Zukunft bestrebt zu sein, „derartige Schwierigkeiten zu vermeiden“.²⁶⁶

Hätte die KPD tatsächlich eine solche Erklärung abgegeben, wäre dies eine Sensation gewesen, denn damit hätten die deutschen Kommunisten faktisch eine Art „Legalitätseid“ abgelegt, wie dies Hitler für die NSDAP bereits im September 1930 während des Prozesses gegen Scheringer getan hatte. Mehr noch: Severings Text wollte den Eindruck erwecken, als bekenne die KPD indirekt, ihre revolutionäre Propaganda sei reine Rhetorik und bedauere, dass ihre Anhänger überzogene Schlüsse daraus gezogen hätten.

Die Moskauer Funktionäre waren dementsprechend erschüttert, als sie erfuhren, dass die deutsche Parteiführung auf den Vorschlag des preußischen Innenministers eingehen wollte: Der Politkommission des EKKI war der Entwurf Severings am 22. September telefonisch übermittelt und dazu mitgeteilt worden, „dass die deutschen Genossen geneigt seien, eine solche Erklärung abzugeben“.²⁶⁷ Die Kominternführung lehnte noch am gleichen Tage „die Abgabe einer solchen Erklärung kategorisch“ ab und untersagte einstweilen ihre Veröffentlichung.²⁶⁸

Im Sekretariat der KPD regte sich nach einigem Zögern Widerstand gegenüber dieser Entscheidung aus Moskau. Zwar hatte die KPD-Führung in einem Bericht für die Komintern zwei Monate vor dieser Angelegenheit zu den damals aktuellen Zeitungsverböten noch erklärt: Dieser Zustand „einer stark geminderten Legalität“ sei eine „günstige Vorschule“ für die Illegalität, weil „die Kinderkrankheiten auf dem Gebiet der illegalen Arbeit in einer verhältnismäßig ungefährlichen Situation leichter überwunden werden können, als das zu einem späteren Zeitpunkt der Fall sein wird“.²⁶⁹ Doch dieser Bericht war offensichtlich nur verfasst worden, um das Image der KPD in Moskau etwas aufzubessern. Intern waren derartig heroische Töne nämlich nur selten zu hören und im September 1931 schoben sich die aktuellen Anforderungen des politischen Meinungsstreites in einer parlamentarischen Demokratie in den Vordergrund. Für die KPD-Führung war es nunmehr von zentraler Bedeutung, dass das Zeitungsverbot aufgehoben wurde, damit die Partei im Hinblick auf die anstehenden Hamburger Bürgerschaftswahlen und die Streiks im Ruhrgebiet agitationsfähig blieb: „In einer solchen Lage ohne Presse zu bleiben“, erklärte ausgerechnet der sonst so radikal auftretende Neumann am 24. September in einem Telefonat mit Aleksandr Abramov, „ist für die

²⁶⁶ Entwurf einer Bedauernserklärung zur Veröffentlichung in der Roten Fahne, o.D. [wahrscheinlich 21. 9. 1931], Anlage zum Protokoll Nr. 180 der PK vom 22. 9. 1931, Pkt. 2, RGASPI 495/4/139: 4.

²⁶⁷ Notiz über ein Telefonat zwischen Kurt Müller und Neumann vom 22. 9. 1931, RGASPI 495/4/139: 4.

²⁶⁸ Protokoll Nr. 180 der PK vom 22. 9. 1931, Pkt. 2, RGASPI 495/4/139: 2.

²⁶⁹ Bericht des ZK der KPD über Maßnahmen im Falle einer Zuspitzung der Lage in Deutschland vom 19. 7. 1931, RGASPI 495/293/117: 18–20, hier: 19. Vgl. dazu auch: Anweisungen des EKKI für die Arbeitsweise des Politbüros der KPD vom 26. 7. 1931, RGASPI 495/19/524: 4–6.

Partei absolut undenkbar“. Die Aufzeichnungen Abramovs über dieses Gespräch dokumentieren die unterschiedlichen Maßstäbe, an denen die Funktionäre in Moskau und Berlin die Erklärung maßen. In Moskau fürchtete man einen Gesichtsverlust der Kommunisten. Abramov warf Neumann vor, die KPD lasse sich von der Regierung aufs Kreuz legen, wenn sie die von Severing vorgelegte öffentliche Reueerklärung abdrucke. Die Abgabe einer solchen Erklärung, so warnte er die KPD, wäre ein „neuer 4. August“ – also ebenso verhängnisvoll wie die Bewilligung der Kriegskredite durch die SPD im August 1914, durch die sich die deutsche Sozialdemokratie in den Augen der Bolschewiki in das Lager der „Klassenfeinde“ gestellt hatte. Neumann versuchte derlei Bedenken zu zerstreuen und versicherte, dass mit einer solchen Erklärung nur der Schein gewahrt werde und die KPD auch bei ihren Anhängern keinen Ansehensverlust erleiden werde: Mehrmals betonte er gegenüber Abramov, „dass die Arbeiter über eine solche Verpflichtung lachen werden und es für absolut möglich halten, eine solche abzugeben“. Zudem sei der Verlag der *Roten Fabne*, in dessen Namen die Erklärung offiziell abgegeben werden sollte, „bürgerlich“, weshalb sich (formell gesehen) weder die KPD noch die Redaktion der Zeitung verpflichteten.²⁷⁰ Doch in den Ohren der Bolschewiki klang der von Severing durchgegebene Text anders: Im Protokoll des sowjetischen Politbüros, dem die Entscheidung schließlich übertragen wurde, war von der vermeintlichen Absicht der KPD die Rede, „zukünftig nicht mehr die deutschen Gesetze zu verletzen“. Ein so verstandenes Ansinnen lehnte die bolschewistische Führung natürlich ab.²⁷¹

Obwohl die KPD-Führung nach diesem Machtwort einlenkte, hatte die Angelegenheit in Moskau doch einen „sehr unangenehmen Eindruck“ hinterlassen, wie Kaganovich dem am Schwarzen Meer weilenden Stalin am nächsten Tage mitteilte. Pjatnickij habe erzählt, so berichtete Kaganovich in dem Schreiben an den Generalsekretär weiter, „dass es überhaupt noch andere Tatsachen dieser Art gebe. [...] Möglicherweise ist das ein Zeichen für schwerwiegendere Prozesse in der deutschen Partei.“²⁷²

Diese „anderen Tatsachen“ waren vor allem die erwähnten Gespräche von Hirsch mit Reichsinnenminister Wirth, in denen der kommunistische Funktionär den Eindruck erweckt hatte, die KPD strebe vorerst keine Revolution an und richte sich deshalb bis auf weiteres im aktuellen politischen System ein. In beiden Fällen – der Diskussion um die von Severing vorgelegte Reueerklärung wie auch in dem Gespräch von Hirsch mit Wirth um die angebliche Bereitschaft der KPD, auf eine Revolution vorerst zu verzichten – spielte sich der Konflikt zwischen den Kommunisten in Moskau und Berlin auf zwei Ebenen ab. Zum einen fürchtete man in der Kominternführung, die KPD könne an Einfluss in der Arbeiterschaft

²⁷⁰ Gesprächsnachschrift des Telefonates zwischen Abramov und Neumann am 24. 9. 1931, vom 25. 9. 1931, RGASPI 495/4/141: 4f.

²⁷¹ Protokoll Nr. 64 der Sitzung des PB der VKP(b) vom 25. 9. 1931, Pkt. 6: „Bekanntmachung von Manuilskij (Sondermappe)“, RGASPI 17/162/11: 12. An dieser Sitzung nahmen außerdem Pjatnickij und Knorin teil.

²⁷² Brief Kaganovichs an Stalin vom 26. 9. 1931, abgedruckt in: Khlevnjuk (Hg.), Stalin i Kaganovich, S. 120.

einbüßen, wenn sie sich in ihrer revolutionären Propaganda zu sehr mäßige.²⁷³ Zum anderen aber sorgte man sich in Moskau, eine gemäßigte Propaganda könne schließlich zur tatsächlichen Domestizierung der KPD beitragen. Dass sich die KPD-Führungskader zu „friedliebenden Staatsbürgern“ entwickeln würden, die die deutschen Gesetze achten – eine solche Entwicklung erschien den Bolschewiki, die an die bewusstseinsprägende Kraft der Sprache glaubten, als reale Gefahr. Sie befürchteten somit, selbst die deutsche Parteispitze könne in der parlamentarischen Demokratie „versumpfen“, sich also ungewollt in das bekämpfte System einfügen, und die ehernen Grundsätze des Marxismus-Leninismus über Bord werfen, als deren Gralhüter sich die Moskauer Funktionäre somit umso mehr empfinden mussten.

Diese Folgen der unwillkommenen Sozialisierung und der „Zersetzung“ durch die demokratischen Systeme mussten nach Meinung der Komintern beseitigt werden. In der jetzt anbrechenden neuen Zeit, so schrieb Manuilskij schon im Mai 1929, eine Woche nach dem Berliner „Blutmai“ an Thälmann, könne man mit den alten Kadern nichts mehr anfangen: „Diese Kader sind unter den anderen Bedingungen der ‚Stabilisierungs‘-Windstille aufgewachsen, sie arbeiten mit Methoden die jener Zeitspanne angemessen waren“, nun aber sei ein „neuer Typ“ gefragt, der sich im „Zustand der permanenten Offensive“ vor allem gegen die Sozialdemokratie befinde.²⁷⁴ Um die Partei auf eine „neue, höhere Stufe ihrer bolschewistischen Entwicklung“ zu bringen, so wurde den westlichen Sektionen daher im Sommer 1930 geraten, müsse sie sich vom „Ballast“ der alten Kader befreien²⁷⁵ und insbesondere die kommunistischen Kommunalfraktionen von der dort herrschenden „opportunistischen Übermacht“ und den „kleinbürgerlichen Elementen“ säubern, von denen sie bislang noch „sehr verunreinigt“ seien.²⁷⁶ Auch die Fraktionsarbeit in den Genossenschaften lasse sich nur dann richtig durchführen, so ließ das Mitteleuropäische Ländersekretariat die deutsche Parteiführung wissen, wenn sie die „unlebendige[n], verkalkte[n] Elemente“ entferne und diese „‚Parteimenschen‘ durch junge, frische, aktive Parteigenossen“ ersetze.²⁷⁷

Der Komintern kam es dabei ausdrücklich nicht darauf an, dass die neuen Funktionäre in Gemeindeparlamenten und Genossenschaften durch Sachkenntnis glänzten: Es sei nicht entscheidend, ob sie sich in den „Gesetzesfolianten“ auskennen, erklärte das EKKI-Präsidium zu diesem Thema, sondern dass sie „über die wichtigste Eigenschaft verfügen: revolutionäre Härte, bolschewistische Unversöhnlichkeit, Verbindung mit den Massen“.²⁷⁸ Lozovskij meinte gar, „dass uns die

²⁷³ Brief Knorins an Thälmann vom 15. 9. 1931, RGASPI 495/19/524: 22.

²⁷⁴ Brief „Richards“ [d.i. Manuilskij] an „Teddi“ Thälmann vom 10. 5. 1929, RGASPI 495/19/77: 46–53, hier: 50ob.

²⁷⁵ Bericht des MELS „Über den Kampf gegen den Opportunismus in der Praxis und über die Kaders [sic]“ vom 29. 6. 1930, RGASPI 495/28/47: 61–66.

²⁷⁶ „Aufgaben der Kommunalarbeit der KI-Sektionen“ vom 10. 2. 1930, RGASPI 495/3/153: 184–201, hier: 198.

²⁷⁷ Brief MELS des EKKI an das ZK der KPD über die Genossenschaftsarbeit vom 10. 12. 1930, RGASPI 495/28/47: 109–126, hier: 112.

²⁷⁸ „Aufgaben der Kommunalarbeit der KI-Sektionen“ vom 10. 2. 1930, RGASPI 495/3/153: 184–201, hier: 199.

[kommunistischen] Stadträte nützlicher sind, wenn sie im Gefängnis sitzen“, als wenn sie sich brav in die Alltagsarbeit der Gemeinden einspannen ließen.²⁷⁹ Frauen und unqualifizierte Arbeiter, so machte die Komintern an anderer Stelle deutlich, waren die geeignetsten Kandidaten, um einer Partei, die sich zu sehr an die bestehenden Verhältnisse angepasst habe, den notwendigen revolutionären Schwung einzuhauchen²⁸⁰: Diese Gruppen waren einerseits in der sozialen Gliederung ganz unten angeordnet und galten andererseits als politisch „unbelastet“.

Wenngleich es auch immer wieder Stimmen gab, die vor der Auffassung warnen, „als wenn die alten Genossen nichts wert wären, als wenn sie zu dumm wären“²⁸¹, und die Tendenz kritisierten, das gesamte bisherige Parteiaktiv „vollständig ins Archiv“ abzugeben²⁸², so wurde die Empfehlung, „frische“ Kader heranzuziehen, zu einem Leitmotiv, wann immer über den Mitgliederbestand der kommunistischen Parteien geredet wurde: Schon Ende 1929 hatte Heckert begeistert davon berichtet, dass in einer kommunistischen Betriebsversammlung einige Parteiose „vom Faustrecht Gebrauch gemacht“ und einige Parteimitglieder verprügelt hätten, „weil diese die Linie der Partei aufgeben wollten“.²⁸³ Viele Genossen wurden durch diesen Diskurs in die Passivität getrieben: „Insbesondere die Genossen im mittleren Alter verweigern jede Arbeit mit der Begründung, dass sie nach Ansicht der Partei zu verkalkt seien und sie sich wundern würden, dass man nicht auch in der Führung der KPD die Genossen Thälmann und Remmele absetze, die viel älter seien als sie“, berichtete Anfang 1932 ein Instrukteur aus Stuttgart.²⁸⁴

Mit dem Austausch der „verbrauchten“ Kader, denen der politische Alltag in der Demokratie gewissermaßen den Charakter verdorben hatte, war es aus Sicht der Spitzenfunktionäre aber nicht getan, um auch zukünftig eine Entwicklung zu verhindern, die sich mit „Wandel durch Zusammenarbeit“ umschreiben ließe. Es galt daher, die kommunistischen Kader auf Distanz zur bürgerlichen Ordnung und deren Repräsentanten zu halten. Schon 1928 kehrte die KPD daher zur erwähnten „Politik der roten Handschuhe“ zurück, wie sie während der ultralinken Periode in der Mitte der 20er Jahre verfolgt worden war. Den kommunistischen Abgeordneten in Stadt- und Landesparlamenten wurde explizit untersagt, an parlamentarischen Bierabenden teilzunehmen. Den „korrumpierten Sozialdemokraten“, so hieß es aus der Parteizentrale, könne man andernfalls nicht mit einer „wirklich proletarischen Kritik“ entgegentreten.²⁸⁵ Wer eine neue Welt aufbauen wollte, durfte mit dem „Klassenfeind“ nicht abends gesellig zusammensitzen.

²⁷⁹ Molotov und Lozovskij in der Sitzung des PS über die Kommunalpolitik der kommunistischen Parteien, RGASPI 495/3/153: 153–163, hier: 158.

²⁸⁰ Bericht des MELS „Über den Kampf gegen den Opportunismus in der Praxis und über die Kaders“ vom 29. 6. 1930, RGASPI 495/28/47: 61–66.

²⁸¹ So der Vertreter der KPÖ, Horner, über die „Überspitzungen“ in der Kaderfrage in der Sitzung des MELS des EKKI vom 15. 12. 1931, RGASPI 495/28/150: 39.

²⁸² So die Kritik von Kun in seinem Brief an Manuilskij vom 7. 9. 1931, RGASPI 495/4/409: 46.

²⁸³ Bericht Heckerts in der Sitzung des Mitteleuropäischen Ländersekretariates vom 31. 12. 1929, RGASPI 495/28/42: 1–28.

²⁸⁴ Zitiert nach: Mallmann, Kommunisten, S. 364.

²⁸⁵ „Verhalten von Landes- und Gemeindeparlamentariern bei geselligen Veranstaltungen, Besichtigungen etc.“ 1928, zitiert nach: Mergel, Parlamentarische Kultur, S. 319.

Dass Manuilskij in seinem Referat vom Oktober 1931 seinen Generalverdacht gegenüber den westlichen Kommunisten auch auf deren Spitzenfunktionäre ausdehnte, bezeugt allerdings die Furcht der Komintern, dass selbst diese die notwendige habituelle Distanz zum „Klassenfeind“ nicht besonders ernst nahmen. Auch hier dürften die geheimen Gespräche von Werner Hirsch mit Reichsinnenminister Wirth eine zentrale Rolle gespielt haben, denn in Hirschs Bericht klang an, dass bei den Verhandlungen mit Wirth ein fast herzliches Gesprächsklima geherrscht habe. Dies stieß den Kominternfunktionären übel auf. Obwohl Hirsch diese freundliche Atmosphäre zum Bestandteil seines Täuschungsversuches erklärte, meinte man im EKKI, Hirsch habe durch die Art seiner Gesprächsführung mit Wirth faktisch fraternisiert. Knorin wies Thälmann mit Blick auf dieses Gespräch darauf hin, dass es gerade bei Verhandlungen mit Regierungsvertretern notwendig sei, „mit der vollen Würde eines Revolutionärs und Kommunisten“ aufzutreten.²⁸⁶ Damit verlangte der Kominternfunktionär von den KPD-Kadern, gewissermaßen wie Parlamentäre aufzutreten, die ihren Bürgerkriegsgegnern ihre Forderungen überbringen. Alles, was darüber hinaus ging, wurde als Kungelei angesehen. Zwar erlaubte sich die bolschewistische Führung sogar in der Phase, in der reihenweise vermeintliche Spione und Saboteure kapitalistischer Länder in Schauprozessen abgeurteilt wurden, weiterhin intensive Kontakte mit den Wirtschaftskapitänen und Militärs eben dieser Länder – doch vergaß die sowjetische Führung dabei nie, demonstrativ die Distanz zu wahren. Der sowjetische Kriegskommissar Kliment Woroschilow betonte beispielsweise im Herbst 1929 in einem Gespräch mit dem Generaloberst der deutschen Reichswehr, Kurt von Hammerstein-Equord, zwischen Deutschland und der Sowjetunion bestünden aufgrund der gegensätzlichen Gesellschaftssysteme lediglich „rein geschäftliche Beziehungen“.²⁸⁷

Für die ausländischen Kommunisten galten im Umgang mit demselben „Klassenfeind“ ungleich strengere Verhaltensregeln, da sie sich aus Moskauer Sicht wie in einer Welt von Sündern bewegten und daher beständig korrumpierenden Versuchungen ausgesetzt waren. Die Reaktion der stalinistischen Kominternführung auf das „Fehlverhalten“ von Hirsch war Remmele im Dezember 1932 anscheinend noch in guter Erinnerung, als er an Pjatnickij und Stalin in einem umfangreichen Pamphlet über die Kontakte zwischen kommunistischen Spitzenfunktionären mit Vertretern der Regierung (und was er nicht ausdrücklich erwähnte: der SPD)²⁸⁸ schrieb:

„Ich erinnere Euch an die ständigen Geheimberatungen einiger führender KPD-Abgeordneter, wie Torgler, Kasper, Koenen etc. und Nichtabgeordneter wie Hirsch mit den jeweiligen aktiven Reichs- und Landesministern, Regierungsräten, Chefs der politischen Geheimpolizei etc., wobei sie ungeheuer stolz darauf sind, von diesen ‚hohen Herren‘ anerkannt zu werden. [...] Der Exekutivausschuss des deutschen Finanzkapitals ‚erkennt‘ die Führer der KPD als

²⁸⁶ Brief Knorins an Thälmann vom 15. 9. 1932, RGASPI 495/19/524: 22.

²⁸⁷ Vgl. den Auszug aus dem Stenogramm des Gesprächs Woroschilow-Hammerstein am 5. 9. 1929, abgedruckt in: Djakov (Hg.), *Faschistkaja meč kovalsja v SSSR*, S. 100f.

²⁸⁸ Solche Gespräche fanden angesichts des Aufstieges der NSDAP 1932 häufiger statt. Siehe dazu das nächste Kapitel.

„stubenrein“, als „verhandlungswürdig“, als „gleichberechtigt“ an, was die Hirsch und Genossen mit viel Ruhmredigkeit und größter Freude verkünden.“²⁸⁹

Dieses Dokument ist deshalb so interessant, weil es wie viele andere Berichte von kommunistischen Spitzenkadern auch eine Mischung aus aufmerksamen Beobachtungen und ideologisch überformter Denunziation ist. Indem Remmele über den Stolz der deutschen Funktionäre lästerte, dass sie von Regierungsvertretern als Ihresgleichen anerkannt wurden, beschrieb er damit einerseits ein Phänomen, das sich in vergleichbarer Weise auch bei Nationalsozialisten beobachten lässt: Als *underdogs* der deutschen Gesellschaft verspürten die führenden deutschen Kommunisten zwar einerseits Hass auf die Spitzen der Gesellschaft, entwickelten andererseits teilweise aber auch einen ausgeprägten Minderwertigkeitskomplex: Wenn sie nun von den Regierungsvertretern empfangen wurden, die jene Macht besaßen, die sie sich selbst wünschten, so fiel ein schwacher Abglanz dieser Macht zumindest für einen kurzen Moment auch auf sie, immerhin konnten sich die Funktionäre in der Illusion wiegen, irgendwie „wichtig“ zu sein – ein Vorgang, der sich besonders in dem zitierten Bericht von Hirsch über sein Treffen mit Wirth beobachten lässt.

Andererseits war Remmeles Bericht von dem Bemühen geprägt, den Bolschewiki nach dem Mund zu reden und zu diesem Zweck das Verhalten der KPD-Kader, die er denunzierte, in etwas grelleren Farben zu schildern: Zu diesem Zeitpunkt war Remmele in Moskau nämlich in Ungnade gefallen und versuchte nun, seine eigene Position zu verbessern, indem er die anderen Führungsfunktionäre der KPD bei der Komintern anschwärzte. Diese empfanden trotz ihrer verwerflichen Kontakte zu den kapitalistischen Regierungen kein „Gefühl der Scham und Schmach“, empörte er sich, „weil sie gar nicht ernsthaft an die Revolution glauben und daher zu jedem Kompromiss mit der jeweiligen Regierung bereit“ seien.²⁹⁰ Remmeles Aussagen zeigen indirekt, wie wichtig es war, nicht in den Geruch der Kumpanei mit Vertretern der „anderen Seite“ der Barrikade zu kommen. Wilhelm Pieck versuchte ein solches Misstrauen in Moskau gar nicht erst aufkommen zu lassen. Deshalb war er im Umgang mit der Komintern darum bemüht, sich vor allem von seiner Tätigkeit als Abgeordneter der KPD zu distanzieren: Als er der MOPR-Vorsitzenden Elena Stassova im Februar 1930 mitteilte, er sei inzwischen nicht nur Reichstagsabgeordneter, sondern auch noch Mitglied der Berliner Stadtverordneten-Versammlung, der Steglitzer Bezirksverordneten-Versammlung und des Preussischen Staatsrates, da beeilte er sich gleich, ihr zu versichern: „Das ist ein bisschen viel von diesem parlamentarischen Gerümpel, aber Du brauchst keine Besorgnis zu haben, dass ich dabei etwa parlamentarisch versumpfe; denn davor bewahrt mich nicht nur mein Temperament, sondern auch die Erkenntnis von der Bedeutungslosigkeit dieser Tätigkeit.“²⁹¹

²⁸⁹ „Der westeuropäische Kommunismus“, Bericht Remmeles an Stalin und Pjatnickij vom 25. 12. 1932, RGASPI 508/1/129: 65–136, hier: 119.

²⁹⁰ Ebenda.

²⁹¹ Brief Piecks an Stassova vom 10. 2. 1930, SAPMO-BArch NY 4036/600: 47–49, hier: 47.